

Vorarlberger Landtag.

7. Sitzung

am 2. Oktober 1911

unter dem Vorsitze des Herrn Landeshauptmannes Adolf Rhomberg.

Gegenwärtig 22 Abgeordnete. - Abwesend die Herren: Hochwst. Bischof Dr. Franz Egger,

Dr. Konzett, Dr. Kinz, Dietrich.

Regierungsvertreter:

Herr k. k. Statthaltereirat Dr. Rudolf Graf von Meran.

Beginn der Sitzung um 9 Uhr 14 Minuten vormittags.

Landeshauptmann: Ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet. Ich ersuche um Verlesung des Protokolles der samstägigen Sitzung.

(Sekretär verliest dasselbe.)

Hat einer der Herren zum verlesenen Protokolle eine Bemerkung zu machen? -

Wenn das nicht der Fall, betrachte ich dasselbe als angenommen. Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt der Herr Abgeordnete Dr. Kinz (Zwischenrufe: hört, hört! oho!) und zwar schriftlich: "Da ich noch vor der Donnerstag beginnenden Reichsratstagung die im Baue befindliche Schwebbahn in Bozen und Sana besichtigen muß, um nächsten Samstag in einer Versammlung der Interessenten darüber zu referieren, ersuche ich, mein Fernbleiben von der Schlußsitzung des Landtages zu entschuldigen." Ferner haben sich entschuldigt der Herr Abgeordnete Dr. Konzett und der Herr Abgeordnete Dietrich.

Wir gehen zur Tagesordnung über. Auf derselben steht als erster Punkt der Bericht des Teuerungs-Ausschusses über die vorliegenden Landesausschuß-Anträge zur Behebung der Teuerung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Drexel. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Drexel: Hohes Haus! Wieder erscheint im Landtage eine bekannte Frage, die von einer Behandlung zur andern schwieriger und komplizierter wird. Sie gleicht einem Strome, der langsam und langsam die Jahre hindurch gewachsen ist und nun mit großer Kraft die Ufer überschreitet und große Gebiete, die bisher ruhig und von ihm unbetroffen waren, überflutet. Und die Versuche, durch rasche Dämme, die in der Eile aufgeworfen werden, eventuell das Wasser zurückzustauen, sind ganz vergeblich, weil der Strom zu weit ausgreift und das

Wasser zu hoch ist und einzelne kleine Mittel daher nichts helfen können. Einem solchen Strome gleicht die Teuerung, die fortwährend größer wird und immer weiter um sich greift und heute, - das können wir ruhig sagen, - eigentlich bis auf wenige Teile der Erde alle trifft und keinem der fünf Weltteile unbekannt ist. Diese Tatsache ist nun eine Erscheinung, die im volkswirtschaftlichen Leben bis auf den heutigen

2

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

Tag vielleicht noch nie in dieser Art zu Tage getreten ist, eine Erscheinung, die sich auf die ganzen bekannten Erdteile bezieht und mit den Grenzen der Welt, den fünf Weltteilen, auch die Grenzen der Frage hat. Die ganze Öffentlichkeit beschäftigt sich heute damit, wir treffen bereits Unruhen, die manchmal in kleinen Kreisen auftreten, manchmal im großen organisiert sind und die bisher in den wenigsten Fällen die eigentlich Schuldigen trafen. Es ist ein törichtes Unternehmen, wenn wir hören, daß Leute auf's Land hinausgehen, den Bauern Schweine oder Hühner wegnehmen, die Kühe wegführen und glauben, die Schuldigen getroffen zu haben. Am klarsten in dieser Beziehung ist das Urteil in England.

Der Landtag hat bereits vor Jahresfrist diese Frage diskutiert und muß ganz selbstverständlich die Gelegenheit der jetzigen Tagung dazu benützen, um neuerlich und den geänderten Erscheinungen gegenüber Stellung zu nehmen. Dabei denke ich, - soweit es den Landtag angeht, - wäre es am besten so, daß man nicht kleine Dämme, die nur augenblicklich und nur wenige Wochen helfen können, auswerfe, sondern ich meine, daß es ist die vornehmste Pflicht des Landtages ist, tiefer das Projekt zu fassen, genau so, wie wir es mit der vorjährigen Hochwasserkatastrophe machten, nämlich große Pläne zu entwerfen, die geeignet sind, die Regulierung so durchzuführen, daß voraussichtlich ein solches Hochwasser innerhalb der gesetzten Bahnen bleiben muß.

Die Teuerung ist eine praktische Frage. Würde es sich um eine theoretische oder philosophische oder um solche Fragen handeln, welche im Altertum und im Mittelalter das Volk stark aufgeregt haben, so wäre es schließlich nicht von besonderer Bedeutung, wenn die Meinungen über solche Fragen stark auseinandergingen.

Nun haben wir aber eine praktische Frage, eine Frage des täglichen Lebens, welche fast ausnahmslos das ganze Volk berührt, besonders den kleinen Mann, den mittellosen, der alles kaufen muß, der mit seiner täglichen Arbeit sich durchbringen muß, und sie berührt aber auch einen anderen Kreis im Volke, nämlich die meistens bemittelten Arbeitgeber, die zugeben müssen, daß mit den heutigen Löhnen ein Auskommen nicht mehr zu finden ist. Wir haben hier eine Frage, die das ganze Volk berührt und

trifft. Umso bedauerlicher ist es - und diese Bemerkung möchte ich voraussetzen, - daß, trotzdem diese Frage schon lange vorher in unserm Lande und

unserm ganzen Staate besprochen wird, daß sich trotzdem Wahrheit und Unwahrheit im Kampf liegen. Es ist bedauerlich, daß einzelne, ganz schwere volkswirtschaftliche Irrtümer mit solcher Zähigkeit sich halten können. Es muß also der aufrichtige Wunsch der Volksvertretung sein und derjenigen, welche die Aufgabe haben, solche Fragen glücklich zu lösen, daß es gelingen möge, das Volk dahin zu bringen, daß es richtig urteilen lernt, über das Wesen der Teuerung und über die Rezepte, die dagegen angewendet werden können, damit es so in die Lage kommt, aus dieser Erkenntnis Schlüsse zu ziehen und dasjenige Urteil zu finden, das im gegenwärtigen Falle das richtige ist.

Ich wüßte keine Frage, welche gegenwärtig- und das Wort mag allen gelten, die sich damit befassen, - so stark besprochen wird und die in ihren Folgen unter Umständen so bedenklich werden kann, wie diese. Und wenn ein Volk im Bestreben, der Teuerung entgegenzuarbeiten und ein Mittel dagegen zu finden, auf Abwege gerät, so können diese in Abgründe führen und es wird ihm vielleicht später nicht so leicht möglich sein, wieder gut zu machen, was es auf Irrwegen gefehlt hat.

Bevor ich nun in den Bericht selbst übergehe, habe ich einige kleine Bemerkungen zu machen, die schon zum Teil persönlicher Natur sind und zum Teile auch die Herren Kollegen trifft, nämlich die der christlichsozialen Partei, und insbesondere die Herren Reichsratsabgeordneten angeht. Die Teuerung wurde in diesem Frühjahre zur Wahlparole gemacht und man hat gesucht, die Wahlen, die in diesem Jahre durchgeführt wurden, mit diesem Schlagworte zu gewinnen. Dieser Kampf gehört zu den widerlichstesten, die wir in Vorarlberg je durchgemacht haben und es ist zweifelsohne unmöglich, in der ganzen politischen Vergangenheit unseres Landes Beispiele zu finden, die den des heurigen Jahres an Bosheit und ganz überlegten Lügen gleichkommen.

Meine Herren! Ich nehme hier drei Flugblätter her, die ich mir gestern ausgesucht habe. Es ist merkwürdig, alle drei Flugschriften zeigen andere Unterschriften.

Die größte von denselben ist gefertigt vom "deutsch freiheitlichen" Wahlausschüsse. Heute, augenblicklich ist das der offizielle Titel der gegnerischen Partei. Da heißt es, daß wir Hochschutzzölle für Mehl und Brot gebracht hätten und daß wir die Ursache der Teuerung sind. Dann ist dieser Stil und diese Formulierung zu milde gewesen und so kam später ein anderes Flugblatt, das herausgegeben ist

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

vom "deutsch fortschrittlichen" Wahlkomitee. Da heißt es drinnen, "dem Dr. Drexel haben wir die Teuerung der Lebensmittel zu verdanken". Und dann in letzter Stunde kam noch ein Flugblatt der "freisinnigen" Partei heraus, wo es heißt: "Was hat Dr. Drexel für euch getan? - Die furchtbare Teuerung hat er gebracht." (Zwischenrufe: Das ist zu blöd!) Nun ist es interessant, daß drei verschiedene Unterschriften da sind. Ich weiß nicht, woher diese drei Namen kommen. Vielleicht haben sie es gemacht, wie große Dichter, die Pseudonamen haben, nur mit dem Unterschiede, daß sie statt gedichtet, erdichtet haben. (Heiterkeit im Hause und auf der Gallerie) Oder sie machten es so, wie es internationale Hochstapler machen, die da und dort auf Trug und Diebstähle ausgehen und sich überall andere Namen geben- (Rufe: Sehr richtig, ganz so.) Ich weiß nicht, welchen von diesen drei Parteien Dr. Kurz angehört. Ich hätte heute gerne an ihn diese Frage gerichtet, wie er eine derartige Wahltaktik rechtfertigen kann, und hätte gerne gehört, wieso der Dr. Drexel Schuld an der Teuerung ist. (Bewegung im Hause, unverständliche Zwischenrufe.) Vielleicht wird der Herr Vertreter der Handels- und Gewerbekammer, sein verlassener Herr Kollega in der heutigen Sitzung, die Frage ihm übergeben und ihn bitten, daß ich wirklich gerne Auskunft hätte. Als nämlich der Landesausschuß die Fragebogen ausgegeben hat und 23 Fragebogen eingelaufen sind und darunter auch solche von deutschfreiheitlichen Parteileuten, so hab' ich erwartet, daß irgendwo in einem solchen als Antwort drinnen stehen wird, die Schuld an der Teuerung ist die christlichsoziale Partei und die Hauptschuld ist der Dr. Drexel. Es steht aber in keinem etwas von alledem. Wenn die Herren während des Wahlkampfes es ernst gemeint hätten, müßten sie es doch auch in den Fragebogen niedergelegt haben. Dort aber lauten die Antworten ganz anders. Ich habe ein gewisses Vergnügen bei der Durcharbeit der Fragebogen gehabt, womit sich die Herren, die diese Flugblätter verfaßten und diese Wahlaufrufe gemacht haben, sich selbst in dieser klaren und deutlichen Weise mit den Lügen strafen.

Nach diesen kleinen Nebenbemerkungen möchte ich zum Thema selbst übergehen. Die Fragebogen wurden in einem Berichte zusammengefaßt. Wie die Herren in der Einleitung bemerken, habe ich nicht eine Form gewählt, die ich hätte wählen können, daß ich nämlich alle 23 Fragebogen der Reihe nach wörtlich aufgeführt

habe. Ich habe diese Art deswegen nicht gewählt, weil die Sache umso erschwerender gewesen und der Umfang sehr groß geworden wäre, überdies brachte bei manchen Fragen die Mehrzahl die gleiche Antwort. Um die ganze Arbeit nicht zu umfangreich zu machen und besonders mit Rücksicht darauf, daß der Bericht auch im Volke draußen gelesen und leicht und rasch aufgenommen werden soll, hab ich die vorliegende

Form gewählt, welche von der wörtlichen Wiedergabe der Fragebogen absieht. Die Fragebogen selbst haben manches Interessante zu Tage gebracht. Es ist das erstmal, daß wir Gelegenheit haben, über diese Frage alle berufenen Kreise und alle Parteien des Landes zu hören. So können wir daraus ein klares Urteil bilden darüber, welche Meinungen und Auffassungen am meisten Vertreter im Lande haben. Es ist erfreulich, daß in manchem wichtigen Punkte der größte Teil unseres Volkes gleichartig denkt und wir so in dem Berichte des Landesausschusses ein Urteil haben darüber, wie im Sinne der großen Mehrheit des Volkes in unserem Lande vorgegangen werden soll. Auf der andern Seite habe ich nicht erwartet, daß die Antworten in ganz wichtigen Fragen merkwürdig differieren und zwar so differieren, daß sie sich gleich stark gegenüberstehen und eine Gruppe für "ja" und die andere für "nein" einsteht und dies gerade bei solchen Fragen, welche von Bedeutung sind und mit der Zeit, wenn neue Zoll- und Handelsverträge kommen werden, zu den schwierigsten gehören werden. Gerade da haben die Fragebogen ausgelassen und haben nicht klare Tendenz einer starken Mehrheit gezeigt.

Es muß der spätern Zeit überlassen bleiben, ob durch eine mündliche Enquete einzelne solche Fragen klar werden; ich denke gerade an solche Fragen, an welchen das volkswirtschaftliche Leben und einzelne Körperschaften unmöglich vorbeigehen können, ohne eine Lösung zu finden. Dabei sind in den Fragebögen manche Irrtümer niedergelegt, Irrtümer, welche manchmal glauben, mit kleinen Mitteln einen größer> Erfolg zu haben. Antworten bezüglich des Handels im Kleinen und Schaffung von Konkurrenz zeigen manche Bedenken. Ein Hauptfehler, ein volkswirtschaftlicher Irrtum, der besonders in der sozialdemokratischen Partei wiederkehrt, ist die Meinung, es sei möglich, der Teuerung heute abzuhelpfen, nur durch Erleichterung der Einfuhr. Das ist ein ganz grundsätzlicher, volkswirtschaftlicher Irrtum. In den heutigen Verhältnissen, in einem Augenblicke, wo alle andern Länder Not haben und wo andere Länder direkt an Absperrung denken, in

4

V. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911

einem solchen Augenblicke dem Lande Vorarlberg den Rat zu geben, mit der Einfuhr allein, die Teuerung zu überwinden, das ist kein Rezept, der Teuerung dauernd entgegentreten zu können. Es macht den Eindruck, als ob man bei Abfassung der Antworten doch etwas zu wenig Kenntnis des eigenen Landes hätte, als ob diejenigen, welche die Fragebogen erledigten, sich von der Anschauung und dem Urteile leiten lassen, welche durch die Verhältnisse der Großstädte bedingt sind, Urteile, die man auch in den Zeitungen des Auslandes finden kann, aufgebaut auf andere Voraussetzungen.

Unser Land Vorarlberg ist aber so spezifisch charakterisiert, daß wir kein gleiches Land in der ganzen österreichischen Monarchie haben; es hat auf einer Seite Großstadtpreise und hat keine Großstädte, es hat auf einer Seite große Wiesen- und Ackergebiete und doch zu wenig Produktion, auf der anderen eine hoch entwickelte Industrie mit allen Bedürfnissen eines Industriegebietes. Vorarlberg ist so eigenartig geographisch gelegen, daß man bei unserm Heimatland, wenn man die Teuerung behandeln und besprechen und sich ein Urteil bilden will, gezwungen ist, vorn Urteile anderer Länder, vorn Urteile österreichischer Länder abzusehen; vielleicht mag man daraus Richtlinien nehmen, und dann, wenn man etwas Wahres findet, sich auf den Boden der eigenen Heimat begeben und hier suchen, ob sich die gleiche Praxis anwenden lasse. Nachdem das Land eigenartig geographisch liegt, kann man rings herum nichts Analoges finden und haben und deshalb sage ich, müssen die Mittel, die wir in Vorarlberg anwenden, spezifisch sein. Jede Beurteilung nach dem Gesichtspunkte einer Großstadt oder einzelner Länder, wie z. B. in Oberösterreich oder Niederösterreich, würde zu Irrtümern führen.

Nach diesen Voraussetzungen möchte ich einzelne Teilfragen aus dem Berichte herausgreifen. Das Gebiet der Teuerung wird fast von allen Fragebogen für allgemein bezeichnet. Ich greife nicht einzelne Artikel heraus, sondern in erster Linie die Lebensmittel. Erwähnt seien auch noch von einigen besonders die Textilien und die Wohnungsnot. Die Wohnungsfrage wird jetzt auch vorn Reichsrat besprochen und auch einzelne Städte sind daran. Um das Material des Berichtes nicht so sehr zu erschweren, wurde in den Fragebogen diese Materie weggelassen und das Gebiet einheitlicher gefaßt, insoweit es die Versorgung der Lebens- und Ernährungsmittel betrifft. Auffallend ist mir bei diesen Antworten die der Handels- und

Gewerbekammer, welche auf die Frage, auf welchem Gebiete macht sich die Teuerung besonders geltend, die Antwort gab: "Fleischversorgung." Auch das ist ein Irrtum, der sich eingeschlichen hat, vielleicht als Agitationsmittel zu Gunsten des argentinischen Fleisches. Daß die Teuerung nicht eingeschränkt ist auf die Fleischversorgung, ist klar. Bedauerlich ist, daß der ganze Fragebogen der Handels- und Gewerbekammer, auf den ich besonders Wert gelegt habe, da sie einen wichtigen Faktor des Landes zu vertreten hat und doch als Wortführerin der Industriellen in unserem Lande gilt, auf die Fleischversorgung allein Rücksicht nimmt und vieles andere unbesprochen läßt.

Bei der Frage 9: "Welche Preise erfuhren in den letzten zehn Jahren eine besondere Steigerung?" sind eine Reihe von Lebensmitteln erwähnt, Futterartikel, Bier, Wein u. s. w. Eine ausführliche Antwort gibt uns der Müllerverband hinsichtlich der Mehlpreise. Dieser hat zwar nicht den Fragebogen beantwortet, sondern in einem ausführlichen Gutachten

eine Schilderung der Entwicklung des" Mehl- und Brotpreises geboten. Dabei stellt dieser Bogen sehr interessanterweise fest, daß im Jahre 1906 das Getreide sehr niedrig stand, so niedrig, daß damals der bäuerliche Produzent nicht mehr auf seine Rechnung kam. Als der neue Zolltarif im Jahre 1907 einsetzte und eine Erhöhung der Schutzzölle von drei auf sechs Kronen brachte, wäre mit dieser Erhöhung des Zolles allein die Steigerung der Preise nicht erklärlich gewesen, sondern es kam im Jahre 1907 eine schlechte Ernte, welche die Preise sehr hinauftrieb. Von diesem Zeitpunkte an greift unsere neueste Erscheinung, die Spekulation und Organisation der großen Mühlen und der Börse ein, mit andern Worten, das organisierte Großkapital. Und obwohl seit 1907 zwei sehr gute Ernten waren und auch die heurige gut ist, ist es nicht mehr gelungen, die Preise herunter zu bringen auf die Ziffer vom Jahre 1906 oder wenigstens den Ernten entsprechend. Der Müllerverband macht auch aufmerksam, daß die Schutzzölle zum Teil Anteil haben an der Teuerung des Mehles; aber damit ist die Erklärung nicht gefunden, sondern nur in der Spekulation, die heute im Auslande getrieben wird und in Österreich an der Budapester Börse mit dem Blanko-Terminhandel. Dabei hat kürzlich eine neue Machination der Budapester Müller eingesetzt, indem sie, trotzdem gegenwärtig soviel Getreide herum ist, keines kaufen, die Arbeitszeit einschränken auf vier Tage und so die bäuerlichen Kreise zwingen, das

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

5

Getreide billig herzugeben und andererseits aber" die Mehlpreise doch in der Höhe halten. Ebenso gehen sie im Handel in Form eines geschlossenen Ringes mit dem Auslande vor. Wie fein dieser Apparat arbeitet, können Sie daraus sehen, daß in Österreich die Weizenpreise genau so hoch hinaufgehen, daß z. B. der Vorarlberger, wenn er in Österreich Getreide kauft, nur ein klein wenig billiger kauft, als wenn er dasselbe vom Auslande bezieht. Die Getreidepreise an den beiden Grenzen Vorarlberg und Nordböhmen sind die Punkte, wieweit die österreichische Spekulation die Getreidepreise steigern kann. Man kann hier an einfachen Beispielen ersehen und verfolgen, welche Umstände es sind, die diese Getreidepreise durch Spekulation in die Höhe treiben und worin diese Preissteigerung die eigentliche Begründung hat. Da treffen wir die wahren Schuldigen, die Kartelle, sie sind diejenigen, welche Wucher treiben. Gleich mit den Kartellen muß der Zwischenhandel als ein oft überflüssiger Verteurer angeklagt werden. Auch die Arbeitslöhne haben mitgewirkt, das Rohprodukt sowohl als die fertige Ware zu verteuern; doch muß bemerkt werden, daß ein Steigen der Arbeitslöhne notwendig war und daher eine Verteuerung durch sie begründet und berechtigt erscheint. Ferner ist ein bedeutendes Kapitel der Teuerung der Rückgang der landwirtschaftlichen

Produktion; es ist leicht nachzuweisen, daß die Arbeitskräfte zurückgehen und daher auch die landwirtschaftliche Produktion selbst. Wir hören aus verschiedenen Gebieten des Landes, daß Wiesenbrände brach liegen, weil man nicht genug Arbeitskräfte bekommen kann. Der Fragebogen 16, das ist der des landwirtschaftlichen Vereines, macht aufmerksam, daß in den letzten Jahren das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage immermehr vergrößert wurde, daß die animalische Ernährung stetig zunimmt, daß man von den Vegetabilien immer mehr abgeht. Gleichzeitig werden die Produkte der einzelnen Orte von einigen aufgekauft und dann verteuert, so daß der unmittelbare Verkehr zwischen Produzent und Konsument immer mehr gestört wird und wir damit eine Reihe von Ursachen sehen, die stark verteuern.

Auf allen diesen Gebieten gibt es nicht kleine Rezepte, mögen sie berühren, was immer sie wollen. Es ist auch nicht geholfen mit der Einfuhr von Fleisch und Getreide von dort her, wo noch solches zu bekommen ist und es kann mit der Teuerung nicht augenblicklich gebrochen werden, sondern man denke daran, wie man derselben in ihren tieferen Ursachen entgegentreten kann und

muß. Irrig wäre es, wenn man bei der Behandlung der Teuerung die Arbeitslöhne, welche Mitursachen sind an der Verteuern, allein als Ursachen hinstellen will. Gewiß die hohen Arbeitslöhne sind natürliche Ursachen und sind gerechtfertigt und lassen sich nicht zurückdrängen; aber sie als die einzigen natürlichen Ursachen hinzustellen, wäre auch nicht recht- Wir können diesen Ursachen gegenüber nur das eine tun, daß wir suchen, die natürlichen Ursachen von den unnatürlichen, falschen zu trennen und diese mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. Was die Fleisch' Versorgung anbelangt, so ist diese im Laufe der letzten Jahrzehnte verschoben worden. Das Laitd hat früher bei kleiner Einwohnerzahl und bei größerem Stande der Arbeitskräfte sich mit Fleisch leichter versorgen können, als jetzt, wo daher die Schlachtvieheinfuhr bedeutend zunimmt. Von der eigenen ^Viehzeit wird nur ein kleiner Teil geschlachtet; Kühe, welche als Zucht- und Nutzvieh nicht mehr dienen oder in wenigen Fällen auch gemästet werden, wenn die Bauern Futter genug haben

Ein anderes Kapitel sind die Fleischpreise; dies ist ein wunder Punkt und ich muß gestehen, daß ich nicht in der Lage war, aus den Fragebogen ein klares Urteil mir zu verschaffen. Die Urteile der Fragebogen sind hier zu verschiedenartig. Wir stehen bezüglich der Fleischpreise vor einer Schwierigkeit, deren Lösung nicht einfach ist. Tatsächlich haben wir in Bregenz für Rindfleisch den Preis von K 2 20 pro kg und von einer ganzen Reihe von Orten Österreichs hält nur Parenzo diesem Preise die Stange. In Innsbruck kostet dasselbe Fleisch K 1.96, in Salzburg K 1.77, in Wien K 1,85, in Graz K 1.59. Wir sehen, daß die Zahlen

überall bedeutend tiefer sind; und ferner, wenn wir diese Zahlen alle sprechen lassen, daß die Differenz, die sich durch die Fracht ergibt, sich nicht erklären läßt. So muß ich tatsächlich sagen, daß bezüglich der Preisbildung des Fleisches in Vorarlberg ein Faktor mitspielen muß, der nicht gerechtfertigt ist. Nebenbei bemerke ich, daß die Stadt Bregenz ganz ähnlich wie der Müllerverband ein ausführliches Elaborat geliefert hat über die Fleischpreise. Dieses sagt, daß die Fleischhauer die Erklärung abgeben, daß, die Ausschrottung von Fleisch bei uns eine andere, teurere sei als in Innsbruck und die Zuwage für den Fleischhauer ungünstiger gebräuchlich ist; es dürfte manches damit zu erklären sein. Aber immerhin ist die Bemerkung, die der Stadtrat von Bregenz

6

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

macht, beachtenswert, nämlich daß die Schwankungen auf den Viehmärkten, wenn sie nach oben geben, auf die Konsumenten übertragen werden; wenn sie aber herunter gehen, dann die Metzger nicht so empfindlich sind, d. h. die Preise trotzdem so lange als möglich in der Höhe halten. Das läßt durchblicken, daß auch dieses Referat die Meinung hat, daß es auf diesem Gebiete etwas fehlt; dabei mußte aber zugegeben werden, daß betreff der weiteren Frage, warum an verschiedenen Orten die Fleischpreise differieren, etwas an der Antwort der Fachgenossenschaft gewiß richtig sein könne. Es sind dies Qualitätsunterschiede. Es gibt Orte, deren Einwohner mit Kuhfleisch zufrieden sind, und solche, welche nur Ochsenfleisch haben wollen, und solche, wo man alles vom Tiere gut verwenden kann und Orte, wo man für die minderwertigen Partien des Tieres nur schwer Abnehmer findet. Man hat auch gesagt, es sollte eine Konkurrenz geschaffen werden, indem Konsumenten oder Gemeinden den Fleischvertrieb selbst in die Hand nehmen.

Meine Herren! Dieses Kapitel gehört zu den schwierigsten. Auf anderen Gebieten, wie auf dem Gebiete der Lebensmittel, waren nicht unschwer Konkurrenzen zu schaffen, z. B. die Konsumvereine. Auch bei Futtermittel haben wir eine die Preise haltende begründete Konkurrenz. Anders liegt es aber hinsichtlich der Fleischversorgung. Da haben wir mit neuen Schwierigkeiten zu kämpfen und diese Schwierigkeit liegt nicht so sehr in der Gründung und Organisation der Konkurrenz selbst, als in der Eigenart der Erhaltung und auch der Konsumenten selbst. Immerhin soll diese Bemerkung gemacht werden, um zu sagen, daß gerade das Kapitel der Fleischversorgung unter den gestreiften Fragen vielleicht das schwierigste ist. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn der vorliegende Bericht in weiteren Kreisen eine Diskussion auslösen würde.

Eine weitere Frage war dann, welche Erfahrung

man gemacht habe mit dem argentinischen Fleische, das wir zweimal im Lande bekommen haben. Die Antwort lautete, daß man gute Erfahrung damit gemacht habe. Der Fragebogen 10 erwähnt, daß der Preis für die Prima-Qualität zu hoch sei; ich bin auch der Meinung, daß K 1 80 für Prima-Qualität im Verhältnis zu den Bestellungskosten zu hoch ist, und wenn man dieses Fleisch wirklich einführen sollte, so sollte man auch darüber klar sein, welche Nachteile dasselbe bietet im Verhältnis zum

einheimischen, was in einem bedeutend billigeren Preise zum Ausdruck kommen müßte.

Eine andere Frage ist dann die, ob dieses Fleisch für Vorarlberg ein dauernder Einfuhrartikel wird. Dazu braucht es genügend Kühlräume; meine Meinung ist heute noch, daß dieses Fleisch kein dauerndes Lebensmittel für Vorarlberg werden wird und ich bin der Meinung, daß es falsch wäre, zu glauben, daß durch die Einfuhr von argentinischem Fleische in Vorarlberg dauernd die Fleischversorgung zu günstigen Preisen geltend gemacht werden könne. Es sind - ich weiß es wohl - andere wieder anderer Anschauung; ich glaube aber, auch diese Meinung sagen zu solle>, weil ich es verkehrt finde, in dieses ganz schwierige und wichtige Kapitel der Fleischversorgung ein Rezept zu empfehlen, das wohl nicht dauernd Hilfe gewährt. Das argentinische Fleisch hat sich bewährt in großen Städten, wo auf verhältnismäßig kleinen Gebieten viel Menschen zusammen wohnen, wo die Metzger einen großen Teil des Fleisches in ihren Läden unterbringen und rasch verkaufen.

Aber in Vorarlberg, wo das Verhältnis anders ist, wo wenige halbwegs größere Betriebe vom Fleischhauergewerbe sind, liegt schon in der landläufigen Betriebsform eine bedeutende Schwierigkeit. Dort wo größere Betriebe bestehen, kann mit raschem Abgänge der Waren gerechnet werden; bei kleineren aber nicht. Als weitere Schwierigkeit mag dazu kommen, daß bisher argentinisches Fleisch nur im Winter eingeführt wurde, wo es leicht zu halten war; wir haben ja in Vorarlberg keine Kühlkammern, die argentinisches Fleisch länger frisch erhalten; und wenn es auch bei uns dazukommt, daß das Publikum wie in Wien das Fleisch nicht gefroren, sondern aufgeweicht will, so wird es umso schwerer sein, da das aufgeweichte Fleisch sehr rasch verdirbt. Das, meine Herren, sind einige Schwierigkeiten, die man int Augenblicke erwähnen muß, wo so viele im Lande meinen, daß die Einfuhr von argentinischem Fleische eine dauernde Hilfe in der Fleischversorgung bringe. Es sollen lediglich diese einigen Gedanken gemacht werden, um zu zeigen, daß es doch besser ist, die einzige Lösung der Fleischversorgung nicht im argentinischen Fleische allein zu suchen. So liegt der größte Vorteil für Österreich darin, selbst in dieser Frage Hilfe zu suchen in der Vermehrung des eigenen Viehstandes. Damit denke ich an die Ochsenzucht, welche

einmal im Lande war, besonders im Bregenzerwalde,

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

7

wo man früher Ochsen als Zugtiere verwendete, auch in unseren Brauereien wurden sie gezüchtet; ich weiß nicht, ob man jetzt unser Bier ganz mit Chemikalien macht und nicht mehr so wie früher, wo man die Abfallprodukte für Viehfütterung frei hatte. Für eine größere Ochsenzucht fehlt bei uns freilich eine wichtige Voraussetzung, nämlich das Getreide. Nicht unbesprochen darf dabei bleiben, die Einfuhr von Fleisch aus dem Balkan. Die Handelsverträge gestatten eine beschränkte Einfuhr nach bestimmten Plätzen. Vorarlberg hat keinen solchen bestimmt erhalten und doch wäre ein solcher wünschenswert.

Eine Frage lautete daher, welcher Platz eignet sich in unserem Lande als Marktstelle für solches Fleisch. Die Antwort lautete, wie zu erwarten war, daß jede Stadt ihren eigenen Heimatsort empfiehlt als Marktstelle. Es ist klar, daß Bregenz für Bregenz, Bludenz für Bludenz, Dornbirn für Dornbirn eingeschritten ist. Diejenigen Orte, die nicht weiter daran interessiert sind, empfahlen Städte mit Kühlanlagen als Marktstelle für serbisches Fleisch. Interessant ist die Antwort der Fleischhauergenossenschaft, die da sagt, daß sich Graz am besten eigne als Marktstelle für solches Fleisch. Sie denken sich weit vom Ziel, sicher vor dem Schusse. Ein anderes Kapitel, ob die Behauptung, daß die Einschleppung von Seuchen durch die Einfuhr ausländischen Schlachtviehes verursacht wurde, begründet sei, ist deswegen aufgeworfen worden, weil unser Land in Bezug auf die Seuche sehr vorsichtig sein muß, da sie dem Lande ungeheueren Schaden zufügt, wie wir gerade zur Zeit leider beobachten müssen und weil doch diese Frage oft ventilirt wird, ob wir durch die Einfuhr von ausländischem Schlachtvieh, ob lebend oder tot, gefährdet sind. Diese Frage hat nun keine befriedigende Lösung gefunden, da die Meinungen einander beinahe gegenüber stehen. Manche glauben, daß wohl eine Seuchengefahr bestehe bei der Einfuhr von ausländischem Schlachtvieh, daß aber durch sanitäre Vorsichtsmaßregeln die Gefahr sehr eingeschränkt werden könnte. Manche glauben, daß die Gefahr nicht so groß sei, als daß damit eine starke Absperrung besonders gegen den Balkan begründet wäre. Bekanntlich haben wir nur mit drei Staaten Handelsverträge, in denen festgelegt ist, daß Lebendvieh ein- und aus Österreich ausgeführt werden kann, d. h. die Schweiz, Deutschland und Italien. Wir haben also Beispiele für die Einfuhr von Lebendvieh nach Österreich. Was dann die Frage anbelangt, ob die Einschleppung von Seuchen

durch die Einfuhr von Schlachtvieh aus dem Balkan möglich ist, wurde im Fragebogen 16 mit "ja" geantwortet. Der landwirtschaftliche Verein hat in

seinem Fragebogen noch ein Gutachten beigelegt von Seite seiner Bezirksorganisationen und von Seite einzelner Fachleute auf dem Gebiete der Landwirtschaft und da lautet die Antwort noch radikaler. Herr Direktor Reinisch, welchen man doch in solchen Fragen als Fachmann gelten lassen muß, bezeichnet sogar die Einfuhr von gefrorenem Fleische als seuchengefährlich.

In seinem Gutachten heißt es, daß durch den Gefrierpunkt die Bakterien nicht vernichtet werden, was wohl durch den Siedepunkt der Fall ist, und daß solches Fleisch in gefrorenem Zustande gleiche Gefahr biete, wie frisch eingeführtes Fleisch.

Der landwirtschaftliche Verein mit seiner langjährigen Erfahrung auf dem Gebiete der Seuchengefahr gibt sein Urteil dahin ab, daß diese Seuchengefahr für unser Land bestehe. Der Fragebogen 17 meint, daß diese Behauptung ein "agrarisches Schlagwort" sei. Ganz interessant ist diesbezüglich folgendes: im Fragebogen 16, wo Herr Theodor Rhomberg Obmann des landwirtschaftlichen Vereines die Beantwortung vertritt, - gewiß eine maßgebende Persönlichkeit - und im Fragebogen 17, wo sein Sohn Julius, Obmann des Bundes "Österreichischer Industrieller", seine Anschauungen vermerkt, lauten die Antworten ganz entgegengesetzt. Es wäre gewiß angenehm und wertvoll, wenn Vater und Sohn in Privatdiskussion miteinander sich einigen würden, damit Industrie und Landwirtschaft in dieser Frage sich einheitlich zusammen finden. Der Stadtrat Bregenz meint, die Behauptung, daß die Seuchen durch Schlachtvieh eingeschleppt würden, mag richtig sein, erwiesen konnte sie nicht werden. Diese Redewendung spricht für die Meinung, daß durch ausländisches Schlachtvieh die Seuche eingeschleppt werden kann.

Im Kapitel "Brot und Gemüse" lauten die Antworten zu der Frage, ob die Brotpreise den Mehlpreisen entsprechen und welchen Einfluß große Mehlabschläge auf die Brotpreise haben, ganz verschieden. In Bezug der Mehlabschläge haben wir in Vorarlberg im letzten Jahre sehr unangenehm erlebt, daß trotz des Fallens der Mehlpreise die Brotpreise nicht heruntergingen.

Die Erklärung wurde damit gegeben, daß die Bäcker große Mehlabschläge zu hohen Preisen gemacht hatten und die diesbezüglich gestellte Frage wurde dahin beantwortet, daß man sagte, daß der Einfluß auf große Mehlabschläge keinen oder nur geringen Vorteil biete. Im Fragebogen 21 heißt es: Große Mehlabschläge,

8

V, Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

unter denen wohl langfristige zu verstehen sind, haben auf die Brotpreise denselben Einfluß, wie jede spekulative Unternehmung; gestaltet sich der Abschluß günstig, so trachtet der Unternehmer den Vorteil für sich selbst einzuheimsen, schlägt er aber fehl, wird der Schaden nach Möglichkeit auf die Gesamtheit überwältzt. Dieses ist ein ganz ruhiges, gesundes Urteil, von dem ich

glaube, daß es nicht bloß bei Mehlab schlüssen, sondern auch bei anderen Artikeln öfters vorkommt, stets zu Ungunsten der Konsumenten.

Wir kommen nun zu einer anderen Frage, nämlich ob das Land die eigenen Bedürfnisse an Gemüse decken kann. Das Land könnte, aber es kann nicht. So wie es heute steht, kann es das Bedürfnis nicht decken. Es wäre möglich, es dahin zu bringen, daß es die Bedürfnisse des eigenen Konsumes decken könnte. In diesem Wortspiel "kann" und "könnte" liegt ein guter Teil der Lösung der Teuerungsfrage. Das Hauptrezept für unser Land liegt darin, daß wir unsere Bevölkerung durch Selbsthilfe, durch den Landtag und andere Körperschaften dazubringen, möglichst viel Produkte im Lande selbst herzustellen. Auf die Frage, welche landwirtschaftlichen Produkte sollen mehr gepflegt werden, wird geantwortet, daß die allgemeine Klage dahin gehe, daß der Gemüsebau stark zurückgegangen sei. Im Zusammenhange damit wird auch der Gartenbau empfohlen, damit es so möglich würde, daß auch der Fabrikarbeiter einen größeren Teil landwirtschaftlicher Produkte ziehen könnte. Dabei wird erwähnt, daß Garten- und Feldfrevel mehr bestraft werden sollten. Ich habe wiederholt in Dornbirn Gelegenheit gehabt, die Klage zu hören, daß viel Garten- und Feldfrevel vorkomme.

Ich habe mit einigen Leuten gesprochen und versucht, anzuregen, daß mehrere miteinander in der Stadt ein Stück Boden bebauen sollten; dasselbe könnten auch mehrere Familien machen. Da sagte mir aber die Mehrzahl, daß es durchzuführen wäre, da die Frauen sowieso zu Hause seien; aber man klagte weit herum so sehr über Feldfrevel und Diebstahl, daß Leute, die stets ihr Ackerland gepflegt hatten, sehen mußten, daß der bessere Teil der Produkte in der Nacht weggeführt wurde. Man sollte diesem Gartenfrevel durch bessere Aufsicht und größere Bestrafung entgegenreten.

In der Frage, welche Produkte sollten neu eingeführt werden, wird geantwortet, daß Neueinführungen nicht notwendig seien. Das Land habe alle Produkte, die es brauche und brauche keine weiteren; nur die Quantität sei zu gering.

Wir kommen zum nächsten Kapitel betreffend den Feld-, Wiesen- und Obstbau. Was nun hier die Antworten auf die Frage, wodurch könnte der Boden ertragreicher gemacht werden, anbelangt, so wird die Düngung im Großen und Ganzen als zu wenig rationell bezeichnet. Es wird empfohlen, mehr Wert auf reichere Düngung zu verlegen und ferner rationelle Düngemittel, die uns die Gemeinde in reichlichem Maße bietet, mehr auszunützen. Der Fragebogen 16 empfiehlt Wechselwirtschaft auf welche Antwort ich noch später zu sprechen kommen werde. Bezüglich des Rheintales geht die Meinung mehrerer Fragebögen dahin, daß durch Entwässerung viel guter Boden gewonnen werden könne, indem durch den

Rheindurchstich das Niveau des Grundwassers 1-2 m sinkt, so daß dadurch die Entwässerung sehr günstige Erfolge bringen würde. Ich will erinnern, daß vor einem halben Jahre ein Herr in St. Gallen über den Rheindurchstich einen Vortrag gehalten hat und dabei der Meinung Ausdruck gegeben, daß es möglich sei, aus dem Schweizer Rheintale eine Kornkammer zu schaffen. Das gleiche gilt wohl auch für das diesseitige Rheintal.

Der Fragebogen 16 meint, wenn wir dies tun wollen, so müsse man sich fragen, wer diesen Boden, der heute noch Streue und Kiesboden ist, bebauen soll; es ist eben mehr Feld herum, als Nachfrage und Arbeitskräfte. Das Ackerland geht immer mehr zurück, es werden Wiesen gemacht, weil eben zu wenig Kräfte vorhanden sind, diesen Boden zu bebauen. Der landwirtschaftliche Verein hat Recht, wenn er zweifelt, ob es gelinge, eine große Zahl von Landwirten zu schaffen und Leute dazu zu gewinnen, die sich besonders dieser Landwirtschaft widmen. Das ist freilich nur möglich, wenn auch die landwirtschaftliche Arbeit entsprechend entlohnt wird, was natürlich eine gewisse Höhe des Preises der Produkte verursacht. Man darf nicht meinen, daß jene Leute, die sich der Landwirtschaft widmen, ihre Produkte, wie Milch, Käse und Butter unter dem Erstellungspreise hergeben und verkaufen können; dann gehen sie lieber zur Industrie.

Was die Frage unter Kapitel "Viehzucht" anbelangt, "wodurch kann die Produktion von Schlachtvieh im eigenen Lande gehoben werden," so wird sie als unmöglich hingestellt, insoweit es sich um Ochsen handelt. Aber es heißt, es könnte vielleicht doch etwas erzielt werden, dadurch daß die Kälber nicht mehr nach 8 oder 14 Tagen geschlachtet werden.

91. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

9

sowohl mit Rücksicht auf die schlechte Qualität als auch Quantität. Da wird nun empfohlen, wenn möglich durch Verbot dahin zu arbeiten, daß Kälber nicht unter 3 bis 4 Wochen geschlachtet werden dürfen, wodurch schon das einzelne Tier mehr Fleisch auf den Markt bringt. Es sollten auch keine Kälber ausgeführt werden dürfen. In Betreff anderer Zweige wird auch die Schweinezucht erwähnt, die bereits schon bedeutende Fortschritte gemacht habe und die man noch mehr ausdehnen solle. Mehrere Fragebogen erwähnten auch die Ziegen, die im deutsche> Sprichwort die Kuh des Armen genannt wird. Bei uns ist in den letzten Jahren die Ziege zurückgedrängt worden und es ist tatsächlich auch die Aufgabe des Landtages und anderer Körperschaften zu sorgen, daß die Zucht der Ziege mehr gepflegt wird. Dann empfiehlt man auch die Kaninchenzucht. Durch Reklame hat man versucht, diese einzuführen, weiter

aber ist man nicht gekommen, während Frankreich eine große Menge derselben braucht, sodaß es zur Volksnahrung geworden ist. Die Handels- und Gewerbekammer empfiehlt Seefische; es ist schade, daß die Einführung von Seefischen nicht gelungen ist. Ich zweifle sehr, ob es durch größere Reklame möglich sein wird, diese Kost populär zu machen. Mehr Erfolg wäre zu erwarten von der gesteigerten Hühnerzucht, wo gewiß mehr produziert werden könnte.

Was die Frage betreffend die Hebung der Milchprodukte anbelangt, so ist man verschiedener Meinung; die einen legen Wert auf die Notwendigkeit einer Abänderung des Prämierungssystems, das bekanntlich nur auf Zuchttiere sieht; sie meinen, man sollte auch solche Tiere prämiieren, welche in Bezug auf die Milch sehr leistungsfähig sind. Dann empfiehlt man auch bessere Wiesenpflege, damit dadurch mehr Tiere gewintert werden können. Dann soll man nach dem Recepte der Handelskammer die Kühe besser füttern; damit ist auch viel nachgeholfen, natürlich, wenn man genug Futter hat. Es wird auch hingewiesen auf das Ausfuhrverbot für einheimische Futterprodukte und Riedstreue. Ich möchte bemerken, daß wiederholt der Gedanke vorkommt, diese und andere Artikel sollte man verbieten auszuführen; gewiß würde ein betreffendes Recept gut wirken; man denke nur, das gleiche Recept kommt im Auslande auch zur Anwendung zu unserem Schaden. Wir müssen suchen, die eigenen Produkte im Lande möglichst selbst zu ziehen; das klingt als Refrain aus allen Kapiteln.

Dann kommt die Frage, wie die landwirtschaftlichen Kenntnisse im Volke mehr verbreitet werden. Da werden von mehreren die landwirtschaftlichen Winterschulen mit Kursen enipfohlen. Ich bin auch der Meinung, daß das Land einmal an diese Frage herantreten muß, aber nicht durch Erstellung eines großen, feinen Betriebes, sondern mit der Absicht, möglichst kleine Betriebe zu schaffen, wo die Leute praktische Arbeit lernen können, lernen, wie sie es im eigenen kleinen landwirtschaftlichen Betriebe machen sollen.

Bei der nächsten Frage betreffend den Verkauf von Schlachtvieh und landwirtschaftlicher Produkte außer Landes, die in gleicher Gattung eingeführt werden, lautet die Antwort, daß die guten Produkte, wie Butter, Käse u. s. w. verkauft und schlechtere eingeführt werden, wie z. B. für die gute Butter das Margarine. Was der Fremdenverkehr schreibt, ist gewiß wahr, daß es nämlich den Gastgewerbetreibenden nicht möglich ist in unseren Alpenländern, den Gästen frische, gute Butter zu geben, da eben die gute Butter ins Ausland wandert und mit dem Margarine kann man nicht aufwarten. Der Fragebogen 22 des Staatsbeamtenklub sagt und betont die Tatsache, daß es wirklich so liege, daß der gute Käse fortwandere und der nicht gut geratene im Lande bleibe und zum

vollen Preise verkauft werde Es sind dies Erscheinungen, zu deren Behebung es geeignet wäre, daß man unsere Kreise dazu bringen würde, für die einheimischen Produkte der Milchwirtschaft, die durch keine anderen übertroffen werden, den gleichen Preis zu geben, wie sie das Ausland zahlt, um für einen gesicherten Absatz im Lande zu sorgen, sonst ist unser Bauer gezwungen, mit dem sicheren Abnehmer von auswärts abzuschließen. Es ist ausgeschlossen, daß einzelne Gastwirte einem größeren Bauer oder einer Sennerei im Bregenzerwald alle Butter abnehmen können; hier würde eine Organisation notwendig sein, um diesen Übelständen der Gastwirte abzuhelpfen, wodurch sie für eine größere Abnahme garantieren können.

Dann kommt das Kapitel "Hausindustrie und Landwirtschaft". Bekanntlich hat ein Teil der Sticker sehr schlechte Zeiten durchzumachen, da wäre ohne Ausnahme das allgemein richtige Rezept, diese Hausindustrie mit landwirtschaftlichen Kleinbetrieben zu verbinden, was der Hauptsache nach auch geschehen ist.

"Welche Formen der Hausindustrie verdienen eine besondere Pflege, als Nebenerwerb für unsere

10

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages> IV. Session der 10. Periode 1911.

landwirtschaftlichen Betriebe?" Auf diese Frage wurde geantwortet: Die Kettenstickerei, die feine Handstickerei und die Nachstickerei. Dann wird auf eine Abnormalität des Geschäftsverkehrs hingewiesen, daß zum Beispiel die Feldmühle in Rorschach ganze Wagen von Stickereien nach Hittisau zum Nachstickern hineinschickt, während die Vorarlberger Sticker Ware nicht nachgestickt an die Schweiz abliefern und dann für das Nachstickern viel höhere Löhne bezahlen müssen, als wie ihn die Nachstickerinnen des Waldes erhalten. Das sind Mängel an Organisation, die aber behoben werden können.

Eine andere Frage, welche im Landtage vor Jahresfrist ventiliert wurde, ist, ob es möglich wäre, die Lebensmittelpreise durch Gemeindevertretungen oder durch das Land festzustellen. Wir haben damals erwogen, ob der § 51 der Gewerbeordnung zur Feststellung der Lebensmittelpreise genüge oder nicht und ob eine Reform dieses Paragraphen wünschenswert wäre. Die Frage ist ganz merkwürdig beantwortet worden, die Ansichten sind fast geteilt. Die einen sind der Meinung, die Lebensmittelpreise lassen sich in bestimmten Fällen festsetzen, während ein anderer Teil der Fragebogen sagt, daß es nicht durchführbar sei. Andere betrachten diese Frage als heute noch offen. In Bezug auf das Brot hat man im Lande lange durch Gemeinden Preise bestimmt und ähnlich beim Fleische, aber einige ernste Stimmen sagten, es gehe meistens auf Rechnung der Qualität.

Es läßt sich bei Lebensmitteln mit vielen Qualitätssachen nicht so leicht der Preis feststellen. Die Qualitäten wechseln sehr stark und bei verschiedenen Artikeln wäre es direkt unmöglich und undurchführbar. So wäre bei Wein und Branntwein, wo beinahe jedes Faß anders ist, die Feststellung der Preise ausgeschlossen.

Bei Branntwein nimmt man, wenn er nur soviel kosten darf, mehr billigen Spiritus oder Wasser. Spiritus ist ja leicht zu mischen und man kann doch nicht jeden Budel messen, wieviel Alkohol er enthält. Ich bin zwar der Meinung, daß es mit dem Branntwein nicht so heikel ist; es ist gleichgültig, wenn er sehr hoch im Preise hinaufgeht, es ist ein Glück für jedes Land, weil es dann weniger trinkt; ich zähle bei Branntwein nicht zu den notwendigen Lebensmitteln. Einzelne geben die Antwort, manchmal sei es möglich, wie bei Brot und Fleisch, andere wieder glauben auch das nicht. Gerade bezüglich des Fleisches aber gibt es tatsächlich starke Qualitätsunterschiede, besonders in Bezug auf Ochsenfleisch.

Wir können nicht unterscheiden zwischen tirolischen, steierischen oder ungarischen Ochsen oder gar Büffel und deshalb variieren auch die Preise. Ein anderer Fragebogen, und zwar der der deutschfreiheitlichen Partei, hat die Meinung, daß die Gemeinden selbst preismäßigende Konkurrenzunternehmen schaffen sollten. (Oho-Rufe.) Diese Arznei dürfte nicht richtig sein. Ich bin schon auch der Meinung, daß die Gemeinden und der Staat nur dann in solchen Belangen etwas machen können, wenn wir Monopole haben. Sobald es sich nicht um Monopole handelt, ist der amtliche Betrieb zu teuer und zu schwerfällig, und wenn man an Konkurrenzunternehmen denkt, müssen diese von Seite der Konsumenten geschaffen werden. Zu glauben, daß Konkurrenzunternehmungen der Gemeinden auf dem Gebiete der einzelnen Lebensmittel gedeihen und nützen, - wohl gemerkt, ich denke nicht daran, daß einzelne Gemeinden heute große Mengen von Kartoffel und Kohlen einkaufen und dann zum Selbstkostenpreise wieder hergeben sollen, wohl aber daß sie einen Detailladen für Lebensmittel schaffen - ist eine nicht durchführbare Lösung; da muß die Selbsthilfe eingreifen.

Es folgt das Kapitel der Ernährung. Es ist zum ersten Male in dieser Art in Diskurs gestellt und die Antworten sind so interessant, daß ich glaube, das Kapitel sollte von der öffentlichen Besprechung nicht so bald verschwinden; es ist eine Frage, die speziell unsere Lehrerkreise interessieren könnte und sollte, und ich halte dafür, daß auf diesem Gebiete manches verbessert werden sollte. Es ist allgemein die Meinung verbreitet, daß die Volksnahrung nicht zweckmäßig ist, daß das Volk früher eine gesündere und zweckmäßigere Kost genossen hat.

Sehr viele Meinungen löste die Frage aus, "warum sind die Lebensmittel in Vorarlberg höher, als sie durch die Frachtsätze bedingt sind." Die einen sagen, es ist nicht wahr, daß sie höher sind,

die andern nennen den Fremdenverkehr der Nachbarländer, die Nähe der Schweiz, andere klagen über die Kaufleute, sie seien zu eigennützig, Vorarlberg habe höhere Löhne als das übrige Österreich und der Lebensunterhalt werde reguliert durch die Löhne. Wir haben zu viele "Läden", die infolge des kleinen Umsatzes teurer arbeiten. Der landwirtschaftliche Verein sagte, Vorarlberg braucht im allgemeinen eine bessere Lebenshaltung.

Es mag manches daran sein, daß der Vorarlberger eine bessere Lebenshaltung will und benötigt und daß er verfeinerter ist als in manchen anderen Ländern wie Niederösterreich, Krain und Steiermark.

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

11

Die sozialdemokratische Partei in Dornbirn nennt die große Geduld des Volkes, die volkswirtschaftlich falsche Erziehung desselben.

Das glaube ich, unbedingt ablehnen zu müssen, daß unser Vorarlberger Volk volkswirtschaftlich falsch erzogen sei. Ich würde es nicht für richtig finden, diesen Vorwurf unbeantwortet zu lassen. Unser Vorarlberger Volk gilt in allen Kreisen, die dasselbe kennen gelernt haben, als ein Volk, das in volkswirtschaftlicher Beziehung eine sehr gesunde Richtung hat, als eines der fleißigsten und strebsamsten, das die alten Formen aufgegeben und die neuen, die volkswirtschaftlich gut sind, aufgegriffen hat und im allgemeinen darf man behaupten, daß Vorarlberg - ich weiß nicht, ob die Verfasser dieses Fragebogens überlegt haben, was alles in dieses "volkswirtschaftlich" hineingehört (Ach, keine Spur!) - sicher, was die volkswirtschaftliche Seite desselben anbelangt, fast das erste in Österreich genannt und in Bezug auf den volkswirtschaftlichen Charakter und seine ganze volkswirtschaftliche Auffassung ruhig an die besten Gegenden Deutschlands und der Schweiz hingestellt werden kann. Daß einzelne äußere Erscheinungen schwächer geworden sind, gebe ich zu; ich schreibe sie aber zum größten Teile dem Umstände zu, daß Vorarlberg in den letzten Jahrzehnten so starken Zufluß von außen hat, daß es nicht imstande ist, diesen ganz zu absorbieren und ganz dem Volke, der eigenen Heimat einzuverleiben. Ich getraue mir zu behaupten, daß im Vergleich zu andern Ländern gesagt werden kann, daß das Vorarlberger Volk der Teuerung gegenüber eine stärkere Widerstandskraft hat als andere. Und seine volkswirtschaftliche Stellung gerade hat es bet Teuerung gegenüber widerstandsfähiger gemacht. Ich glaube, daß es hier bei diesem Kapitel schlecht angebracht war, Vorwürfe zu erheben, daß unser Volk volkswirtschaftlich falsch erzogen sei, am wenigsten von Seite solcher, welche erst wenige Jahre mit diesem bekannt sind.

Wir kommen nun zum Kapitel des Alkohols.

Was an Alkohol bei uns in Vorarlberg vertilgt wird, sind entsetzliche Ziffern, Ziffern, die einen jeden, der

überhaupt sich mit unseren volkswirtschaftlichen Fragen abgibt, sehr interessieren und in jedem den festen Einschluß aufbringen müssen, darauf hinzuarbeiten, daß diese Ziffern vermindert werden. Wenn man bedenkt, was für Summen Bier, Wein und ganz besonders Branntwein vertilgt werden - und diese Ziffern sind nicht übertrieben, - und wenn Sie ausrechnen, wieviel es auf einen einzigen Kopf Branntwein trifft, sehen

Sie, daß die Zahlen traurige sind. Ich will es nicht ausrechnen, damit diese betrübende Ziffer nicht im Protokoll des Landtages niedergelegt ist, aber ich empfehle es jedem, der sich dafür interessiert, einmal auszurechnen, wieviel auf jeden Kopf jährlich Auslagen zur Deckung des Alkohols kommen. Ich empfehle bei dieser Angelegenheit unsere Antialkohol-Bewegung; ich bin kein Abstinenzler und empfehle nicht eine Abstinenzbewegung, aber ich stimme für jene Kreise, welche für Mäßigkeit eintreten und diese verdienen gewiß die Unterstützung des Landtages und anderer Kreise.

Nun kommt noch am Schluß eine Frage, die gewiß manchem merkwürdig erscheint nämlich "Welche Schäden werden durch die gesteigerten Sennereibetriebe in hygienischer Hinsicht verursacht." Als die Sennereibetriebe eingeführt wurden und man über den Erfolg überall erbaut war, brachte dies für die Bauern eine bessere Verwertung der Milch. Die Milchprodukte wurden besser, was sehr zu begrüßen war. Es zeigte sich aber mit der Zeit die Erscheinung, daß die Bauern in manchen Gegenden zu viel Milch in die Sennerei bringen, so daß in der Familie und Küche Mangel an Milch ist, und so kommt es, daß in Gegenden, wo das Volk die Haupternährungsprodukte aus der Milch erzeugt, die Familien selbst zu wenig Milch haben. Aufklärung wäre da gewiß notwendig.

"Zollwesen". Dieses Kapitel gehört zu denjenigen, die am leichtesten zu Agitationszwecken verwendet werden. Man verlangt ohne viel Nachdenken die Herabsetzung der Zölle. Nun worin liegt das Wesen dieser Frage, soweit sie das Volk angeht. Das Wesen dieser Frage liegt darin, daß bei Zoll- und Handelsverträgen nicht einzelne berücksichtigt werden können, sondern daß dies eine Resultante ist, eine Linie, welche aus verschiedenen Kräften, die im volkswirtschaftlichen Leben wirksam sind, zusammengesetzt, sich ergibt; das sind die Zoll- und Handelsverträge. Nun ist es oft sehr schwer, diese Linie so genau zu ziehen, daß man sagen muß, es ist bis ins kleinste Detail allen einzelnen Faktoren Rechnung getragen. Dabei wird es sich zeigen, daß sich die Linie wie in der Mathematik nach der Seite mehr neigt, welche mehr Kräfte entwickelt. Nun hat Vorarlberg zwei interessierte Gruppen: auf der einen Seite die Großindustrie, auf der andern Seite die Landwirtschaft mit einer großen Menge von Konsumenten, die zum Teile zusammen gehören. Unsere Landwirtschaft verträgt darüber müssen wir uns klar sein - gewiß eine Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle. Wir dürfen nicht

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

glauben, daß unsere Reichsratsabgeordneten Fink, Thurnher und Loser, welche bei den Zollverhandlungen im Jahre 1906 dabei waren, die Meinung vertraten, es müsse durch Schutzzölle das Vorarlberger Getreide geschützt werden. Soviel wußten sie, ungefähr von der Heimat, daß Vorarlberg kein Getreide hat, sondern daß es eine Menge Getreide einführen muß, das ohne Zölle billiger zu beziehen wäre. Das wissen die Herren selbst, daß man billigere Produkte lieber hat als teure, das ist doch selbstverständlich.

Meine Herren, auf der andern Seite stand die Industrie, welche direkt darauf angewiesen ist, daß sie durch einen Zoll geschützt wird. Wenn das die Herren nicht glauben wollten, will ich Beispiele bringen aus dem Berichte. Es sagt hier der landwirtschaftliche Verein unter 16, daß eine Reform der Zölle anzustreben sei. Es wird notwendig sein, daß die Lebensmittel eine außerordentliche Zollbehandlung erfahren; es wird sich schon zeigen, daß Österreich und Ungarn den allgemeinen Zoll aufgeben müssen. Es werden Deutschland und andere Staaten uns sehr dankbar sein und es wären keine Schwierigkeiten vorhanden, aber wir dürfen nicht vergessen, wenn wir für Lebensmittel Zölle einheben wollen, muß auch Ungarn die Zustimmung geben. Wer im öffentlichen Leben des Volkes mitsprechen will, muß davon Kenntnis nehmen, daß Ungarn ein reines Agrar-Land ist, daß man die Industrieprodukte einführt und daß es eigentlich nur Vieh und Getreide hat und an beiden Artikeln so fest hält und selbstverständlich auch an den Zöllen der Artikel, daß Österreich, solange es mit Ungarn im Verband ist, an den Zöllen nicht einseitig rütteln kann. Wenn wir nur ein klein wenig mit den Zöllen herunter wollen, muß das teuer erkaufte werden. Wir sehen dies auch beim argentinischen Fleisch, wo Ungarn jede Einfuhr teuer sich erkaufen läßt, freiwillig aber nichts hergibt. Da können sie auf Ungarn nicht böse sein mit seiner einseitigen Produktion, da es keine Industrie hat. Nach den heutigen auf der ganzen Welt geltenden landwirtschaftlichen Grundsätzen ist Ungarn beinahe gezwungen, daß es beide Artikel im eigenen Lande womöglichst zu schützen sucht. Nun stehen wir vor der Frage, gibt es Ungarn zu oder nicht; wenn Ungarn es nicht zugibt, müssen wir warten bis zum Jahre 1917. Dann wird Vorarlberg erklären, es will in Bezug auf Lebensmittel frei sein und frei werden wir nur, wenn das Verhältnis mit Ungarn gelöst ist. Das müssen aber auch alle Kreise wissen, daß Ungarn im

Jahre 1917 keine Herabsetzung der Getreidezölle gestattet. Wenn die Industriezölle herabgesetzt werden, wird auch Ungarn herunter gehen. Wenn diese Herabsetzung aber nicht gelingt, wird es eine Verbindung

suchen mit dem Ausland. Wer die Forderungen Ungarns verfolgt, muß sehen, daß sie darauf ausgehen, die Industrie in Ungarn möglichst unabhängig und selbständig zu machen. Ich bitte Sie, das immer vor Augen zu halten. Eine andere Frage ist die, wird Ungarn wollen, daß die andern Hochschutzzölle heruntergesetzt werden wie für Eisen, Maschinen, Kohlen und Zucker. Meine Herren, wenn wir anfangen, an diesem System zu rütteln, ich bin auch einer, der daran rütteln würde, aber ich sage, es ist unmöglich, nur teilweise die Zölle herabzusetzen, sondern es müssen alle gleichmäßig herunter, weil alle das Leben verteuern. Wie weit man heruntergehen soll, das ist eine Frage, woran Vorarlberg ganz besonders interessiert ist, weil es ein starkes Industrieland ist. Eine weitere Frage, die vorkommt, ist die, inwieweit die Vorarlberger Industrie im Stande ist, den Verzicht auf die heutigen Zölle zu vertragen zu können. Ich beantworte diese Frage nicht, ich glaube aber, daß es allen jenen Kreisen, welche sich mit dieser Frage befassen, klar sein muß, ob die Vorarlberger Industrie eine Herabsetzung aller Zölle auf 50% z. B. verträgt. Ich sage, die Vorarlberger Industrie verträgt das noch nicht. Dann auf der andern Seite müssen wir, um diese Industriezölle zu erhalten, etwas an Lebensmittelzöllen übernehmen; die zwei lassen sich nicht trennen. Und nun hören wir, was Fachleute sagen. Die erste Frage lautet: Ist eine Reform der Zölle anzustreben?

Meine Herren! Drei Vertreter der Vorarlberger Industrie sagen, wenn heute, so wie es liegt, die Industriestaaten niedrigere Zölle schaffen, so heißt das, die Preise für Lebensmittel werden nicht billiger, wohl aber leidet die Industrie darunter, weil sie eine größere Konkurrenz nicht aushält. Sagen sie das den Leuten im Volke, daß diese Frage der Brennpunkt ist in den Zoll- und Handelsverträgen. Wir fragen nun, was für Vorarlberg das Beste und Richtige ist.

Wir werden die Lebensmittelzölle herunterbringen, wenn wir auf die Industriezölle verzichten. Wie die Herren wissen, haben wir mit Deutschland Meistbegünstigungsverträge und wir können solche mit andern Staaten nicht schließen und können auch mit den Zöllen nicht weiter heruntergehen, als wir mit Deutschland herunter gingen. So greifen die Fragen

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

13

ineinander ein. Wenn die Vorarlberger Industrie eine 50%ige Herabsetzung verträgt, ist es recht, wenn nicht, ist es zweifelhaft, ob die Verträge mit der deutschen Industrie gelingen, dann müssen wir überlegen, ob wir nicht doch lieber sollen mehr Zölle auf Lebensmittel zu Gunsten der Industrie übernehmen als bei kleineren Zöllen für Lebensmittel unsere Industrie einer Gefahr aussetzen.

Ganz richtig urteilt die Handelsgenossenschaft Feldkirch, mit der ich grundsätzlich einverstanden bin. Sie sagt: "Gleiches Recht für alle, die hohen landwirtschaftlichen Zölle sind ebenso verwerflich, wie die hohen Industriezölle". Wir haben als christlichsoziale Partei wiederholt den Standpunkt vertreten, daß die Hochschutzzölle auf Schutzzölle herabgesetzt und alle übrigen Zölle ermäßigt werden sollen. Der landwirtschaftliche Verein gibt eine charakteristische Antwort: "Wie die Verhältnisse liegen, wird die Landwirtschaft Vorarlbergs durch die Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle gewiß keinen Schaden erfahren, die Industrie aber braucht notwendig den Schutz." Es ist eine bekannte Geschichte, daß die industriellen Produkte industrielle Schutzzölle brauchen. Sehen Sie, meine Herren, da haben Sie den Riegel, der in

Österreich deshalb ein Riegel ist, weil wir weder das eine noch das andere nach Belieben machen könne>

und da augenblicklich die Frage im Landtag beschlossen wird und das Resultat dieser Verhandlung hinaus

ins Volk kommt, so richte ich den Appell an alle, die es angeht, sie sollen suchen, das Volk in der Beurteilung der Teuerung der Zoll- und Handelsfragen, die so kompliziert sind, aufzuklären. Bei uns in Österreich soll man das Volk mehr als in andern

Ländern suchen, zu einem ruhigen und klaren Urteil zu bringen, weil zu fürchten ist, daß bei kommenden Zoll- und Handelsverträgen Schwierigkeiten auftreten werden, die unter Umständen zu Beschlüssen führen könnten, die wir später bedauern würden. In einer so heiklen Frage ist es notwendig, daß unsere Vertreter für ihre Haltung möglichst klare Richtlinien bekommen und das Volk darüber aufklären, das nicht imstande ist, die Herabsetzung der Hochschutzzölle und das Ausmaß dieser Ermäßigung', welches bei der heutigen Konkurrenz Schwierigkeit bietet, zu beurteilen. Es genügt nicht nur zu sagen, wir verlangen die Abschaffung der Getreidezölle und aller Lebensmittelzölle, das ist etwas, was nach meiner Meinung die Urteile nur verwickeln muß und zwar derjenigen, die später die Aufgabe haben, klar und deutlich zu sagen, was

will und was braucht Vorarlberg. Da bieten sich Schwierigkeiten, die unter Umständen, wenn wir vor dieser Frage stehen, nicht leicht zu überwinden sind. Jedenfalls hat der Landtag gesucht, diese Aufgabe womöglichst zu erfüllen. Man war bisher im großen und ganzen einig darüber; erst seit einem Jahr fingen Differenzen an und die, welche die Geister gerufen, mögen sehen, daß sie über die Geister nicht die Macht verlieren. Das eine soll man bedenken, daß die Vertreter der christlichsozialen Partei im Reichsrat ganz ruhig gegen alle landwirtschaftlichen und Industriezölle sein könnten, wenn sie durch die Haltung und Äußerungen der Parteien im Lande und durch die

Politik derselben gezwungen wären, zu sagen, wir wünschen die Aufhebung aller landwirtschaftlichen- und Industriezölle.

Nun, meine Heiren, schreite ich zum Schlüsse.
Der Teuerungsausschuß hat in seinem Berichte Anträge vorgelegt, welche er augenblicklich für zweckmäßig findet. Ich habe gleich anfangs bemerkt, wir haben abgesehen von Anträgen, die nur kleine Rezepte sind. Wir haben mit den ersten zwei Anträgen beabsichtigt, das Grundübel zu packen, das ist der Wucher der Kartelle und der Blankotermhandel an der Budapester Börse. Das sind die beide Grundübel. Der dritte Antrag betrifft eine akute Frage, die augenblicklich als eine offene gilt und in den nächsten Tagen entschieden werden muß. Wir betrachten es als Aufgabe des Landtages, in dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, nämlich betreffend die Frage des argentinischen Fleisches und des serbischen Kontingentes. Der Landtag hat bekanntlich auch im vorigen Jahre die Einfuhr argentinischen Fleisches verlangt und auch die Einfuhr französischer Ochsen. Sie wurden bewilligt und als sie da waren, hieß es, daß dieses Ochsenfleisch nicht billiger sei als das andere.

Im Punkt 4 stellt der Teuerungsausschuß dem Landtag den Antrag, es möge der Landesausschuß beauftragt werden, diese verschiedenen Gedanken und Anregungen, welche im Berichte niedergelegt sind, in Arbeit zu nehmen, nicht alles auf einmal, sondern einzeln und die Vorarbeiten dafür durchzuführen und in der nächsten Tagung, die vielleicht schon im Dezember ist, dem Landtage geeignete Anträge zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen. Die Hauptsache ist die Hebung der produktiven Leistung im eigenen Lande; das ist das beste und natürlichste Arzneimittel von allen, die es gibt.

14

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

Mit diesen Begründungen empfehle ich dem hohen Hause die Annahme der Anträge des Teuerungsausschusses.
(Andauernde Bravorufe.)

Landeshauptmann: Ich bitte die Anträge zur Verlesung zu bringen.

Dr. Drexel z (Liest die Anträge aus Beilage 26)

Landeshauptmann: Ich eröffne über den Bericht des Teuerungsausschusses und über die von ihm gestellten Anträge die Debatte. Herr Abgeordneter Rüschi hat das Wort.

Rüschi: Hohes Haus! Gestatten Sie mir, daß ich noch kurz der Apostrophierung erwähne, welche der Herr Berichterstatter bezüglich der letzten Wahl gemacht hat. Ich kann für meine Person diesbezüglich nur

den Standpunkt einnehmen, den ich schon in der letzten Session eingenommen und auseinandergesetzt habe. Ich war nicht beteiligt daran und kann daher auch nicht verantwortlich gemacht werden. Im übrigen will ich noch einmal wiederholen, daß ich glaube, daß sämtliche Parteien bei dieser Gelegenheit anfangen, scharf zu schießen und daß es wahrscheinlich bei jeder Partei möglich wäre, Behauptungen, die sie aufgestellt hat, zu widerlegen. (Zwischenrufe: "So gemeine nicht, so erlogene nicht!")

Ich kann mich in diese Angelegenheit nicht einlassen und glaube, es ist nicht notwendig, daß dieselbe bei der Teuerungsdebatte weiter auseinandergesetzt werde und ich halte es für viel wichtiger, wenn man auf diese zu sprechen kommt, die hier zur Behandlung vorliegt.

Im großen und ganzen habe ich dem sehr ausführlichen Berichte des volkswirtschaftlichen Ausschusses nichts beizufügen. Es ist im großen und ganzen vollständig zutreffend. Nur auf eines möchte ich aufmerksam machen, was vielleicht auffallend ist oder vielleicht vom Herrn Dr. Drexel vergessen wurde. Es ist in erster Linie auffallend, daß von sämtlichen großen Gemeinden Vorarlbergs nur Bregenz und Dornbirn sich in dieser wichtigen Frage geäußert haben. Und wirklich auffallend ist es auch, daß neben zwei großen Gemeinden und drei kleinern sich keine bemüht hat, diese wichtige Frage zu behandeln und ihre entsprechenden Meinungen dem Landesausschusse, beziehungsweise dem Teuerungsausschusse zum Ausdruck zu bringen.

Auch eine mir sehr auffallende Erscheinung in diesem Berichte, beziehungsweise in den eingelangten Fragebogen, ist die, daß kein einziger derselben das genossenschaftliche Prinzip erwähnt, welches jedenfalls in erster Linie geeignet wäre, die eigene Produktion zu heben wie die Erfahrung am besten bewiesen hat. (Zwischenruf des Berichterstatters: "Sie sind schon auch drinnen.") Sie sind schon drinnen, aber nicht in den richtigen Punkten, sondern da und dort zerstreut. Ich meine, sie sind nicht bei den richtigen Fragen angezogen worden. Dieses Genossenschaftsprinzip ist wesentlich dazu berufen, um der Teuerung in der Zukunft erfolgreich Widerstand entgegenzusetzen zu können, nämlich das genossenschaftliche Prinzip sowohl im Einkauf als im Verkauf und der Produktion selbst.

Was die aus diesem Elaborate resultierenden Anträge des Teuerungsausschusses anbelangt, werde ich allen zustimmen.

Ich glaube, daß der Antrag 3 bezüglich Einfuhr von argentinischem Fleische am leichtesten durchführbar wäre, weil es dazu nur eine Verfügung der österreichischen Regierung bedürfen würde. Ebenso was in Punkt 2 erwähnt ist, die Aufhebung des Blanko-Termin-Handels an der Budapester Börse, ohne daß

gesetzliche Maßnahmen getroffen werden müßten, nachdem ja die Zusage der ungarischen Regierung schon da ist.

Eine schwierigerere Sache wird die sein, meine Herren, den Antrag bezüglich der Kartell- und Wuchergesetze rasch zur Durchführung bringen zu können, denn da braucht es eine außerordentlich gründliche Beratung. Es ist ganz klar, daß ungerechte Kartelle und Wucher bekämpft werden müssen mit aller Macht, die man dazu anwenden kann.

Nur, meine Herren, wird es schwer sein, Kartell- und Wuchergesetze gerecht zu machen, denn ohne Kartelle ist heute eine Industrie kaum möglich und haltbar und die Regierung selbst hat sich in letzter Zeit genötigt gesehen, eine Industrie, nämlich die Petroleumindustrie, zu kartellieren, um sie aus ihrer Notlage zu befreien. Es wird das sehr schwer sein und wird eine außerordentlich gründliche Beratung bedürfen, die Grenzen festzusetzen, wo der Wucher beginnt und wo das rechtmäßige Kartell endet. Als einen wichtigen Punkt der Anträge, betrachte ich den Punkt 4, denn durch diesen dokumentiert der Landtag sein eifriges Bestreben, beziehungsweise seinen guten Willen, der Teuerung aus eigener Initiative, beziehungsweise im eigenen Wirkungskreise möglichst beizukommen zu wollen.

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911

15

Es wird Sache des Landesausschusses sein, diese Angelegenheit in weitere Beratung zu ziehen und alles dasjenige, was hier verarbeitet worden ist, einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und diesbezügliche Vorschläge in der nächsten Session des Landtages vorzulegen, beziehungsweise dem gewählten Teuerungsausschusse zur weiteren Beratung und Berichterstattung vorzulegen.

Ferner möchte ich noch kurz auf die Andeutungen des Herrn Berichterstatters zurückkommen wegen der Zölle und der Stellung der Industrie in dieser Angelegenheit. Meine Herren, Sie wissen, daß es von Seite der Handels- und Gewerbekammer und von Seite der Industrie immer als eine absolute Notwendigkeit bezeichnet wurde, den Ausgleich mit Ungarn zustande zu bringen. Sollte er nicht mehr zustande kommen, so würde ein großer Teil der Industrie den Boden ihrer Bestandsfähigkeit verlieren und im ganzen Lande ungeheuer reduziert werden. Ich bin selbst verständlich der Anschauung, daß die Industrie nicht zu ihrem einseitigen Vorteile die Sache ausnützen wird und auch nicht kann. Im Gegenteil, die Industrie wird bestrebt sein und hat derartige Bestrebungen schon gehabt, soweit zu kommen, daß man in absehbarer Zeit eine Trennung von Ungarn ertragen könne. Aber ob diese Situation soweit gediehen ist, daß man sagen könnte, bis zum Jahre 1917 wird man mit diesem Faktor rechnen können, glaube ich nicht. Darüber

werden die einzuleitenden Zoll- und Handelsvertragsverhandlungen ein ziemlich klares Bild zu schaffen haben, wie weit man in dieser Sache kommt. Es hätte keinen Zweck, meine Herren, sich in weitere Einzelheiten einzulassen. Es wäre noch verschiedenes zu erwähnen, aber ich glaube, daß gerade diese Details nicht für das Plenum, sondern zur Vorberatung und weiteren Durchberatung für den Teuerungsausschuß bestimmt sind und dort sollen alle Details behandelt werden, um wirklich detaillierte Anträge für die künftige Session des Landtages vorzubereiten und dasjenige vorzulegen, was zur wirklichen Bekämpfung der Teuerung zu tun möglich ist. Ich selbst werde allen vier Anträgen zustimmen.

Landeshauptmann: Das Wort wünscht der Herr Abgeordnete Jodok Fink; ich erteile es ihm.

Jodok Fink: Hohes Haus! Nach den langen und zutreffenden Ausführungen des Herrn Berichterstatters und auch nach den Ausführungen des

Vertreters der Handels- und Gewerbekammer, des Herrn Abgeordneten Rüschi, will ich suchen, möglichst kurz in dieser Angelegenheit zu sprechen. Ich möchte vor allem einige Vorgänge in das Gedächtnis zurückrufen.

Im Jahre 1867 brachte uns der damalige Minister Graf Beust den Dualismus, und mit ihm die Aufgabe, von 10 zu 10 Jahren den wirtschaftlichen Ausgleich mit Ungarn zu machen.

1897 sollte nun wieder ein solcher Ausgleich mit Ungarn gemacht werden, kam aber durch volle 10 Jahre nicht zustande, weil damals die Obstruktion jede Reichsratsarbeit hinderte. Man behalf sich mit kaiserlichen Verordnungen und mit Regierungsmaßnahmen. Erst im Jahre 1907 kam der sogenannte autonome Zolltarif und der Ausgleich zustande, nachdem seit dem Jahre 1906 Verhandlungen vorausgegangen waren und auf Grund desselben wurden zahlreiche Handelsverträge mit anderen Staaten geschlossen. Für das Parlament hieß es nun, 'den ganzen Zolltarif und den ganzen Ausgleich annehmen, oder ganz ablehnen. Einzelne Änderungen sind keine zulässig bei solchen Verträgen. Dadurch erklärt es sich, daß die Abgeordneten Punkte des Zollvertrages mit in Kauf nehmen mußten, für die sie einzeln ganz und gar nicht gestimmt hätten, z. B. Zölle für Lebensmittel oder Eisen. Die beiden Regierungen hatten in der bekannten Sylvesternacht 1906 sich über den autonomen Zolltarif geeinigt und die beiderseitigen Parlamente in Wien und Budapest konnten, wie gesagt, den Zolltarif entweder annehmen oder verwerfen, aber nichts daran ändern.

Wir Vorarlberger Abgeordnete wurden fast einstimmig vor den Wahlen des Jahres 1907 aufgefordert, denselben anzunehmen. So z. B. im Landtag durch einen einstimmigen Beschluß, durch die Handels- und Gewerbekammer, durch verschiedene Groß-Industrielle rc.

Diese Herren aus der Großindustrie sagten uns damals, daß unsere Industrie ohne Ausgleich an Boden verlieren würde, denn über die Hälfte des Absatzes unserer Vorarlberger Industrie gehe nach Ungarn. Wenn man nun heute so sehr gegen die Zölle wettet und dieselben den Christlichsozialen zuschieben will, so muß ich konstatieren, daß wir Christlichsoziale damals nur 25 Mann im Parlamente waren und keinen Minister in der Regierung hatten. Die Freisinnigen waren damals 84 Mann stark im Parlament und hatten 3 Minister in der Regierung. Ich will keinen Tadel aussprechen, daß man damals den Zolltarif so machte, es war eben die Stimmung in Mitteleuropa allgemein: "Schutz der eigenen

16

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

Produktion." Diese Stimmung wurde noch gesteigert durch die russische und besonders durch die amerikanische Konkurrenz im Getreide. Die Getreidepreise waren so niedrig, wie kaum einmal. Roggen galt 5 f[. pro Meterzentner, Weizen 7 fl. Man glaubte, die eigene Produktion in Österreich-Ungarn werde zurückgehen, wenn sie nicht durch Zölle geschützt werde. Noch schwerer beklagte sich aber damals die Industrie, bei welcher nicht bloß Fabrikanten, sondern auch die Arbeiter in Betracht kommen. Die Wahrheit über den Ausgleich mit Ungarn ist folgende:

Die hohen Agrarzölle diktierten die Ungarn, die hohen Industriezölle dagegen Österreich. Die österreichischen Agrarier waren nur ein Drittel des Hauses, sie konnten die hohen Agrarzölle daher nicht diktieren und haben sie auch nicht diktiert.

Da ist nun die Wahrheit, wie schon Herr Dr. Drexel konstatiert hat, daß die hohen Agrarzölle Ungarn und die Industriezölle Österreich diktiert hat. (Zwischenruf: So ist es.) Wenn man redlich und objektiv sein will, so darf man diese Tatsache nicht aus dem Auge verlieren, daß Ungarn noch höhere Agrarzölle im Verträge festsetzen wollte und Österreich noch höhere Industriezölle, als sie in den Ausgleichsverhandlungen zustande gekommen sind. Nicht wahr ist aber, daß die österreichischen Agrarier die Agrarzölle bestimmt haben. Die österreichischen Agrarier waren bei der Abstimmung ein Drittel des Parlamentes. Wie könnten sie da diese Zölle diktiert haben? Ungarn ist ein Agrarland und Österreich ein Industrieland und die gegenseitigen Forderungen standen so, daß Ungarn höhere Agrarzölle und Österreich höhere Industriezölle haben wollte. Man hat dann sehr lange verhandelt, bis es dann zu einem Ausgleich gekommen ist, was auch in der Regierungsvorlage über den Ausgleich zum Ausdrucke gebracht wurde. Nun haben sich in der Folgezeit die Lebensmittel im Preise sehr gesteigert; überhaupt ist alles

teurer geworden und ich brauche und will darüber nichts mehr sagen, weil Herr Dr. Drexel dieses Gebiet ausführlich behandelt hat. Ich will nur darauf verweisen, daß im Jahre 1910 im Parlamente über Antrag Dr. Stölzels beschlossen wurde, die Regierung aufzufordern, für die Zeit des Bedarfes quantitativ unbeschränkt argentinisches Fleisch einführen zu lassen. Es war dies im Dezember 1910. Wir Vorarlberger Christlichsoziale haben diesem Antrage zugestimmt. Es ist dann solches Fleisch gekommen, es hat aber damals schon Schwierigkeiten

gegeben, über das Kontingent, das Ungarn zugestanden haben wollte. Als wir dann im Juli 1911 im neuen Parlamente zusammenkamen und Anträge über die weitere Einfuhr von argentinischem Fleisch gestellt wurden, da ist von einer Seite ein Antrag gestellt worden, daß argentinisches Fleisch ohne Rücksicht auf Ungarn für die Zeit des Bedarfes und quantitativ unbeschränkt eingeführt werden solle.

Diesem Antrage trat die Regierung mit großer Schärfe entgegen und erklärte, daß eine Bestimmung im Handelsvertrag mit Ungarn bestehe, nach welcher bei der Ein- und Durchfuhr von Vieh die Zustimmung Ungarns eingeholt werden müsse. Es sei am 8. Oktober 1907 eine Bestimmung zugestanden worden dahingehend, wenn in veterinärer Beziehung Meinungsverschiedenheiten beständen, so habe die strengere Auffassung zum Durchbrüche zu kommen.

Ich muß bemerken, daß dann, wenn in anderer als veterinärer Beziehung bei Durchführung des Ausgleiches Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiderseitigen Regierungen auftauchen, die Austragung durch ein Schiedsgericht vorgesehen ist. Die Regierungen haben aber von diesem Schiedssprüche die Behandlung der Veterinären Angelegenheit ausgenommen und diesbezüglich vereinbart, daß dann, wenn solche Meinungsverschiedenheiten vorkämen, die strengere Auffassung zu gelten habe. Diese Vereinbarung datiert vom 8. Oktober 1907. Dies hat die Regierung Beck beschlossen zu einer Zeit, als noch kein Christlichsozialer als Minister in der Regierung war. Damals, am 8. Oktober 1907 haben die Christlichsozialen niemanden in der Regierung gehabt. Exzellenz Ebenhoch und Geßmann sind erst am 9. November 1907 in die Regierung eingetreten; dies muß ich auch konstatieren, weil wiederholt gegenteilige, ganz unrichtige Behauptungen in agitatorischer Weise ausgestreut wurden. Nun lag im Juli dieses Jahres ein Antrag vor, den ich schon vorgebracht habe.

Am 9. Juli 1911 sagte die Regierung, der Antrag, es solle ohne Rücksicht auf Ungarn zeitlich und quantitativ unbeschränkt Fleisch eingeführt werden, komme einem Vertragsbrüche gleich und keine Regierung, weder die gegenwärtige noch eine andere, könne einem solchen Antrage zustimmen. Dem stand ein Abänderungsantrag gegenüber, ein Antrag des

Nationalverbändlers Dr. Stölzel, eines Stadtvertreters, welcher Antrag im vorigen Jahre im Dezember vom Parlamente angenommen wurde und auf Grund dessen argentinisches Fleisch eingeführt wurde. Der Antrag

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Session 1911.

17

fordert die Regierung auf, die Einfuhr argentinischen Fleisches quantitativ unbeschränkt für die Zeit des Bedarfes zu bewilligen. Der Antrag Stölzel besagt nicht, daß man Ungarn fragen müsse wegen der Einfuhrbewilligung, sondern diese Frage läßt der Antrag offen.

Er verlangt nur von der Regierung, daß sie bewillige, daß argentinisches Fleisch für die Zeit des Bedarfes quantitativ unbeschränkt eingeführt werde; dieses sind die beiden Anträge. Wir Vorarlberger Abgeordnete haben dem Antrage Stölzel 1910 und im Juli 1911 zugestimmt und ich erkläre auch, daß ich heute den Anträgen des Teuerungsausschusses zustimmen werde, wo etwas weiter gegangen wird in dieser Beziehung, nämlich wo es heißt: "Die k. k. Regierung wird aufgefordert, die Einfuhr von argentinischem Fleische sofort zu bewilligen, da Ungarn kein vertragsmäßiges Recht auf Einspruch geltend zu machen in der Lage ist."

Nun wenn ich sage, ich stimme jetzt diesen Anträgen zu, ohne Rücksicht zu nehmen auf Ungarn, so muß ich auch noch erklären, warum dieses geschieht, und ich glaube, daß auch meine Herren Kollegen vorn Reichsrate damit einverstanden sind. Zunächst möchte ich sagen, daß wir damals hauptsächlich aus zwei Gründen dem Antrage des Abgeordneten Dr. Stölzel zugestimmt haben und nicht dem des Teuerungsausschusses. Der erste Grund war der, daß wir glaubten, Ungarn leite aus dem Ausgleiche und den Vereinbarungen vorn 8. Oktober 1907 das Recht ab, uns aus Veterinären Gründen die Fleischeinfuhr zu beschränken und Einspruch dagegen zu erheben. (Zwischenruf: Sehr richtig.) Der zweite Grund ist der, daß wir gemeint haben, wenn dir's richtig ist, was von der Regierung entschieden erklärt wurde, daß es ein Vertragsbruch wäre. und dann weil wir gefürchtet haben, daß Ungarn, wenn das Parlament dieses machen würde, mit Repressalien kommen würde, wie Dr. Drexel geschildert hat und zwar haben wir diese auf dem Gebiete der Industrie gefürchtet.

Dies waren also hauptsächlich die zwei Gründe. Run was haben wir seither gesehen? Seither haben wir gesehen, daß Ungarn in den Verhandlungen mit der österreichischen Regierung sich nicht auf Veterinäre Bedenken berufen hat, sondern den Annaberger-Anschluß verlangt hat, der nicht zu den Ausgleichsbedingungen gehört und auch nicht zu den Vereinbarungen und Durchführung derselben; im Gegenteil, wenn der Annaberger-Anschluß gewährt würde, würde er eher dazu führen, daß nicht nach dem Sinne des Ausgleiches

vorgegangen würde. Ungarn will diesen Anschluß, um direkt mit Deutschland zu verkehren, sagen wir, um mit ermäßigtem Tarife Agrarprodukte nach Deutschland hinauszulassen und ermäßigte Industrieprodukte hereinzubefördern und zwar wäre dies trotz der bestehenden Handelsverträge mit Ungarn geschehen. Dieses ist nicht der erste Fall, den wir von Ungarn erfahren haben. Dieses würde gegen die Bestimmungen und gegen den Sinn des Handelsvertrages mit Ungarn sein und würde eine Schädigung Österreichs zur Folge haben. Ungarn will und könnte uns weiter ausnützen gerade zu einer Zeit, wo argentinisches Fleisch als Notbehelf eingeführt werden soll, bis wir eigenes Vieh und Fleisch genug im Lande haben. Dies verlangt Ungarn und nicht, was auf den Ausgleich Bezug hat und weil Ungarn dieses gemacht hat, so ist die Situation für uns eine ganz andere (Zwischenruf: So ist es, so ist es.) Ungarn hat beim Annaberger-Anschluß die Schaffung veterinärer Bestimmungen verlangt, weil durch die Einfuhr von totem Fleisch die Seuche eingeschleppt werden könnte. Ob diese Befürchtung bedenklich ist oder nicht, darüber will ich mich nicht weiter einlassen. Herr Dr. Drexel hat von einem landwirtschaftlichen Fachmanne erklärt, daß es nicht unbedenklich wäre.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch einiges einflechten; es ist auch von der Stadt Bregenz gesagt worden, durch Vieh- und Fleischeinfuhr könne eine Seuchengefahr bedenklich sein, aber es sei nicht nachgewiesen.

Da hat es mich gewundert, daß Bregenz dieses gesagt hat, deshalb, weil schon im Februar durch Schlachtvieh die Klauenseuche aus Ungarn nach Bregenz gebracht wurde und dort Fälle vorgekommen sind - ich sage es nicht aus eigener Erfahrung, sondern es hat mir dies ein amtliches Veterinärorgan mitgeteilt - daß an einem Montag, wo ein Transport Ochsen verseucht angekommen ist, die Metzger keine Ochsen und auch kein Fleisch mitnehmen durften sondern es wurde ihnen gesagt, sie sollen am Mittwoch das Fleisch holen. Die Ochsen wurden dann geschlachtet und das Fleisch vorschriftsmäßig 24 Stunden ausgekühlt und dann haben Hohenemser Metzger eine solche Fuhr Fleisch von Bregenz über Dornbirn nach Hohenems geführt. In Dornbirn hat der Mann, - ich glaube in Hatlerdorf - zugekehrt und das Fleisch vor dem Wirtshause stehen lassen. Zu gleicher Zeit hat ein Bauer sein Vieh getränkt, die Tiere sind an das Fleisch herangekommen, haben, was sie überhaupt gerne tun, an dem Fleische gerochen und innerhalb

18

V. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

5 bis 6 Tagen hat das Vieh die Klauenseuche bekommen. In diesem Falle ist unter der Beobachtung aller Veterinären Vorschriften, die bei solchen Fällen beobachtet werden, durch totes Fleisch die Seuche im

Lande verschleppt worden. Der eine Grund fällt also für uns weg, mit Rücksichtnahme auf Ungarn (Zwischenruf: So ist es), weil dieses sich nicht auf Veterinäre Bestimmungen beruft.

Nun handelt es sich, ob Rücksichtnahme auf Ungarn notwendig wäre, auf Repressalien einzugehen, die unsere Industrie treffen Auch nach dieser Richtung ist seit Juli d. Jrs. eine große Erleichterung eingetreten.

Die Handels- und Gewerbekammer hat eine Zuschrift an die Abgeordneten gerichtet, worin sie den Ausgleichsstandpunkt einnimmt, den der Vertreter der Handelskammer, Herr Rüschi eingenommen hat, daß man ohne Rücksicht auf Ungarn vorgehen solle. Damit fürchtet die Handels- und Gewerbekammer keine Repressalien auf dem Gebiete der Industrie von Seite Ungarns und ich glaube, das hohe Haus wird zustimmen, daß wir Abgeordnete hier keine größere Sorge und größere Furcht haben, als die berufene und richtige Vertreterin der Industrie, die Handels- und Gewerbekammer.

Und aus diesen beiden Gründen, weil sich die Sache seit Juli geändert hat, stimmen wir Reichsratsabgeordneten diesen Anträgen des Teuerungsausschusses zu. (Zwischenruf: Gewiß). Nun möchte ich rasch zum Schlusse kommen. Ich stimme auch den anderen Anträgen zu und möchte auch, wie Herr Dr. Drexel, konstatieren, daß auch in Zukunft die wichtigste Frage die sein wird: was tut man, wenn in nächster Zeit ein neuer Zoll- und Handelsvertrag und neuer Ausgleich mit Ungarn zustandekommen soll?

Ich bin ganz sicher fest überzeugt, wenn wieder ein Ausgleich mit Ungarn zustandekommen soll, die einseitige Aufhebung der Agrarzölle nicht ausführbar sein wird. Denn die österreichische Industrie verlangt Industriezölle und die Ungarn gewähren sie nicht ohne Gegenwert und wollen für ihre Produkte und ihre Erzeugnisse hohe Schutzzölle und es wird wieder kommen wie früher, aber ich hoffe, wesentlich milder dürften die Zölle ausfallen. Der Ausgleich wird zustandekommen, wenn man unter dem Volke sagt, daß man den Ausgleich braucht. Dieses will ich im stenographischen Protokolle niedergelegt haben und ich bin überzeugt, daß es sich um dieses drehen wird, wenn man zu den Zoll- und Handels- und Ausgleichsverträgen kommt.

Die Hauptsache wird und muß sein, wie die beiden Vorredner gesagt haben, daß wir trachten, die Eigenproduktion im Lande möglichst zu heben; dieses wird und muß das erste sein, wenn es die Industrie so einrichten kann. daß wir ohne den Ausgleich mit Ungarn das nächstemal durchkommen; dann wird es aber eine andere Behandlung der Zoll- und Handelsfrage geben; da wird es bte Hauptsache sein, das möglichste zu tun, - es hat dies auch der landwirtschaftliche Verein in Aussicht gestellt - nämlich die Eigenproduktion möglichst zu vermehren, die Kälberaufzucht zu subventionieren und das eine ist sehr wichtig,

nämlich Maßregeln zu treffen, der Landflucht, die dormalen besteht, entgegenzuarbeiten. Wir haben in einem Gesuche der Gemeinde Raggal gehört, daß ein großer Teil der bewohnbaren Gebäude leer steht. Auch habe ich schon oft Zitierungen gehört, daß in vielen, besonders hochgelegenen Landgemeinden die Einwohnerzahl zurückgeht. Es will alles in die Stadt und in die Industrieorte und sehr viele wollen lieber sich der Industriearbeit widmen und lieber ein einfacher Arbeiter sein, als Landwirtschaft treiben. Da ist es nun notwendig, daß das Volk durch Belehrungen und durch die Rot - ich möchte sagen, ich hoffe es - gezwungen wird, mehr sich der Landwirtschaft zu widmen und mehr zu suchen, die landwirtschaftliche Produktion zu heben. (Andauernde Beifallsrufe.)

Landeshauptmann: Wer wünscht weiter das Wort? - Der Herr Abgeordnete Dekan Fink; ich erteile ihm dasselbe.

Dekan Fink: Hohes Haus! Der Vertreter der Handels- und Gewerbekammer, Herr Rüschi, hat in seinen Ausführungen gesagt, daß es nach seiner Anschauung schwierig sei, ein Kartellgesetz zu schaffen und zwar deswegen, weil gewisse Kartelle berechtigt seien und andererseits deswegen, weil den meisten derselben sehr schwer beizukommen sei. Es gibt wob! noch einen dritten Grund, nämlich den, daß die hohe Finanz, das Großkapital einen ungeheuern Einfluß auf die Gesetzgebung hat. Ich glaube aber, es kann diesem Hindernisse damit entgegengearbeitet werden, daß einmal in den weitesten Schichten des Volkes bekannt werde, worin denn der Mißbrauch der Kartelle besteht und wieviele Tausende von Millionen Kronen Volksvermögen durch die Kartelle in die Kassen des Großkapitals abgelagert werden. Bisher hat man, wenn

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

19

Volksversammlungen abgehalten wurden, von gewisser Seite verhältnismäßig wenig von den Kartellen gehört. (Rufe: Hört, hört! Heiterkeit.) Ich weiß nicht, warum man gerade diese so schonend behandelt; ich möchte mir daher gestatten, nur kurz auf die Mißbräuche und Auswüchse der Kartelle hinzuweisen. Ich wähle unter allen das Eisenkartell, gebe aber im vornherein zu, daß bei diesem die Mißbräuche am allerschlimmsten zu Tage treten. Die Gründung des Eisenkartells fand im Jahre 1878 statt. In den 70iger Jahren hatte die österreichische Eisenindustrie einen schweren Stand. Es war damals wirklich nötig, daß sie sich soviel als möglich zu halten suchte. Zunächst taten sich die Vertreter der Eisenbahnschienenwerke zusammen und beratschlagten, wie dieser Krisis entgegengearbeitet werden könnte. Sie wurden darüber einig, daß Verbände gebildet werden sollten, welche die Preise festzusetzen hätten und daß den einzelnen Mitgliedern

des Kartelles, eigene Absatzgebiete anzuweisen seien. Das ist der Anfang des Eisenkartelles. Man setzte die Preise fest, an diese mußte sich jeder halten. Auch die Absatzgebiete wurden für jeden umgrenzt. Das war noch eine lose Organisation. Das eigentliche Eisenkartell wurde erst im Jahre 1886 gebildet und war viel fester gefügt. Da hat man nicht mehr den einzelnen Werken ihre Absatzgebiete zugewiesen, sondern einfach alles zusammengeworfen. Es wurde eine Zentralstelle bestimmt und an diese waren die Bestellungen zu richten oder wenigstens anzuzeigen. Diese Zentrale fixierte die Preise für die verschiedenen Artikel und die Werke bekamen den Auftrag, die Bestellungen nicht unter diesen Preisen auszuführen. Im großen und ganzen hat man sich an den Grundsatz gehalten, daß jenes Werk Aufträge erhalten sollte, welches dem Bestimmungsorte am nächsten war. Doch wurde die territoriale Abgrenzung der Absatzgebiete aufgegeben. Jedem Teilhaber wurde in Prozentsätze ein angemessenes Quantum von Erzeugnissen zugewiesen und zwar durch das Kartell selbst, soviel durfte man erzeugen und absetzen.

All das galt für das Inland; für das Ausland war keine Beschränkung, um den Export kümmerte sich das Kartell wenig. Allerdings ganz außer Betracht ist auch das Ausland nicht geblieben. Unsere Kartelle trafen mit den ausländischen Vereinbarungen, damit nicht etwa durch ein Übersehen der eine oder andere Gewinnst verloren gehen könnte. Wie gesagt wird, ist es diesen Vereinbarungen zu verdanken, daß z. B. die Eisenträger um zwei Kronen teurer zu bezahlen

sind, als es nach den Zollsätzen treffen würde. Das war das Eisenkartell, wie es im Jahre 1886 entstand.

Ich habe mir aus den finanziellen Jahrbüchern herausgeschrieben, welche Dividende in einer Zeit, wo es mit der Eisenindustrie schlimm gestanden ist, verteilt wurden. Es haben die Rimamurany 5%, die Präger Eisenindustriegesellschaft 2%, die böhmische Montangesellschaft 7 % und die Alpina 0% Dividende bezahlt. Das war im Jahre 1886. Wir müssen zugeben, daß damals bei der Eisenindustrie tatsächlich eine Notlage bestand, aber etwas anderes darf man auch nicht vergessen Solange die Großindustrie die Gewerbetreibenden niederkonkurrierte, solange fand man die freie Konkurrenz ganz in der Ordnung. Es sind tausende und lausende infolge diese freien Konkurrenz zu Bettlern gemacht worden. Wenn diese daher kamen und Klagen vorbrachten, da bezeichnete man die freie Konkurrenz als eine Forderung des Fortschritts und erklärte, das läßt sich nicht anders machen. Als aber die Sache sich etwas geändert hatte, als die Großindustrie mit der Großindustrie im Kampfe lag, da auf einmal macht sich in denselben Kreisen eine andere Auffassung geltend. Da hieß es, die freie Konkurrenz schadet uns allen und nützt keinem, da muß Abhilfe geschaffen werden. In dieser Erkenntnis ist das Eisenkartell geschaffen worden. Ich meine, es gibt keinen

größer> Feind der freien Konkurrenz als diese Einrichtung, keinen größeren Feind unseres wirtschaftlichen Lebens, als diese Organisation. Das Eisenkartell bestand zunächst bis zum Jahre 1891. Die Erfolge waren für das Kartell sehr günstige. Im Jahre 1886 hat die Rimamurany 5%, im Jahre 1891 schon 12% Dividenden verteilt. Im Jahre 1886 hat die Präger Eisengesellschaft 2%, im Jahre 1891 schon 14% Reingewinn gehabt, derselbe ist also in 5 Jahren siebenmal größer geworden. Selbst die Alpine war von 0% auf 2% Dividende gestiegen. Letztere war noch in Gründungsschwierigkeiten und konnte sich infolgedessen nicht so rasch entwickeln. Das Kartell wurde sodann wiederum erneuert und zwar bis zum Jahre 1901. Die zweite Erneuerung zeigte noch günstigere Ziffern. Die Rimamurany stieg von 12% auf 15%, die Präger von 15% auf 25% und die Alpine von 2% auf 10% Dividenden. Im Jahre 1899 waren die kartellierten Werke bereits so konsolidiert, daß ein Kartellschutz nicht mehr notwendig gewesen wäre. Ich meine, wenn bei einem Unternehmen von mindestens 10% Dividenden geredet wird, braucht dasselbe keinen unnatürlichen Schutz durch die Kartelle.

20

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

Selbst einzelne Eisenwerke hatten die Überzeugung bekommen, der Kartellschutz sei nicht mehr nötig; da ist zunächst eine mit deutschen Geld gegründete Gesellschaft zu erwähnen, nämlich die Hernadtaler Eisengesellschaft.

Dieselbe stand außerhalb des Kartelles, um mit dem Kartelle den Kampf aufzunehmen. In diesem Kampfe ist sie allerdings zugrunde gegangen, weil sie schlechte Eisenerze hatte. Eine andere Gesellschaft in Ungarn, nämlich die Rimamurany hat sodann die Werke der Hernadtalergesellschaft aufgekauft. Nun fühlte sich die Rimamurany Gesellschaft so stark, daß sie glaubte, mit dem ganzen Kartell den Kampf aufnehmen zu können. Dieser Kampf wurde aufs heftigste geführt. Die Eisenpreise wurden durch das Kartell jeweilig so festgesetzt - wie ich später noch ausführen werde, - daß sie auf gleicher Höhe standen oder vielleicht ein bisschen niedriger waren wie die Preise des deutschen Eisens von gleicher Art samt dem Zoll. Nun ist infolge dieses Kampfes der Eisenwerke der Preis des Eisens bedeutend unter den früheren gesunken, ja schließlich wurde sogar das österreichische Eisen etwas billiger als das deutsche ohne Zoll. Man wird sich fragen, wie ist es den beteiligten Werken gegangen, bei einem solchen Konkurrenzkampf? Da werden sie wohl keine Dividenden verteilt haben? Ich habe mir hier die genauen Zahlen notiert- Die Präger hat für das Jahr des Kampfes 1901 14%, die Alpine 7% und die Rimamurany 10% an Dividenden verteilt, der beste Beweis dafür, daß diese Eisenwerke trotz der großen Konkurrenz von Seite des deutschen Eisens auch ohne Zollschutz in die Lage versetzt sind, ihren Aktionären Dividenden von 7% bis 14% auszahlen

zu können. Die einheitliche Preisbestimmung wird eben von Seite des Kartells auch ganz interessant gemacht; man fragt nicht, wie groß sind die Herstellungskosten, sondern man berechnet nur, wie teuer kommt in dem und dem Orte das gleiche Quantum von deutschem Eisen samt Zoll und Fracht. Einzig und allein entscheidend ist daher der Preis der deutschen Konkurrenz. Man stellt sodann den Preis nur noch ein wenig billiger. Manchmal geht diese Rechnung auch fehl. Wir haben bei uns in Vorarlberg schon öfter diese Erfahrung gemacht. So kauft man im Vorderwalde billiger Eisen von Deutschland, als von Österreich. Auch für Dornbirn muß die Rechnung nicht ganz richtig gemacht worden sein, da die Einrichtung des Schlachthauses allerdings nicht von einem Eisenwerke, sondern von einer Maschinenbau-Firma, nämlich der Präger Maschinenbauaktiengesellschaft um 2000 K teurer offeriert wurde als von einer ausländischen Firma. Man hat dann später gesehen, daß das Offert zu hoch gestellt war, und hat ein billigeres gemacht. Immerhin war aber auch da das ausländische noch etwas niedriger. In gleicher Weise wirtschaftet das Eisenkartell. Es offeriert so, daß es ein wenig billiger ist als die ausländische Konkurrenz, manchmal sogar ein wenig teurer, dann nämlich, wenn noch andere Momente in Betracht kommen. Das war z. B. der Fall, als es sich um die Lieferung des Eisens zu Panzerschiffen gehandelt hat. Da hat man sich beim Eisenkartell gedacht, die Marineverwaltung müsse patriotisch sein und das Inland berücksichtigen. Man glaubte infolgedessen, die Preise etwas höher als das Ausland ansetzen zu dürfen. Man hat somit nicht bloß Eisen, sondern auch den Patriotismus verkauft. In Wirklichkeit hat allerdings das Eisenkartell nicht das Recht, sich als speziell österreichisches Unternehmen breit zumachen. Ich will nur ein Beispiel anführen, wie patriotisch das Eisenkartell ist, wenn sich Gelegenheit bietet, dem Staate die schuldigen Abgaben zu leisten. Da ist, wie Sie wissen, vor ein paar Jahren, im Jahre 1909, die böhmische Montangesellschaft mit der Präger Eisenindustriengesellschaft vereinigt worden. Zuerst sprach man von einer Fusion, wohl deswegen, damit die Finanzbehörden nicht unruhig werden, später von einem Aktienumtausch. Ich weiß nicht, war es nach den Statuten notwendig oder haben es einzelne Aktionäre verlangt, schließlich wurde doch eine Liquidation durchgeführt. Die Präger Eisenindustriengesellschaft hat den ganzen Realbesitz der Montangesellschaft um den Preis von 8,005.000 K gekauft. Die Bezahlung hatte in Aktien der Präger Eisenindustriengesellschaft zu geschehen und zwar nicht nach dem Kurswerte, sondern nach dem Nominalwerte von 400 K. Der Kurswert war damals 2400 K - 2700 K, also mindestens sechsmal höher. Daher war die wirkliche Kaufsumme 40 - 50 Mill. K. Es war dann doch den Vertretern der staatlichen Finanzbehörde auffallend gewesen, daß als Kaufpreis nur acht Millionen angegeben waren. Man hat mit der Gesellschaft Verhandlungen eingeleitet und ist schließlich

einig geworden, einen Kaufpreis von 25 Millionen für die Gebührenbemessung zu wählen. Sie wissen, wenn bei uns ein Bauer ein paar tausend Kronen weniger in den Kaufvertrag schreiben würde, als er in Wirklichkeit gehandelt hat, kommt die Behörde und wenn sie die falsche Angabe entdeckt, muß er nicht bloß die verkürzte Gebühr zahlen, sondern auch noch dreimal

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10 Periode 1911.

21

mehr als Strafen. Wenn aber die Präger Eisenindustriengesellschaft um 20 - 30 Millionen weniger angibt, da gibt es eine Reihe von Verhandlungen und schließlich einigt man sich so, daß die Gesellschaft nicht etwa eine Buße zu zahlen hat, sondern mit der ordentlichen Gebühr sehr glimpflich davon kommt. Als Finanzminister Bilinski sich nicht einverstanden erklären wollte, hat ihm die Präger Gesellschaft sofort den Vorwurf gemacht, daß er deswegen Schwierigkeiten mache, weil sein Vetter, den er in die Verwaltung des Kartells hineinbringen wollte, nicht aufgenommen wurde. Es ist ja vielleicht möglich, daß Bilinski einen Vetter hineinbringen wollte, um einmal Einsicht zu bekommen in die Kartellwirtschaft und das Kartell hat, gerade um diese Einsicht zu verwehren, die Aufnahme abgewiesen. Wäre aber die Abweisung der wirkliche Grund, warum Bilinski dem Kartell gegenüber eine> etwas steiferen Rücken hatte, so müßten wir nur wünschen, daß nicht nur ein, sondern zwölf Vetter abgewiesen worden wären, so daß er bei solchen Steuerentziehungen zwölfmal mehr Widerstand geleistet hätte.

Sie sehen aus dem allem, wie das Eisenkartell die Staatsinteressen fördert. Bei der letzten Zollverhandlung sind die Eisenzölle ziemlich in gleicher Höhe festgesetzt worden wie in früheren Zollverträgen. Obwohl die österreichische Eisenindustrie schon im Jahre 1906 derartig erstarkt war, daß sie auf jeden Zollschatz, soweit es sich um die Roheisen-Industrie in große> Werken handelt, hätte verzichten können. Ich weiß nicht, wie das gekommen ist daß doch noch so hohe Zölle bewilligt wurden. Es ist nun einmal Tatsache und man kann daraus ersehen, welche Macht das Großkapital besitzen muß. Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß gerade durch diese Kartelle viel Geld aus dem Volke herausgepreßt und dem Großkapital zugeführt wird.

Auch der Bauernstand leistet da große Beiträge zu den Kartellgewinnen, er ist ein bedeutender Konsument des Eisens. Wenn der Bauer irgendwo ein Haus oder Stall baut, verwendet er Träger, Stiften u. s. m, ebenso braucht er bei Wasserleitungen Rohre Da gibt es bald einige Meterzentner Eisen- Auf 100 kg ist der Preis 6 oder 7 K höher, als wenn der Zoll nicht wäre. Der Bauer braucht auch Eisen für Maschinen. Es gibt fast in jedem Bauerndorfe Schmieden und Eisenhandlungen,

die sehr viel Eisen einführen. Das wissen die Herren besser, wie ich. Jeder Bauer zahlt so dem Eisenkartell bedeutenden Tribut. (Rufe: Richtig.) Nun wird

aber nie auf diesen Umstand aufmerksam gemacht, sondern wenn man von der Teuerung spricht, schlägt mau hauptsächlich auf die Agrarier und niemand darf froher sein, daß man das tut, als die Herren vom Eisenkartell.

(Zwischenruf: Von diesem sind sie bestellt!) Die kartellierten Werke würden mindestens jährlich 30 Millionen K weniger Gewinn haben, wenn das Kartell und der Zoll nicht wäre, und das ist doch eine schöne Summe Geldes.

Ich habe den Vermögensstand nach dem Kurswerte von der Präger-, Rima- und Alpen-Gesellschaft berechnet. Schon diese allein besitzen ein Gesamtvermögen von 588 Millionen, (Zwischenrufe: Das sind die Ausbeuter) und wenn wir die anderen Eisenwerke dazu nehmen, würden wir wohl über tausend Millionen hinaufkommen.

Die Kartelle sind froh, wenn man von ihnen nicht redet, denn sie können nur solange wuchern, als von ihnen nicht geredet wird. (Bravo-Rufe.) Sobald man ihr Treiben aufdeckt, muß dieser Wucher aufhören. Daß die Lebensmittel billiger werden, liegt nicht nur im Interesse eines jeden Arbeiters, sondern noch mehr im Interesse der Arbeitgeber.

Wenn die Teuerung noch zehn Jahre anhaltet oder vielleicht noch zunimmt, dann muß der Arbeiter wieder zum Fabrikanten gehen und um Lohnerhöhung ersuchen. Solange man nur von Ermäßigung der Lebensmittelpreise redet, ist die Industrie, auch jene, die einen sehr großen Gewinn macht, gesichert. Die Preise der Lebensmittel sind in verschiedenen Ländern verschieden und gerade so auch die Arbeitslöhne. Wo teure Lebensmittel sind, müssen auch die Löhne der Arbeiter höher sein, wo man billige Lebensmittel findet, sind auch die Löhne der Arbeiter niedriger. Wer hat also eigentlich den Hauptprofit dabei, wenn die Lebensmittel billiger werden. Ich behaupte, die Industrie und besonders die Großindustrie.

Und nun möchte ich noch auf etwas aufmerksam machen. Man redet heute viel von der Fleischeinfuhr. Ich werde auch nicht dagegen stimmen. Für die Erlaubnis der Fleischeinfuhr verlangt unsere Regierung vom betreffenden Staate als Kompensation die Einfuhr österreichischer Industrieerzeugnisse. Gewöhnlich sind es Kanonen oder dergleichen, die in Österreich bestellt werden müssen, daher sind wieder die

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

Kartelle die Bevorzugten; insbesondere hat das Eisenkartell von der Fleischeinfuhr den Hauptprosit.

Und nun noch eine Frage. Wem kommt der große Gewinn der kartellierten Werke zu? Die Mehrzahl der Aktionäre der großen Eisenwerke wohnen im Inlande. Aber bei der Alpinen Montangesellschaft sind auch ganz bedeutende Posten von Aktien im Auslande plaziert. Das ergibt sich aus dem Umstände, daß diese Aktien an den Börsen in Gens, in Brüssel, Paris und Frankfurt notiert sind. Somit wird das österreichische Volk ausgesogen und zwar in wucherischer Weise, um damit das Großkapital des Auslandes zu mästen. (Bravo-Rufe.) Diese Ausführungen zeigen, welche wirtschaftliche Bedeutung die Kartelle haben und wie gerade auf diesem Gebiete eine Hauptursache der Teuerung zu finden ist. Wie ich schon angedeutet habe, werden von gewissen Seiten großartige Versammlungen wegen der Teuerung abgehalten.

Man spricht dabei sehr wenig von Kartellen, dagegen viel von Agrariern und Christlichsozialen. Es heißt immer: "Hier ist der Dieb". Wenn in einer großen Volksansammlung einer Großstadt gerufen wirb, "hier ist ein Dieb", dann ist fast sicher ein Dieb um, aber nicht dort, wo dieser Ruf erschallt, sondern auf einer ganz anderen Seite, wo es ruhig ist und still. Und während man ruft, "hier ist der Dieb" hat der wirkliche Dieb ganz ungestört einem aufgeschreckten Bürger bereits die Hand in der Tasche. Auf politischem Gebiete ähnlichen Lärm zu machen, ist politische Klugheit derjenigen, die das Volk wirklich betrügen. Damit man nicht gewahr wird, wo der wahre Dieb ist, schreit man, daß der Dieb auf Seiten der Landwirtschaft zu suchen sei. Wenn denjenigen, die diesen Lärm machen, die Kartelle ein paar Millionen für die Agitationsarbeit zahlen würden, wäre das immer noch eine Kleinigkeit gegenüber dem, was die Kartelle durch diese einseitige Agitation profitieren. (Bravo-Rufe.)

Landeshauptmann: Das Wort wünscht der Herr Abgeordnete Loser. Ich erteile es ihm.

Loser: Hohes Haus! Ich werde mich in meinen Ausführungen mit Rücksicht auf die vor-

gerückte Stunde möglichst kurz fassen. Ich möchte zunächst die Tatsache konstatieren, daß sich die Debatte, welche heute über die Lebensmittelteuerung abgeführt wird, wohlthuend unterscheidet von jenem wüsten Geschimpfe und grundlosen Beschuldigungen, wie man sie im gegnerischen Lager in der Regel zu hören bekommt und die

wir aus der gegnerischen Presse vernehmen können, wenn dieses wichtige Problem besprochen wird. Mit einer Unverfrorenheit sondergleichen werden wir Christlichsoziale dort als Lebensmittelteuerer gegen besseres Wissen und gegen alle Überzeugung hingestellt. Man ist sogar soweit gegangen, daß man nicht nur unsere Partei als solche, sondern einzelne Angehörige der Partei aus wahltechnischen Gründen als Schuldige der Teuerung bezeichnet hat, wie es beim geehrten Herrn Kollega Dr. Drexel anläßlich der Reichsratswahlen der Fall war.

Meine Herren! Dieses ist, verzeihen sie mir das harte Wort, einfach unverschämt und ordinär. Die Teuerung wird überall in der ganzen Öffentlichkeit, soweit Objektivität herrscht, als eine allgemeine Erscheinung bezeichnet und keine spezifisch österreichische. Sie herrscht in England, Belgien, Frankreich; im Deutschen Reiche hören wir Klagen über die Teuerung wie bei uns in Österreich, wo sie - wie zugegeben werden muß - leider in erhöhtem Maße erscheint. Aber noch einen Unterschied zwischen allen diesen Ländern und Österreich, habe ich wahrgenommen, daß nämlich nur in einem einzigen dieser Länder die Teuerung der Lebensmittel zur politischen Hetze benützt wurde und das ist bei uns in Österreich.

Es hat zwar der Vertreter der Handelskammer gemeint, es sei nicht am Platze, diese Beschuldigungen bei dieser Gelegenheit zu erörtern.

Da bin ich anderer Ansicht; ich meine, wenn wir Christlichsoziale von Leuten, die bewußt lügen, fortwährend und in der unverschämtesten Weise als die Schuldigen an der Teuerung bezeichnet werden, haben wir auch das Recht, vor diesem Forum diese bewußten Lügen und Beschuldigungen entsprechend zurückzuweisen.

Es gibt kaum etwas Verwerflicheres und Widerlicheres, als ein Unglück oder eine Katastrophe, von der die weitesten Kreise getroffen wurden, zur politischen Hetze auszunützen. Ich möchte mir, meine Herren, nicht herausnehmen, eine

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

politische Partei im Lande oder Reiche als schuldig hinzustellen an der Teuerung. Aber das eine getraue ich mir zu behaupten und zwar mit voller Überzeugung, daß die wirklichen Lebensmittelverteuerer, die Kartellisten und Wucherer dem Freisinn weit näher stehen als uns und auch mit der Sozialdemokratie auf gutem Fuße sind. (Sehr richtig!) Verkündeten doch die Finanzorgane anläßlich der Reichsratswahlen, als die christlichsoziale Partei nicht unwesentliche Verluste erlitt, mit Hellem Jubel, daß nun im Parlamente die kapitalistenfeindliche Richtung durch die Niederlage der Christlichsozialen zurückgedrängt

worden sei und die Börse habe durchaus keinen Grund mehr, etwas zu fürchten. Meine Herren! Aus diesem Jubel, daß die Christlichsozialen, die Feinde des Großkapitalismus, zurückgedrängt seien und die Freiheitlichen und Sozialdemokraten gewählt seien, erhellt, daß die Lebensmittelteuerer die in der Finanzwelt und bei der Börse zu suchen sind, sich als Freunde der Freiheitlichen und Sozialdemokraten deklarieren. Man kann also unschwer den Schluß ziehen, welcher Partei die Lebensmittelteuerer näher stehen. (Sehr richtig!) Aber die Deutschfortschrittlichen und die Sozialdemokraten verstehen es eben immer, ein Unglück, eine Katastrophe, zu politischen Zwecken auszunützen. So hat es vor Jahresfrist die sozialdemokratische Partei in unserem Lande anlässlich der Hochwasserkatastrophe in eklatanter Weise getan.

Es war im Jahre vor der Wasserkatastrophe, da schrieb die sozialdemokratische Presse wie immer abfällig über den Vorarlberger Landtag, beschuldigte denselben, daß er nicht das geringste soziale Empfinden und Verständnis habe, daß er keinen Sinn für die Erbauung eines Landesspitals habe, sondern er habe nur Verständnis für Wasser-, beziehungsweise Fluß- und Straßenbauten, wodurch er eben nur das Eigentum der Besitzenden schützen wolle. Sein ganzes um und auf und seine Sorge bestehe nur in der Erbauung von Fluß- und Straßenbauten.

Nun kam im Juni 1910 die Wasserkatastrophe mit all ihren traurigen Folgen. Da ist die nämliche sozialdemokratische Presse gekommen und hat erklärt gegenüber den vorn Unglücke betroffenen Leuten: Seht ihr! Hütte der Vorarlberger Landtag rechtzeitig seine Pflicht getan, wäre er

darangegangen, diese Flußbauten rechtzeitig durchzuführen, so wäret ihr, Bauern, so wäre das Vorarlberger Volk von diesem Unglück verschont geblieben. Vor der Wasserkatastrophe hieß es, der Landtag habe nur Sinn und Verständnis für Fluß- und Straßenbauten. Ich frage nun, ist eine solche Kampfweise noch eine ehrliche, oder nicht vielmehr als eine bodenlos gemeine zu bezeichnen?

Meine Herren! Es will mir fast scheinen, daß den Sozialdemokraten, den roten Weltverbesserern, den diversen Ober- und Untergenossen die Lebensmittelteuerung eine nicht unwillkommene Erscheinung sei, ein willkommenes Werkzeug zur Hetze gegen andere ihnen unbequeme politische Parteien, ein Mittel, um ihre eigene Unfähigkeit, wichtige Fragen in Angriff zu nehmen und zu lösen, zu verdecken. Wir sehen ja überall, wo die Sozialdemokraten in größeren Gemeindewesen Macht oder Einfluß hatten, daß sie bald

abgewirtschaftet hatten. Ich könnte hier einige solcher Gemeinden aufzählen. Sie wissen auch, meine Herren, daß so manches sozialdemokratische Unternehmen sehr oft frühzeitig mit einem ordentlichen Krach geendet hat. Im übrigen, meine Herren, wie die Sozialdemokratie über die Lösung des schwierigen Problem der Teuerung denkt, darüber hat sie den besten Beweis am 17. September laufenden Jahres in Wien geliefert. Da haben die Sozialdemokraten gegen alles gewütet, die Fenster armer Leute eingeworfen, öffentliche Gebäude demoliert, Volksschulen und wissenschaftliche Institute zu vernichten getrachtet. Die Wut der sozialdemokratischen Menge richtete sich hauptsächlich gegen kleine Geschäftsleute, ja selbst gegen Leute, die in Kellerräumen wohnen. Ihre Wut richtete sich gegen alle, nur nicht gegen die wirklichen Lebensmittelteuerer. Diesen ist man mit fast planmäßiger Vorsicht aus dem Wege gegangen.

Die Sozialdemokraten glauben eben, daß mit Anwendung roher Gewalt große Fragen gelöst werden können. Wenn man sich schon auf diesen Standpunkt stellen will, mußte man sich aber schon zunächst gegen die allgemein als Lebensmittelwucherer anerkannten, zumeist jüdischen Kartellisten wenden, welche hauptsächlich Ursache der heute obwaltenden Verhältnisse sind. Diesen sind aber die Sozialdemokraten sorgfältig aus dem Wege gegangen.

24

Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

Meine Herren! Aber auch die deutschfreiheitliche Partei ist etwa nicht freizusprechen von gewissenloser Demagogie, auch sie sucht die christlichsoziale Partei als die Schuldige an der Lebensmittelteuerung hinzustellen. Wir Christlichsoziale sind überhaupt an allem Schuld, was nicht in Ordnung ist auf dieser Welt.

Es ist jetzt, wie bekannt, ein Ärieg ausgebrochen zwischen der Türkei und Italien. Die nachteiligen Folgen werden sich bald geltend machen. Ich bin nun überzeugt, daß es nicht lange dauern wird, da heißt es in der gegnerischen Presse und Versammlungen: Die Christlichsozialen sind schuld an diesem Krieg, sie haben am Bosphorus und im italienischen Kabinett, gemeinsam mit verkleideten Jesuiten, diesen Krieg angezettelt. (Heiterkeit.) Und die sozialdemokratische und freiheitliche Presse hat auf die Intelligenz ihrer Leser solcherart eingewirkt, daß ein beträchtlicher Teil es glauben wird.

Ich muß dem hohen Hause gestehen, daß ich mit einer gewissen Befriedigung - der Mensch ist ja mit Fehlern behaftet - gelesen

habe, daß die Sozialdemokraten jetzt auch die Nationalverbändler als Schuldige an der Teuerung hinstellen. Vor der Wahl hat es anders geheitten. Früher haben sie die Christlichsozialen als Lebensmittelverteuerer hingestellt, nach der Wahl werden nunmehr auch die Nationalverbändler beschuldigt.

Am 17. September haben die sozialdemokratischen Führer in Wien in der großen Versammlung die Nationalverbändler an erster Stelle als Lebensmittelverteuerer genannt. Wir Christlichsoziale kamen sozusagen erst in zweiter Linie.

Man ist soweit gegangen, daß man in der sozialdemokratischen Presse jene, welche man früher zur Wahl empfohlen hat, als Mitverteuerer der Lebensmittel und als Henkersknechte bezeichnete. Und in der Tat, wenn man die Zollpolitik, den Ausgleich mit Ungarn und die Handelsverträge mit dem Balkan ins Auge faßt, dann würde die deutschfreiheitliche Partei ein weit größeres Verschulden treffen. Ich verweise darauf, daß im Jahre 1906 die Christlichsozialen 25 Mann stark irrt Parlament vertreten waren, als die Zahl der Abgeordneten

425 betrug. Nun sollten diese 25 Mann schuld an den Zolltarifen sein, sowie auch schuld an den nicht entsprechenden Bestimmungen des Ausgleichs, der Handelsverträge ic.

Im letzten Parlament waren wir durch etliche 90 Mann und durch 2 Minister im Rate der Krone vertreten. Die Deutsch freiheitlichen waren an Zahl etwas kleiner, hatten aber eine Anzahl ihrer Männer im Ministerium und hatten zweifellos die führende Rolle.

Wenn nun schon gegen Zollpolitik, Ausgleich, Handelsverträge usw. von seile der Sozialdemokraten Stellung genommen wird, als Ursache der Lebensmittelteuerung, so müssen dieselben ihre Vorwürfe zunächst gegen die Deutschfreiheitlichen erheben, die Zolltarif, Ausgleich und Handelsverträge in erster Linie gemacht haben.

Nun aber, hohes Haus, da kommt ein ganz verlogenes, hier in Bregenz erscheinendes Blatt, ich sage es noch einmal, ein hier in Bregenz erscheinendes, außerordentlich verlogenes Blatt und behauptet ganz kühn, Dr. Weiskirchner habe im Jahre 1907 den sogenannten Geheimvertrag mit Ungarn abgeschlossen. Im Jahre 1907 war aber Dr. Weiskirchner ein ganz einfacher Abgeordneter der christlichsozialen Partei. Nach der Behauptung dieses besonders verlogenen Blattes hatte er aber damals schon die Befugnis, Verträge mit Ungarn abzuschließen. Als man sodann diesem Blatte

die Verlogenheit nachgewiesen hatte, war es so kühn, sich mit seiner Verlogenheit noch zu brüsten. Wenn man auf eine solche Weise kämpft und jedes Rechtsbewußtsein solcherart mit Füßen tritt, dann ist es keineswegs gerechtfertigt, wenn Herr Kollega Rüsck meint, diese Kampfweise solle man nicht an dieser Stelle besprechen. Was es mit dem Ausgleich für eine Bewandnis hat, hat ihnen schon Herr Kollega Fink auseinandergesetzt, ich verweise nur darauf, daß die freiheitlichen Agrarier im Gegensatz zu den andern Freiheitlichen gegen den Ausgleich gewesen sind. Sie wollten ihn nicht, weil sie als Anhänger Hohenblums auch noch die landwirtschaftlichen Produkte Ungarns mit einem Zoll belegt wissen wollen. Aber von dem hört man in der freiheitlichen Öffentlichkeit sehr wenig. Die deutschfreiheitlichen Agrarier möchten unter Führung Hohenblums auch noch Ungarn absperren,- Sie stimmten auch geschlossen gegen die Handelsverträge mit Balkanstaaten

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Session 1911.

26

sowie gegen das Ermächtigungsgesetz, geschlossen bis auf den letzten Mann, während von den Christlichsozialen nicht nur die Städtevertreter, sondern auch ein Teil der bäuerlichen Abgeordneten für den Ausgleich, für die Handelsverträge mit Rumänien und Serbien gestimmt haben. Nichtsdestoweniger werden wir als die Schuldigen bezeichnet, die andern werden aber freigesprochen.

Meine Herren! Wenn man in deutschfreiheitlichen Zeitungen liest, findet man, daß es immer heißt, die Agrarier stimmten dagegen. Wenn die Christlichsozialen einmal gegen einen Antrag stimmen, von dem die Gegner meinen, daß er geeignet sei, eine teilweise Erleichterung der Teuerung zu bewirken, dann heißt es gleich im Bausch und Bogen, die Christlichsozialen stimmten dagegen. Wenn aber die deutschfreiheitlichen Agrarier dagegen stimmen, heißt es vorsichtig, die Agrarier stimmten dagegen. Dort nimmt man nicht die Parteibezeichnung, sondern sagt schlechtweg die Agrarier.

Und wie verhielt es sich im Parlament am 29. Juli dieses Jahres mit dem deutschen Nationalverband, der zum größten Teile seine Stärke der sozialdemokratischen Hilfe verdankt, bei der Abstimmung bezüglich der Einfuhr argentinischen Fleisches? Von den zirka 100 Mitgliedern desselben haben 39 für die Fleischeinfuhr gestimmt, 40 dagegen und die übrigen sind dem Beispiele des Vertreters der Stadt Bregenz gefolgt, sie sind auf die Schwebbahn geflüchtet, wie es Dr. Kinz heute getan.

(Heiterkeit.)

Nun noch was über die Hohenblum'sche Zentralstelle, die von den Freiheitlichen und insbesondere von den Sozialdemokraten als Schlagwort gegen uns benützt wird. Dieselbe ist aber vielmehr eine Domäne der deutschfreiheitlichen Agrarier. Ihre Hauptstützen sind die Herrn Patentagrarier Exzellenz Schreiner, die Herren Abgeordneten Krützner, Luksch, Dr. Damm, Zuleger, Dr. Waldner, Jro usw.

Sie sehen, eine Mischung von Liberalen und Deutschradikalen der verschiedensten Sorten. Letztere, ganz nach dem Herzen unserer Deutschradikalen Los von Rom-Schreier. Präsident der Zentralstelle ist der freiheitliche Fürst Auersperg, seiner Zeit der Führer der Linken

im Herrenhause, der nach vierjährigen Irrfahrten im Abgeordnetenhause wieder glücklich im Herrenhause gelandet hat.

Wie ersichtlich, ist diese agrarische Zentralstelle durchaus keine christlichsoziale Einrichtung, sondern vielmehr die Domäne der freiheitlichen Agrarier verschiedener Schattierungen. So wird auf freisinniger und sozialdemokratischer Seite alles entstellt und, was das bedauerlichste ist, bewußt und absichtlich gelogen.

Die sozialdemokratische Arbeiterzeitung hat in dieser Beziehung einmal eine Ausnahme gemacht und eine unanfechtbare Wahrheit geschrieben. In der zweiten Hälfte des August im heurigen Jahre schreibt sie in einem Artikel, den ich mir mit Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden zu verlesen gestatte, folgendermaßen:

"In einem ist Österreich einzig und ohne Beispiel. Wie kurz hier das Gedächtnis ist, wie alles sofort vergessen wird und wie auf diese österreichische Vergeßlichkeit politische Scharlatane ihre ausgepichtesten Frechheiten berechnen, das macht das eigentliche Merkmal unseres öffentlichen Lebens aus. Denn die zynische Lüge, die dreiste Demagogie, die sich flink und bedenkenlos jeder Wendung der Meinungen und Stimmungen anpassen: sie hätten niemals zu dem wuchernden Unkraut aufwachsen können, das alle Tüchtigkeit und Wahrheit in diesem Lande erstickt, würden Logik und Erinnerung die Fakten unseres öffentlichen Lebens festhalten und die politische Mache zwingen, sich an das Maß der Tatsachen zu halten. Im Augenblick ist die Fleischnot der Turnplatz aller demagogischen Künste." (Zwischenrufe: Sehr richtig.)

So schreibt die sozialdemokratische Arbeiterzeitung

und ich stimme ihr vollständig zu: Im Augenblicke ist die Fleischnot der Turnplatz aller demagogischen Künste und auf diesem Turnplatz erweisen sich die Sozialdemokraten und Freiheitlichen als die größten Athleten.

Ich halte es für zweckmäßig, dies hier festzustellen.

Was nun die in Verhandlung stehenden Anträge des volkswirtschaftlichen Ausschusses anbelangt, stimme ich denselben gerne zu, besonders demjenigen, der ein entsprechendes Kartellgesetz verlangt. Wie schädlich die Kartelle sind und welche Auswüchse sie zeitigen, hat der Herr

26

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

Abgeordnete Dekan Fink genügend und sehr trefflich dargetan, und ich möchte nur noch bemerken, daß durchaus nicht alle Freiheitlichen etwa Gegner der Kartelle sind, sondern mit denselben sogar sehr gute Beziehungen unterhalten. So hat z. B. seinerzeit das Organ der Deutschradikalen Österreichs, die "Ostdeutsche Rundschau" sich mit einem sehr ansehnlichen Betrag von den Zuckerkartell bestechen lassen. Bezüglich Schaffung eines Kartellgesetzes liegt der Schwerpunkt aber nicht in den Landtagen, sondern im Parlamente, das in der nächsten Zeit zusammentreten wird. Dabei stelle ich fest, daß dort die Freisinnigen und Sozialdemokraten gemeinsam die Mehrheit haben; das ist nicht in Abrede zu stellen. Wir erinnern uns, daß jeder Deutschfreiheitliche und Sozialdemokrat bei den Wahlen das Mittel zur Behebung der Teuerung sozusagen in der Westentasche hatte. Ein großer Teil der Bevölkerung hat dies geglaubt und so ist es gekommen, daß die Deutschfreiheitlichen und die Sozialdemokraten zufolge Ausfall der Wahlen im Parlamente nun die Mehrheit haben. Das verkündeten auch die Organe beider Richtung nach der Wahl in allen Tonarten. Die Herrschaften werden nun nicht mehr so leicht in der Lage sein, die Schuld auf die christlichsoziale Minorität im Parlament abzuwälzen. Indessen machen sich bereits einige Anzeichen geltend, als ob die Freiheitlichen, ich weiß nicht ob mit oder ohne Zustimmung der Sozialdemokraten, sich an der Teuerungsfrage vorbeidrücken wollten. Darüber belehrt uns ein Artikel in dem jüdisch-freisinnigen Organ "Die Zeit", den ich mir wiederum mit Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden vorzulesen gestatte, er lautet:

"Das Abgeordnetenhaus soll in den ersten Oktobertagen wieder zusammentreten. Vor allem werden die Teuerungsfragen, deren Dringlichkeit ja den Anstoß zur beschleunigten Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit

gegeben hat, das Haus beschäftigen. Gewiß ein wichtiger und volkstümlicher Beratungsstoff.

Ein agitatorischer Druck von unten nach oben, oder wenn man es artiger ausdrücken will, eine moralische Einwirkung der Gesetzgebung auf die Verwaltung - mehr als das pflegt allerdings bei Teuerungsdebatten nicht herauszukommen." So schreibt dieses Blatt.

"Und dann? Ist es denn das einzig populäre Thema, von der Teuerung zu sprechen, von der leiblichen Nahrung der Massen? Ist's mit der geistigen Nahrung in Österreich denn so ganz nach Wunsch bestellt? Seit zwei Jahren propagiert unser Blatt unablässig den Gedanken, durch eine Hochschulanzleihe großen Stils der Verkümmern und Verelendung der österreichischen Universitäten, Kliniken und wissenschaftlichen Laboratorien ein Ende zu machen. Und wo findet man im zivilisierten Europa ein zweites Land, wo der wichtigste Faktor der modernen Vollsankklärung und Volksbildung, die Presse, von der Gesetzgebung so stiefmütterlich behandelt oder, richtiger, mißhandelt wäre, wie in Österreich? Wie leicht ist es in Österreich, Stoff für populäre Gesetzgebungsarbeit zu finden - wenn man nur suchen will!"

Man sieht es also, die freiheitlichen Herrschaften haben es schon satt, immer über die Teuerungsfrage zu reden. Diese Debatte ist nach ihrer Auffassung nur ein agitatorischer Druck von unten nach oben, weiter hinaus komme man nicht. Die freiheitlichen Helden, welche vor der Wahl als Retter aus der Not gepriesen wurden, finden jetzt auf einmal, nachdem sie gewählt sind, nach den Ausführungen eines ihrer Organe keinen besonderen Gefallen mehr an der Teuerungsdebatte, von der sie meinen, sie sei weiter nichts als ein agitatorischer Druck von unten nach oben.

Meine Herren! Es ist gewiß bedauerlich, daß es unter der Arbeiterschaft noch Leute gibt, die einer solchen Partei, wie es die deutschfreiheitliche ist, bei Wahlen direkt Handlangerdienste leisten und dafür, daß sie von ihren Führern solcherart irreführt werden, noch prompt Parteisteuer zahlen.

Hohes Haus! Ich wiederhole nochmals, der Schwerpunkt liegt im Parlamente und es wird sich zeigen müssen, daß Freiheitliche und Sozialdemokraten nicht bloß tönende Worte haben, sondern auch Taten auszuführen imstande seien. Den Sozialdemokraten wird es klar sein müssen, daß die Bevölkerung nicht zufrieden ist mit bloßen Schreiereien und wüstem Schimpfen, sondern daß sie Taten von der freiheitlichen und sozialdemokratischen Mehrheit im Parlamente erwartet. Wir

Christlichsoziale haben wenigstens das eine Angenehme, nicht mehr als Schuldige hingestellt werden zu können, da - wie gesagt - die Mehrheit im Parlament aus Freiheitlichen und Sozialdemokraten besteht, da wir keine Regierungspartei sind und keinen einzigen Vertrauensmann im Rate der Krone haben. Wir legen ihnen kein Hindernis in den Weg, die deutschfreiheitliche und sozialdemokratische Mehrheit möge den Weg betreten und entsprechende Vorsorge treffen, die Bahn ist frei. Wir könnten sie nicht hindern, selbst wenn wir auch so boshaft sein wollten, weil wir in der Minorität sind.

Mit hellem Jubel haben die uns gegnerischen Organe nach den Reichsratswahlen verkündet, die christlichsoziale Partei sei nunmehr zerstampft, zerrieben und in förmlicher Auflösung begriffen, somit jeden Einflusses bar. Wenn das so ist, wird niemand das Recht haben, uns verantwortlich zu machen, wenn etwas im Staate nicht mehr in Ordnung sein wird. Übers Jahr werden wir wieder reden, wenn wir sehen, wie die Deutschfreiheitlichen und Sozialdemokraten im Parlamente ihr Versprechen eingelöst haben.

Sollten Freiheitliche und Sozialdemokraten die gegebenen Versprechen nicht einlösen, dürfen sie es uns nicht für übel nehmen, wenn wir uns dann bemüßigt sehen, sie in der Öffentlichkeit als diejenigen hinzustellen, die gegebene Versprechen nicht einlösen und die Bevölkerung zum besten halten.

Landeshauptmann: Herr Abgeordneter
Ölz hat das Wort. Nach dieser Rede werde ich, wenn sich noch einige Herren melden werden, die Sitzung unterbrochen.

Ölz: Der Vertreter der Handels- und Gewerbekammer, Herr Abgeordneter Rüschi, hat gegenüber den Vorwürfen, die man gegen seine Partei wegen unehrlichen Vorgehens in der Agitation erhoben hat, erklärt, er sei nicht daran beteiligt gewesen und er könne daher auch nicht verantwortlich gemacht werden.

Er meinte, jede Partei habe über das Ziel geschossen. Der Herr Vertreter der Handelskammer will das unschuldige Schäflein sein. Er hat ungefähr auch so gesprochen, als wir im Juni beisammen waren und eine ordentliche

Wäsche gewaschen haben. Der wirklich Schuldige scheint aber der geflüchtete Herr Bürgermeister

von Bregenz zu sein. Die heutige Abwesenheit verrät dies. Die Schwebebahn kommt doch noch Jahre nicht zustande; da eilt es mit den Verhandlungen nicht so, da hätte man auch später nach Bozen fahren können und die Herren Interessenten hätten diese Versammlung auch auf den nächsten Samstag verschieben können. Das wäre um so leichter gewesen, als Herr Dr. Kinz Hauptinteressent ist. Nun bleibt uns nichts anderes übrig, als uns dem Überbleibsel des Freisinns zu widmen.

Soviel ist richtig, Herr Rüschi ist nur Vertreter des Handels, des Gewerbes und damit mehr der bürgerlichen Kreise, dagegen ist Herr Dr. Kinz der Vertreter der Roten, der Gelben und der Blauen vom Freisinn und deshalb wäre es angenehm, in seiner Gegenwart die erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen.

Nun, Herr Handelskammervertreter, den Ausdruck, daß bei den Wahlen von allen Parteien über das Ziel geschossen wurde, habe ich gleich zurückgewiesen mit dem Zwischenrufe, daß in dieser frechen Weise von uns keine Angriffe erfolgt seien.

Meine Herren, es sind nicht bloß bei den Wahlen ungerechte Angriffe auf die Christlichsozialen gemacht worden, sondern in letzter Zeit. Dieser neue Zettel ist datiert vom September d. I. und ist in St. Gallenkirch auf der Post aufgegeben worden; er ist herausgegeben vom deutschfreiheitlichen Wahlausschusse von Bludenz und gedruckt von Höfle und Kaiser in Dornbirn. Dieses Flugblatt hat die Partei gemacht und zwar jetzt; nun möchte ich wissen, ob der Herr Abgeordnete Rüschi nach den Wahlen eine solche verlogene Sprache ablehnt und mißbilligt oder ob er diese gut heißt.

Dieses Flugblatt führt zunächst an, wie heute die Christlichsozialen zurückgegangen seien und es wird dabei gleich gemogelt, indem es heißt, in Vorarlberg seien 5796 deutschfreiheitliche Stimmen abgegeben worden, während nur 4939 Stimmen abgegeben wurden. Damit es bei den Christlichsozialen weniger gibt und der Verlust größer scheint, heißt es weiter, es seien 15.083 christlichsoziale Stimmen abgegeben worden, während es in Wirklichkeit 15.865

28

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

waren. Das ist ein Unterschied von 1600 Stimmen, aber auf das kommt es nicht an.

Nachdem dieses Flugblatt unter langem und

breitem die angebliche christlichsoziale "Großsprecherei und Gewaltherrschaft" auseinandergesetzt hat, kommt das Wichtigste und da hören Sie einmal, meine Herren. Der Herr Landeshauptmann wird entschuldigen, daß ich die Stelle verlese, ich könnte mich sonst leicht versprechen und möchte nicht einer Fälschung beschuldigt werden.

"Hätten schon die eben aufgezählten Missetaten genügt, die Christlichsozialen dem verdienten Strafgerichte zu überliefern, so gab die furchtbare Steigerung aller Lebensmittelpreise ihnen vollends den Todesstoß. Die Christlichsozialen mögen tun, was sie wollen, sich gebärden, wie sie mögen, in der Meinung des Volkes ist diese geradezu unheimliche Teuerung der Nahrungsmittel christlichsozial." Das ist doch das höchste, was man geleistet hat: christlich sozial ist die Teuerung. Dann heißt es weiter: "Keine Macht der Erde kann diese Vorstellung aus den Köpfen wegschaffen. Das ist begreiflich, weil aus dem Volksgefühl die Wahrheit herauspricht."

Nun, meine Herren, wie ich das gelesen habe, habe ich den Augen nicht getraut, ich gestehe es offen, da hab ich mir gesagt, wie kann ein deutschfreiheitlicher Wahlausschuß dazukommen und sagen, die Teuerung ist christlichsozial.

Machen vielleicht die Christlichsozialen das Wetter? Sind die Christlichsozialen schuld daran, daß die Kartoffelernte mißraten ist? Sind die Christlichsozialen schuld, daß die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, wo das Land einen Schaden von tausend und abertausend Kronen haben wird. Als die Klauenseuche vor ungefähr 10 Jahren gegen 4-5 Millionen Kronen geschadet hat, sind da wir Christlichsoziale schuld gewesen? Sind wir schuld daran, daß die Kohlen um 64% aufgeschlagen haben? Die Krummnasen sind schuld daran, die zu den Deutschfreiheitlichen die nächsten Verwandten sind; die sind schuld daran. Ich möchte fragen, sind wir schuld an den hohen Eisenpreisen; sind wir schuld, daß das Mehl so teuer ist? Wer spekuliert an der ungarischen Börse? Wir Christlichsoziale? Nein, die Krummnasen, die

Verwandten der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen, die sind schuld daran. Wer ist schuld, daß in der neuesten Zeit, - am 1. September - der Spiritus aufgeschlagen hat? (Zwischenruf des Herrn Dr. Drexel: die Christlichsozialen! Heiterkeit!) Wenn ein Liter Spiritus an einem Tage um 20 Heller aufschlägt, sind wir diejenigen, die das verbochen haben? Jetzt schlägt dann auch die Seife auf. Es scheint, man muß sich viel waschen. Sind da vielleicht wir schuld? (Zwischenruf: "Der

Schicht ist kein Christlichsozialer!") Es ist das Behaupten, die Teuerung sei christlichsozial, einfach ein verlogenes Volksaufhetzen, es ist Demagogie, wie man selten eine findet.

Dann muß ich hier noch etwas einflechten. Gewöhnlich heißt es, wir seien die Hauptschuld. Nun kommt es in den Anträgen vor, daß die Kartelle die Hauptschuld seien. Da ist nun ganz interessant, was die Sozialdemokraten für eine Stellung gegen die Kartelle eingenommen haben. Die Stellung, die sie am 22. Okt. 1907 im Parlamente eingenommen, ist bezeichnend.

Als am 22. September 1907 im Parlamente ein Dringlichkeitsantrag gegen das Kartellunwesen in Verhandlung stand und gegen dasselbe Strafbestimmungen verlangt wurden, wehrte sich der sozialdemokratische Sprecher Dr. Winter gegen jede Bestrafung der Kartelle und stellte die Öffnung der Grenzen als bestes Heilmittel auf. "Öffnen Sie die Grenzen", sprach er; (Zwischenrufe: Hört, hört.) "lassen Sie fremdes Getreide und Vieh nach Österreich herein und dann haben die größten Kartelle, z. B. das Eisenkartell, das wie ein Alp auf der Industrie Österreichs liegt, ihre Wirkung verloren.

Da sehen wir die Verbindung der Sozialdemokraten mit dem Großkapitalismus. (Zwischenrufe:

Sehr richtig, so ist es.) Da haben wir die Verbindung, das will man nicht, daß man das jüdische Großkapital beschneidet, daß man ihm Handschellen anlegt. Es ist auch ganz bezeichnend, wenn man sieht, wie sich die Sozialdemokraten mit den großjüdischen Geldsäcken vertragen. Es ist ganz auffallend, wie Herr Kollega Loser gesagt hat, in Wien ist keinem Rotschild, keinem einzigen Börsianer, keinem Großfabrikant, keinem einzigen Großbauer,

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

29

keinem einzigen dieser jüdischen Aussauger ein Fenster eingeschlagen worden. Es läßt dies tief blicken. Da geht man vorbei, da hat man nichts zu suchen, da macht man es, wie bei der Kommune in Paris; als damals alles zugrunde gerichtet und zerschlagen wurde, ist der Rotschild verschont geblieben. Die Börse hat recht gehabt, wenn, wie schon Herr Loser ausgeführt hat, sie sagt, wir haben uns vor diesem Parlamente nicht zu fürchten. Es ist ein gewisser Zusammenhang zwischen den Sozialdemokraten, dem Freisinn und dem Großkapital vorhanden.

Dieser berührte Aufruf an die Reichsratswähler

hat noch eine besondere Lüge, von welcher ich bis jetzt nichts gehört habe. Es heißt:

"Bei der Beratung der Fleischnot zeigte sich so recht die Demagogie (Volksverführung) der Christlichsozialen im grellsten Lichte. Zuerst gelingt es dem christlichsozialen Einflüsse, ein Fleischverbot zu erreichen und dann gehen sie hin und schimpfen in allen Tonarten über das Verbot."

Jetzt frage ich, hat jemand gehört, daß die Christlichsozialen dafür eingetreten sind, daß ein Fleischverbot kommen soll. Das ist eine direkte, freche, unverschämte, nationale Lüge. (Zwischenruf: "Eine mehr, macht nichts aus.") Ja, das ist Volksverführung, das ist Demagogie.

Wie steht es denn eigentlich mit dem argentinischen Fleische und was haben die Christlichsozialen in dieser Frage für Verdienste? Ist vielleicht Seine Erzeilenz Weiskirchner im Jahre 1907, wo er noch gar nicht Minister war, dieser Demagoge gewesen, der erklärte, es dürfe kein argentinisches Fleisch hereinkommen? Lächerlich! Gerade seinem Einflüsse im Jahre 1910 ist es zu verdanken, daß argentinisches Fleisch hat eingeführt werden können. Solange wir einen Minister im Ministerium gehabt haben, hat man Fleisch einführen können. Jetzt, wo der Freisinn regiert, ist das überhaupt eingestellt worden. Daran sind aber doch nicht wir schuld. Sagen muß ich noch, daß während der Zeit, als wir einen Minister im Ministerium hatten, die Deutschnationalen drei Minister drinnen gehabt haben. Früher haben wir zwei Minister, nämlich Geßmann und Ebenhoch gehabt, während die Deutschnationalen, glaube ich, sechs Minister gehabt haben. Wenn jemand uns Christlichsozialen, die

wir an der Regierung von Ende 1907 bis 1910 schwach beteiligt waren, beschuldigen will, daß wir die Teuerung gemacht haben und daß wir an der Teuerung schuld seien, dann kann man doch mit Recht erwidern, daß die Deutschnationalen in erster Linie dafür verantwortlich gemacht werden müssen. Mich ärgert, daß die Deutschnationalen so unverschämt sein können, uns in dieser Weise zu beschuldigen^ wie sie es in diesem Flugblatt getan haben. Wir haben während der in Frage kommenden Zeit drei Minister in der Regierung gehabt, dagegen die Deutschnationalen neun Minister, wenn wir noch den Kabinettschef mitrechnen. Da dürfen doch die Leute, die für alles mitverantwortlich wären, nicht herkommen und in der Weise im Lande herum Agitation treiben. Ich gebrauche entschieden dasselbe Wort wie früher, die dürfen nicht Volksverführung treiben. Ein solches Vorgehen weise ich ganz entschieden zurück. Eine Agitation

in solcher Form habe ich nie gesehen. Ich muß aber gestehen, diese Agitation hat, - ich weiß nicht, wie ich mich ausdrücken soll - doch Früchte gezeitigt. Nicht wahr, wenn man immer lügt und lügt und lügt, sagt man zuletzt, es ist doch etwas Wahres daran. Wir müssen deshalb gegen solche freche Lügen, wie es auch schon der Herr Kollega Loser getan, Stellung nehmen, es ist hier im Landtag der beste Platz und der berufenste Ort. Es ist in diesen Flugblättern am Schlüsse noch einmal eine ähnliche Wiederholung von Lügen, die ich, nachdem die Zeit schon soweit vorgerückt ist, nicht weiter berühren will.

Ich kann nur sagen, die Lösung der Teuerungsfrage wird immer ein schwierigeres Problem bilden, es wird den Schweiß der Besten kosten, wenn man etwas erreichen will.

Ich bedauere aufs entschiedenste, daß in dieser Zeit gehetzt und agitiert wird und wünsche, daß die Bestrebungen, die doch von gut Gewillten zur Linderung der Teuerung gemacht werden, daß diese schließlich zum Ziele führen werden.

Ich bin nicht der Meinung, die Herr Dr. Kinz im Briefe an die Sozialdemokraten ausgesprochen hat, daß nämlich die Maßnahmen, welche die Regierung zur Behebung in Aussicht genommen hat, dubiose Wechsel sind. Die Meinung habe ich nicht; das sind Wechsel, die man allerdings nicht gleich einlösen kann. Es sind aber Wechsel,

30

7* Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

die mit der Zeit bezahlt werden und zwar voll. Ich habe die Meinung, eine Besserung sei herbeizuführen, wenn einerseits die Produktion vermehrt werde und andererseits, daß man gegen das Wuchertreiben der Kartelle und, meine Herren, gegen die Banken einschreiten würde. Nach und nach wird es möglich sein, der Teuerung Herr zu werden.

Mehr zahlen als früher wird man immer müssen und das kann man auch, weil man auch mehr Geld einnimmt.

Ich komme zum Schlüsse, indem ich sage, daß ich den Anträgen die Zustimmung erteilen werde.

Landeshauptmann: Wünscht noch jemand das Wort? -

Weil sich noch mehrere Herren gemeldet haben, unterbreche ich die Sitzung bis nachmittags 2 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung 12 Uhr 51 Minuten

nachmittags.)

(Wiedereröffnung der Sitzung um 2 Uhr 16 Minuten nachmittags.)

Landeshauptmann: Die Sitzung ist wieder eröffnet; ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Welte.

Welte: Hohes Haus! Die in Behandlung stehende Frage der Teuerung ist heute in der langen Debatte nach verschiedenen Seiten hin behandelt worden und es ist wohl nicht mehr viel darüber zu sagen. Ich möchte nur noch mit einigen Worten auf eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Rüscher zurückkommen, die er im Verlaufe seiner Erwiderung gemacht hat. Er gab der Meinung Ausdruck, daß gerade das Genossenschaftswesen geeignet wäre, die drückende Teuerung etwas zu mildern. Diesbezüglich sei aber in der Beantwortung der Fragebogen nichts erwähnt. Der Herr Referent Dr. Drexler hat daraus aufmerksam gemacht, daß in einzelnen Antworten tatsächlich auch auf die genossenschaftliche Organisation hingewiesen wurde. Ich stimme der Anschauung des Herrn Abgeordneten Rüscher zu. Wenn auch bei Beantwortung der Fragebogen dieses Mittel verhältnismäßig wenig

empfohlen wurde, so ist es aber doch Tatsache, daß es bei uns in Vorarlberg in ausgedehntem Maße praktisch angewendet wird. Vielleicht in keinem einzigen Kronland Österreichs hat die Idee des Genossenschaftswesens so tiefe Wurzeln im Volke gefaßt wie in Vorarlberg.

Das Genossenschaftswesen hat sich bei uns sehr stark ausgebreitet und steht auch auf bedeutender Höhe. Leider war die Haltung jener Körperschaft, die Herr Abgeordneter Rüscher hier vertritt, dem Genossenschaftswesen gegenüber nicht immer besonders günstig. Nach den heutigen Äußerungen des Herrn Abgeordneten Rüscher möchte man aber meinen, daß diesbezüglich eine Änderung eingetreten sei. Es wäre dies sehr zu begrüßen.

Die Tatsache, daß das Genossenschaftswesen in Vorarlberg eine so starke Ausbreitung gefunden hat, ist auch ein Beweis, daß die im Fragebogen der sozialdemokratischen Partei in Dornbirn enthaltene Behauptung, unser Volk sei volkswirtschaftlich falsch erzogen, unrichtig ist.

Landeshauptmann: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Bösch.

Bösch: Hohes Haus! In den Fragebogen, die uns zugeschickt wurden, sind verschiedene Fragen gestellt. So unter anderem eine bezüglich

der Produktionsvermehrung in unserem Lande und besonders ist da auch genannt das Rheintal, ob es nicht durch Meliorationen kulturfähiger gemacht werden könnte. Was diese Frage betrifft, so scheint es mir möglich, daß durch Meliorierung Die sauren Böden zur Pflanzung für Kartoffeln, Kraut, Mais ic. befähiget gemacht werden könnten. Es sind dies nämlich sogenannte Streueböden.

Wenn wir aber die Streueböden ihrer Bestimmung entziehen, so entziehen wir den anderen Böden die Nahrung, weil wir die Streue zur Düngung für andere Kulturböden notwendig brauchen. Es könnte in dieser Beziehung schon manches verbessert werden, wenn durch billigen Kunstdünger ein bedeutender Ersatz für den Streueverlust geschaffen würde. Der Kunstdünger ist bei uns wenig bekannt, weil wir ihn teuer aus dem Auslande beziehen müssen. Um die Produktion in unserem Lande zu vermehren, so wäre nach meinem Dafürhalten

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

31

zu empfehlen, daß im Lande selbst eine Düngerfabrik errichtet würde. Wie diese zustande gebracht werden könnte, weiß ich allerdings nicht, wohl aber, daß man schon davon gesprochen. Ich glaube, es wäre dieses das beste Mittel, wenn man den sauren Boden für Kultur, beziehungsweise für den Fruchtbau vermehren wollte; denn einen Industriearbeiter nützt der Boden ohne Dünger nicht viel, weil unser Boden gut gedüngt sein will, wenn er einen besseren und sicheren Ertrag liefern soll. Im oberen Rheintale ist es selbstverständlich, daß an dem Bodenertrag durch Entwässerung, nämlich durch den oberen Rheindurchstich, den Koblacherkanal, und durch die weitere Durchführung der Talentwässerung viel gewonnen werden kann. Aber auch ein großer Teil des dortliegenden Bodens, welcher fast keine Streue liefert, könnte kulturfähiger gemacht, und damit manches erzielt werden. Ich möchte auch noch auf folgendes aufmerksam machen. In Deutschland habe ich mir auch schon erzählen lassen, daß es mit der Kunstdüngerverwendung bedeutend besser geht als bei uns, weil dort Bodenuntersuchungen betreffend die Anwendung richtiger Düngemittel unentgeltlich erfolgen. Bei uns ist die Bevölkerung diesbezüglich noch nicht gut unterrichtet.

Sie verwendet meist nur jenen Kunstdünger mit Erfolg, welchen sie durch langjährige Praxis kennt, daß derselbe den Boden möglichst ertragsfähig zu machen imstande ist. Wenn man den Kulturboden vermehren und produktiver machen will, sollte der Boden zuerst untersucht werden, in erster Linie, was ihm an Düngstoffen abgeht, welche Gattung Dünger er benötigt, um

sicheren Ertrag zu bringen usw.

Ich glaube, es könnte unsere landwirtschaftlich-chemische Versuchsstation, dem Bauer dadurch zu Hilfe kommen, das sie dem Landwirte die eingesandten Bodenmuster auf ihren Gehalt unentgeltlich untersucht und Ratschläge darüber erteilen würde, welche Düngemittel dem Boden etwa abgehen. Um möglichst sicher großen Ertrag aus dem Boden zu bringen, ist es notwendig, auch, wo man Stalldünger hat, daneben Kunstdünger zu verwenden. Immer nur Mist oder Jauche ist einseitig, es soll abgewechselt werden, aber die Abwechslung soll eine richtige und rationelle sein. Ich möchte in Anregung bringen,

daß dieser Sache mehr Aufmerksamkeit geschenkt würde; und möchte die Frage stellen, ob es nicht möglich wäre, - ich will nicht die Beantwortung heute schon verlangen - , daß durch die Versuchsstation in unserem Lande derartige Bodenuntersuchungen unentgeltlich vorgenommen werden könnten. Es wäre dies für den Bauer eine große Hilfe und mancher würde daraus Nutzen ziehen. Weiters möchte ich noch bemerken, daß ich zur Hebung der Teuerung auch die intensive Förderung des Genossenschaftswesens empfehlen würde; es sollte nach meiner Ansicht Konsument und Produzent einander nähergerückt werden; es wäre dieses für beide Teile ein gutes Mittel, auch der Produzent hat unter dem wucherischen Zwischenhandel oft zu leiden, weil ihm der richtige Preis herabgedrückt wird. Der Zwischenhandel steckt da manchmal alles das ein, was eigentlich dem Produzenten für seine saure Arbeit gebührt. Da glaube ich nun, daß durch die Förderung des Genossenschaftswesens, dadurch, daß Konsument und Produzent einander nähergerückt werden, diese Übelstände bedeutend behoben werden. Ein gesundes Genossenschaftswesen ist nichts anderes als der richtige Regulator, der die Mißstände hintanhält.

Landeshauptmann: Wer wünscht weiter das Wort? -

Herr Abgeordneter Rüschi; ich erteile ihm dasselbe.

Rüschi: Hohes Haus! Die Vorschläge der beiden Herren Vorredner greifen über in dasjenige Gebiet, das erst später in Behandlung kommen sollte, nämlich in die wirkliche Behandlung der Details. Nachdem aber diese Anregung gemacht worden und speziell auch meinerseits auf Ähnliches hingewiesen wurde und nachdem auch die Handelskammer wegen ihrer Stellung hiezu erwähnt wurde, so möchte ich kurz noch etwas anführen: Was die Handelskammer anbelangt, so glauben die Herren, daß diese Körperschaft

das Konsum- beziehungsweise das Genossenschaftswesen hintanhaltend, insoweit es als eine Schädigung der bestehenden Gewerbe zu betrachten sei. Ich glaube, hier ist eine gewisse Kollision vorhanden, da durch die große Ausdehnung des

32

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

Genossenschaftsprinzipes die gewerblichen Interessen geschädigt werden könnten. Nun glaube ich, aber annehmen zu dürfen, daß die Handelskammer nicht auf einem kleinlichen Standpunkte stehen wird. Das vorgeschrittene Prinzip ist immer das Genossenschaftswesen und die Handelskammer wird einem so vernünftigen Prinzip nicht entgegenstehen. Ich könnte es mir nicht vorstellen, denn die Handelskammer selbst hat ja das genossenschaftliche Prinzip verfolgt, um das Kleingewerbe auf eine höhere Stufe zu bringen. Wenn ich betont habe, daß das Genossenschaftsprinzip in den Fragebogen zu wenig im Detail und nicht richtig betont worden sei, so möchte ich da kurz das andeuten, was mir vorgeschwebt hat; wenn man das Genossenschaftsprinzip bezüglich des Kapitels der Produktion ins Auge faßt, so kann man es nur von einem großzügigen Standpunkte ins Auge fassen. Gerade das Rheintal wäre dazu berufen, nach und nach großzügig bewirtschaftet zu werden. Die Frage, wie dieses zu geschehen hat, gehört zum Detailstudium; denn würden wir diese jetzt behandeln, so würden wir nicht nur heute hier sitzen müssen, sondern auch noch morgen und übermorgen und noch länger und bis dann erst noch nicht viel erreicht haben, um konkrete Vorschläge machen zu können. Doch erscheint es mir höchst wahrscheinlich, daß dann, wenn das ganze Rheintal rationell bewirtschaftet würde, dadurch nicht nur eine erhöhte Produktion möglich wäre, sondern auch Arbeitskräfte, die jetzt sich der Detailbewirtschaftung hingeben müssen, frei würden, die sich dann der Industrie widmen könnten, ich möchte sagen, daß dadurch zum Teile der fremde Import von Arbeiterfamilien Hintangehalten werden könnte. Ich stelle mir da selbstverständlich vor, daß solche große Grundstücke maschinell bearbeitet werden könnten, so daß dadurch ein großer Teil der Arbeiterschaft, der sich jetzt noch mit der Landwirtschaft befassen muß, für industrielle Arbeit frei würde.

Dieses zu begründen, würde zu weit führen und ich muß mich einer diesbezüglichen weiteren Ausführung ratschlagen. Es ist auch vom Herrn Abgeordneten Bösch die Andeutung gemacht worden, eine wichtige Sache zur Hebung der Produktion sei eine geeignete Düngung, je werden ferner besonders nicht die geeigneten

Düngemittel angewendet und die Düngemittel seien teurer geworden. In den Fragebogen kam auch die Erstellung einer Düngemittelfabrik als Anregung vor. Ich halte eine solche Anregung nicht für undurchführbar. Einen Beweis dafür hat die bayerische Regierung erbracht, indem sie in Trostberg an der Alz ein großes Wasserkraftwerk und eine Düngerfabrik hat entstehen lassen, welche bekanntlich den bestverwendbarsten Dünger herstellt. Wie die Herren wissen, ist es auch nicht ausgeschlossen, durch das Studium der Wasserkräfte bei unseren günstigen Wasserverhältnissen in die Lage zu kommen, durch die Ausnützung der Wasserkräfte und Errichtung einer Kunstdüngerfabrik derartigen billigen Kunstdünger sich zu beschaffen; und es ist auch nicht ausgeschlossen, daß es dem Landtage durch seine Bestrebungen gelingen kann, eine Firma zu finden, welche eine solche Fabrik unter der Patronanz des Landes errichten würde; diesbezüglich aber jetzt zu sehr in das Detail einzugehen, wäre verfrüht und würde auch keinen oder nicht viel Zweck haben, sondern viel besser wäre es, vorerst genaue Studien zu machen, um dann nachher die gereiften Anschauungen vor das Plenum bringen zu können.

Um auf die Debatte der vormittägigen Sitzung zurückzukommen, sehe ich mich veranlaßt, folgende Erklärung abzugeben:

"Da auch wieder in dieser Session des Landtages von Seite der christlichsozialen Majorität anläßlich der Teuerungsdebatte die Gelegenheit wahrgenommen wurde, die Parteiagitatorien anläßlich der letzten Reichsratswahl zur Sprache zu bringen, verweise ich nochmals auf meine diesbezüglichen Ausführungen und da der Abgeordnete Ölz die persönliche Anfrage an mich richtete, ob ich die in einer von ihm zitierten freiheitlichen Flugschrift enthaltenen Angriffe auf die christlichsoziale Partei im Lande und einzelne ihrer Führer billige, erkläre ich, daß ich der agitatorischen, politischen Tätigkeit vollkommen fern stehe und mir auch die besagte Flugschrift unbekannt ist. Ich bin also hierfür nicht verantwortlich und hielte dafür, daß sich Herr Ölz an diejenigen halte, welche diese Flugschrift herausgegeben haben. Ich hielte es auch für richtiger, diese Sache dort zur Austragung zu bringen, wo sie entstanden

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Session 1911.

33

ist, nämlich in der Presse, und ich bezweifle nicht, daß, wenn solche Vorwürfe in dieser Flugschrift enthalten wären, welche einer

strengen Prüfung nicht standhalten sollten, die Verfasser derselben in den Publikationen der christlichsozialen Partei ebenfalls genügend Material finden werden, welches das Sprichwort: "Gleiches Recht für Alle" oder auch "Gleiches Unrecht für Alle" bekräftigen würde.

Ich erachte es auch der erdrückenden Majorität der christlichsozialen Partei in diesem hohen Hause nicht für würdig, jede passende und unpassende Gelegenheit heranzuziehen, der Minorität für nicht verantwortliche Details ihre Übermacht fühlen zu lassen und dies gerade in rein wirtschaftlichen Fragen, welche im gemeinsamen Einverständnis beraten und beschlossen werden sollten."

Landeshauptmann: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Bosch.

Bosch: Ich muß auf die Ausführungen des Herrn Vorredners Rüschi zurückkommen, und bezüglich der großzügigen Bewirtschaftung des Rheintales bemerken, daß bei der Grundzsrstüchrlung - wie sie im Rheintal besteht - an die Verwirklichung dieses Planes lange Jahre nicht gedacht werden darf. Wie könnte man unter den heutigen Verhältnissen an eine großzügige Bewirtschaftung des Rheintales denken. Ich wollte nur eine Anregung machen und tat dies deshalb, damit der Teuerungsausschuß bis zur nächsten Tagung meine Andeutungen in Beratung ziehen könnte.

Landeshauptmann: Wer wünscht weiter das Wort? -

Wenn es niemand wünscht, so erkläre ich die Debatte für geschlossen und erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Dr. Drexel: Auf die Ausführungen, die im Laufe der Debatte gefallen sind, brauche ich nur zum Teil zurückzukommen und zwar deswegen, weil der eine Teil sich angliedert an meine Ausführungen und der andere sich mit Fragen besaßt, die nicht in mein Referat hinein-

gehören. Einzelne Punkte aber erheischen eine Antwort.

Auf die Frage des Vertreters der Handels- und Gewerbekammer, warum so wenig Gemeindevertretungen Fragebogen ausgefüllt haben, kann ich bemerken, daß nicht alle Gemeinden eingeladen wurden, aber doch bedeutend mehr, als Antworten einlangten. Auch die Gemeinden Lustenau, Hohenems, Eötzi, Feldkirch und Bludenz sind eingeladen worden zur Beantwortung; von diesen sind aber keine Antworten zurück-

gekommen. Als Berichterstatter habe ich keine weitere Bemerkung darüber machen wollen, aber nachdem an mich die Aufforderung ergeht, habe ich es getan.

Ich bin der Meinung, daß die Stadt Dornbirn die Fragebögen in korrekter Weise ausgefüllt hat, indem sie den drei Parteien, die in der Gemeinde vertreten sind, je einen Fragebogen zukommen ließ.

Die Stadt Bregenz hat nur das Kapitel der Fleischversorgung behandelt, alles andere nicht.

Wenn ich auf die einzelnen Erörterungen zu sprechen komme, so ist es vor allem das Kapitel des Genossenschaftsprinzips, das nicht besonders in den Fragebogen behandelt, wohl aber wiederholt erwähnt wurde. Daß Verkaufs- und Einkaufsorganisationen geschaffen werden sollen, der Gedanke kehrt öfter wieder.

Ich glaube, daß zwischen den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Weite und Handelskammervertreter Rüschi kleine Differenzen bestehen; wenn Weite an die Genossenschaften denkt, denkt er wohl nicht an die Fruktifizierung des Rheintales.

Dieses Problem liegt viel weiter in der Ferne, als die Periode des Landtages reicht. Bisher ist mir kein Fall bekannt, wo es gelungen wäre, eine größere Anzahl von Grundbesitzern zu einer Genossenschaft zu vereinigen, um genossenschaftlich ihren Besitz bearbeiten zu lassen, eine Idee, die an und für sich sehr interessant und durchführbar erschiene. Die Verwirklichung liegt aber etwas weiter weg.

Die Genossenschaften werden und sind zum Teil erstanden durch das genossenschaftliche Prinzip der Selbsthilfe und zum Teil aber sind solche entstanden, wie die Landesfachgenossenschaften der Fleischhauer; aber mit Bedauern muß konstatiert

34

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

werden, was auch einzelne Fragebogen behandelten, daß nämlich kartellmäßige Praktiken in den Genossenschaften zu bemerken sind. Datz sie es sogar verstehen, den Viehmarkt schwächer besuchen zu lassen, wenn die Preise fallen und dergleichen mehr. Es ist gewiß für kleine Handels- und Gewerbetreibende für die Dauer eine Existenz nicht mehr möglich, wenn es nicht gelingt, sie genossenschaftlich zu vereinigen und die Vorteile der Genossenschaften auszunützen. Wenn sie aber diese Genossenschaften in kartellmäßigem Sinne verwenden, um möglichst hohe Preise zu mieten und übertriebene Vorteile sich herauszw

Börse notiert, das heißt, daß sie interessiert sind, wenn die Preise möglichst in die Höhe gehen. Wenn die Preise an der Budapester Börse fallen, so ist es selbstverständlich, daß dann, wenn der Preis unter den Einkaufspreis heruntergeht, die Aktiengesellschaft Schaden hat. So sieht man, daß eine politische Partei an diesem Kartelle und dieser Spekulation direkt sehr stark interessiert ist. Wenn große Mengen Getreide zu einem verhältnismäßig hohen Preise angekauft würden und später fallen sie dann, ist die Gefahr vorhanden, große Verluste zu erleiden. Hier wäre es Sache einer Partei, zu suchen, möglichst günstig einzulaufen, dann aber die Preise im Wettkampfe mit der Börse zu halten und so die Börse zu zwingen, durch Spekulation die Preise nicht künstlich in die Höhe zu treiben.

Noch etwas möchte ich anziehen, weil heute auch die Seife genannt wurde. Die Seife geht jetzt bekanntlich wieder in die Höhe. Die sozialdemokratischen Einkaufsgenossenschaften haben mit der Firma Schicht einen Vertrag abgeschlossen.

Schicht liefert die Seife der Genossenschaft billiger, als wie sie dieselbe den eigenen Agenten liefert. Es war eine Bedingung in diesem Verträge.

Nun ist es ganz selbstverständlich, wenn derartige wirtschaftliche gegenseitige Beziehungen bestehen, daß in solchen Fällen die Stellung der Parteien den Kartellen, der Börse, dem Blanko-Terminhandel gegenüber eigenartige sind, von denen allerdings der Grotztsil des Volkes nichts weih, und den Betrug leider oft zu spät erkennt. Immerhin möchte ich darauf hinweisen, daß, von diesem Standpunkte aus betrachtet, die Kartelle manche offene und stille Freunde haben. Es ist nicht so einfach, im Parlamente für ein entschiedenes Karteilgesetz eine ausgesprochene energische Mehrheit zu bekommen. Ich erinnere mich, es war Ende 1907, daß in einer Regierungsvorlage betreffend die Herabsetzung der Zuckersteuer ein Paragraph bestimmte, die Regierung habe das Recht, Verabredungen oder künstliche Preissteigerungen der Zuckerkartells, wodurch die Steuerherabsetzung wieder aufgehoben würde, mit Geldstrafen zu verfolgen, und da war es Ellenbogen selbst, der Vertreter der sozialdemokratischen Partei,

schlagen, dann sind diese Genossenschaften ein Schaden für das Volk. Andererseits sind die Einkaufsgenossenschaften für den kleinen Handel, wie sie in Deutschland mit Erfolg durchgeführt wurden und wobei der Grundsatz festgehalten wird, Lebensmittel mit möglichst kleinsten Regiekosten

zu verkaufen, notwendig und es bieten wirklich derartige Genossenschaften für den Handel die sehr große Wohltat und den großen Vorteil, in abgelegenen Orten gute und verhältnismäßig billige Lebensmittel zu schaffen.

Der Vertreter der Handelskammer hat erwähnt, daß das Kartellgesetz schwer durchzuführen sei. Schwierig ist das schwer. Die Schwierigkeit liegt aber nicht allein in der Materie, denn diese ist an und für sich schwierig, wird aber jetzt greifbarer. Daß es schwer ist, sieht man in Amerika, wo die ganze Staatsgewalt mit aller Energie sich der Kartelle zu erwehren sucht und wo auch Kartelle aufgelöst werden. Aber in Österreich ist die Schwierigkeit noch anderswo gelegen. Es ist in Österreich ein zu großer Teil von unsern stark Besitzenden an den Kartellen interessiert und diese lassen an den Kartellen nicht rütteln und es ist auch eine Schwierigkeit in unserm politischen Leben, daß die Sozialdemokratie, es scheint paradox zu sein, nicht ohne Beziehungen ist mit diesen mächtigen Kreisen.

Ich will ein einziges Beispiel herausgreifen.

Die österreichische Sozialdemokratie hat in Wien große Brotwerke und in Ungarn große Mühlen. Der Preis des Mehles wird bei diesen nicht durch einen günstigen Einkauf beeinflusst, sondern sie richten sich nach der Börse, sie verkaufen das Mehl so, wie es die Budapester

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10. Periode 1911.

35

der sagte, man dürfe diese Paragrafhe nicht hineinnehmen, weil das Herrenhaus sie doch nicht annehmen würde. Das Herrenhaus hat damals den deutlichen Wink verstanden und hat das Gesetz auch nicht angenommen und man hat nie schimpfen gehört. Herr Abgeordneter Rüschi sagt, es sei schwer, zu sagen, wo der Wucher beginne. Das ist ein Zeichen, daß wir diesbezüglich eine Begriffsverwirrung haben. In alter Zeit hat man es genau gewußt, was Wucher ist, obwohl es kein Wuchergesetz gegeben hat. Das ganze Mittelalter hat gewußt, was Wucher ist, und wenn sie die Geschichte des deutschen Volkes nachschlagen, finden sie Bestimmungen, wie man Wucher bestraft hat. Wenn sie nachsehen und in den heutigen Gesetzesparagrafen nachschauen, was Wucher ist, dann werden sie finden, daß bei so und sovielen Prozenten Wucher vorhanden ist und daß in vielen Fällen die Strafbestimmungen nicht mehr eingehalten werden, sondern nur hie und da einmal, wenn einer ganz in die Not getrieben ist, von Juden Geld aufnimmt und

diese 100% verlangen, dann nimmt man erst das Wuchergesetz in Anspruch und sucht damit sich zu retten; sonst hört man nichts mehr davon.

Deshalb hat der Landesausschuß den Antrag gestellt, es soll das Wuchergesetz unserer heutigen Zeit angepaßt werden. Wenn in der alten Zeit 7 % verlangt wurden, wurde das Wucher genannt. Da müßten sie heute die halben Aktiengesellschaften einsperren, wenn man nach der Auffassung der alten Zeit den Wucher bestrafen wollte.

Der Herr Handelskammervertreter hat auch gesagt, daß die Handelskammer und die Vorarlberger Industrie bisher immer den Ausgleich verlangt haben. Deshalb sollte die Industrie heute an die Abmachung von damals denken und soll ganz offen sagen - das Großkapital und die Industrie steht ja zum größten Teil in den Händen der deutschfreiheitlichen Partei - und letztere Zollen auch ihren Führern, Rednern und Sekretären jagen, wenn sie Flugschriften verfassen, sollen sie schreiben, die Zölle, die wir haben, haben wir gewollt und wir übernehmen auch die Verantwortung. Und wenn der Herr Abgeordnete Rüschi gesagt hat, es wird eine Zeit kommen, wo die

Industrie eine Trennung mit Ungarn verträgt, so wird es sich möglichst bald entscheiden müssen, ob der Termin 1917 schon ein solcher sein wird. (Rüschi: kaum.) Der Handelskammervertreter möge wissen, daß unsere bäuerlichen Vertreter an dem Ausgleich gar kein Interesse haben, (Zwischenrufe: Sehr richtig.) weder staatsrechtlich noch volkswirtschaftlich und wenn sie bisher diesen Standpunkt nicht einseitig vertreten haben und die Schutzzölle mit Ungarn angenommen, haben sie es damit gerechtfertigt, daß sie die Gesamtinteressen unseres Landes wahren wollten.

Wenn Partikularismus gepflogen worden wäre, wie man ihn heute sehr oft trifft, wenn man kleine Kreise hernimmt, wo man sich um nichts anderes mehr bekümmert, so wäre es schon im Jahre 1907 beim Ausgleich zur Scheidung gekommen.

Nun möchte ich noch eine Bemerkung machen wegen der Erklärung, die der Herr Handelskammervertreter abgegeben hat. Diese wäre wahrscheinlich nicht aus die Welt gekommen, wenn der Herr Vorsitzende keine Mittagspause gemacht hätte. Nun will ich folgendes antworten:

Ich gebe zu, daß er sich heute vom politischen Kampfe mehr zurückgezogen hat, es hat aber

eine Zeit gegeben, wo er selbst mittat und wo er sein Schwert selten in die Scheide steckte und es mag jetzt halt zutreffen, daß man für die Sünden der Jugend in der alten Gemeindestube von Dornbirn jetzt im Alter büßen muß; ich will daran nur erinnern. 2BL* gesagt, ist es bedauerlich für den Vertreter der Handelskammer, daß er allein ist. Aber bei dem so schwierigen Kapitel der Teuerungsfrage im Lande dürfte der Herr Bürgermeister von Bregenz aus keinen Fall fortgehen und am allerwenigsten wegen einer Schwebebahn, bei der er finanziell stark interessiert ist und besonders in einer Angelegenheit, wo er als Städtevertreter im Reichsrat selbst Stellung nehmen soll und wo er in Bregenz hätte sein sollen. Von diesem Standpunkte -aus ist es hart, daß schließlich die heutige Diskussion auf das einzige Haupt der Minorität herunterging und zwar auf einen solchen Vertreter der Minorität, der persönlich gewiß keinen Anlaß gab. Aber Sie

36

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10, Periode 1911.

sind auch selbst lange genug im Kampfe gestanden. Ich glaube, alle Erinnerungen sind noch nicht vergessen, wenn Herr Rusch daran denkt, wie oft er der alten Minorität in Dornbirn ein Bein stellte, wann und wo er nur konnte. Wenn er sucht, das alles in Erinnerung zu rufen, dann wird er ganz gut begreifen, daß in Vorarlberg der alte Geist und die alten Haudegen nicht ausgestorben sind. Das eine möchte ich ihm gesagt haben, er liest doch genug Zeitungen und wir selbst werden doch verantwortlich gemacht für das, wenn es im Landtage vorgebracht wird. Die öffentliche Presse greift uns an, nicht einzeln, sondern als Partei, wir seien die Schuldigen an der

Teuerung. Zu dieser Teuerung nimmt der Landtag und nimmt der Reichsrat Stellung. Wenn der Landtag heute nun dieser Aufgabe nachkommt und die Entscheidung fällt, ob man es richtig macht oder verkehrt, da ist es doch selbstverständlich, daß man solche Vorwürfe abwehren muß. Da ist es doch ganz klar, wenn wir heute von all dem geschwiegen hätten, hätte doch die Öffentlichkeit gesagt, die Herren wissen keine Antwort und sie müssen sich das alles gefallen lassen. (Zwischenrufe: "Sehr richtig".) In der Presse antworten, ist schon recht, aber das Forum hier ist günstiger zur Antwort als die Presse. Viele lesen nur eine Zeitung und die eine Zeitung reagiert nicht und nimmt keine Notiz von der andern und da ist hier, wo beide Parteien zusammensitzen, am besten Gelegenheit, sich aussprechen zu

können. Hier kann man sie auffordern "hie Rhodus, hic salta", hier wolen wir die Sache miteinander ausmachen und die Öffentlichkeit, Die die Verhandlung verfolgen kann, kann urteilen, wer Recht hat.

Wenn wir heute etwas in der Presse berichten, dann ist es sehr einseitig, weil es vielfach nur von einer Seite gelesen wird. Ich bin nicht immer in der Lage, alles zu rechtfertigen, wie es früher der Fall war. Deswegen habe ich gesagt in Vorbesprechungen, daß es notwendig ist, daß die Agitation, welche die Herren im Lande getrieben haben, im Landtage versprochen wird. Ich glaube auch, daß das Land, wenn es die Debatte im Landtage verfolgt und liest, daß Dr. Kinz wegen Besichtigung einer Schwebebahn abwesend war, doch der Meinung sein wird, daß jener, der die Städte im Reichsrate vertritt, doch an der heutigen Verhandlung hätte teilnehmen sollen, um in ein paar Tagen für diese Forderungen einzutreten.

Ich begreife, daß der Herr Vertreter der Handels- und Gewerbekammer nicht gerne allein war, und das Empfinden gehabt hat, es sei nicht Gentleman, - dies gebe ich unter Umständen gerne zu - mit dieser großen Macht im Kampfe auf einen loszugehen. Ich habe über Mittag zu meinen Herrn Kollegen gesagt, es wäre mir lieber, wenn sechs Freisinnige dort sitzen würden; es sei mir so wirklich zu langweilig. (Allgemeine Heiterkeit!)

Meine Herren! Mit diesen kleinen Nebenbemerkungen will ich schließen und empfehle dem hohen Hause die Annahme der Anträge und kann nur den Wunsch ausdrücken, daß es dem Landtage in zwei Monaten, wenn wir eine Nachtagung haben werden, gelingen möge, das ganze große Gebiet der Teuerung gründlich zu behandeln, einige Punkte herauszugreifen und daß das Reale und Praktische möglichst rasch geschehen möge und so hoffe ich, daß die heutige Debatte einige Punkte geklärt hat und einzelne Kreise, die das Gefühl der Verantwortung haben, vorderhand ein klein wenig zu überlegen, wonach man zu steuern habe; ich empfehle dem hohen Hause nochmals Die Annahme der Anträge des Teuerungsausschusses.

Landeshauptmann: Wir schreiten nun zur Abstimmung; ich glaube, das hohe Haus wird nicht verlangen, daß die Anträge separat zur Abstimmung gelangen. -

Es wird von keiner Seite verlangt; wir können also die Anträge unter einem zur Abstimmung bringen und ich ersuche hiemit alle

jene Herren, die den Anträgen des Teuerungsausschusses ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben. -

Ich konstatiere die einstimmige Annahme der Anträge.

Wir kommen nun zum zweiten und letzten Punkte der heutigen Tagesordnung: ein Bericht des volkswirtschaftlichen

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 10 Periode 1911.

37

Ausschusses über den Jahresbericht der Landeshypothekenbank pro 1910.

Berichterstatter in dieser Angelegenheit ist der Herr Abgeordnete Amann; ich erteile ihm hiezu das Wort.

Amann: (Liest Bericht und Antrag aus Beilage 25.)

Ich habe dem Berichte nichts weiter beizufügen und empfehle dem hohen Hause die Annahme des Antrages des volkswirtschaftlichen Ausschusses.

Landeshauptmann: Ich eröffne über Bericht und Antrag die Debatte; wünscht jemand das Wort? -

Wenn dies nicht der Fall ist, so schreiten wir zur Abstimmung und ich ersuche alle jene Herren, die dem Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses die Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben; - der Antrag

ist angenommen und hiemit ist dieser Gegenstand und auch die heutige Tagesordnung erledigt. Ich erteile das Wort dem Herrn Regierungsvertreter.

Regierungsvertreter: Mit Allerhöchster Ermächtigung erkläre ich den Vorarlberger Landtag vertagt.

Landeshauptmann: Indem ich die Herren ersuche, dies zur Kenntnis zu nehmen, wünsche ich denselben eine frohe Heimkehr und spreche die Hoffnung aus, daß wir im Jänner zu einer voraussichtlich längeren Tagung zusammen kommen werden, um die noch übrigen, wichtigen Angelegenheiten mit derselben Gründlichkeit und Objektivität zu behandeln, wie es in der gegenwärtigen Tagung geschehen ist.

Ich erkläre die heutige Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung 3 Uhr 2 Minuten nachmittags.)

Druck von J. N. Teutsch in Bregenz.

Borarlberger Landtag.

7. Sitzung

am 2. Oktober 1911

unter dem Voritze des Herrn Landeshauptmannes Adolf Rhomberg.

Gegenwärtig 22 Abgeordnete. — Abwesend die Herren: Hochwst. Bischof Dr. Franz Egger, Dr. Konzett, Dr. Rinz, Dietrich.

Regierungsvertreter:

Herr f. f. Statthaltereirat Dr. Rudolf Graf von Meran.

Beginn der Sitzung um 9 Uhr 14 Minuten vormittags.

Landeshauptmann: Ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet. Ich ersuche um Verlesung des Protokolles der samstägigen Sitzung.

(Sekretär verliest dasselbe.)

Hat einer der Herren zum verlesenen Protokolle eine Bemerkung zu machen? —

Wenn das nicht der Fall, betrachte ich dasselbe als angenommen. Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt der Herr Abgeordnete Dr. Rinz (Zwischenrufe: hört, hört! oho!) und zwar schriftlich: „Da ich noch vor der Donnerstag beginnenden Reichsratsstagung die im Baue befindliche Schwebbahn in Bozen und Lana besichtigen muß, um nächsten Samstag in einer Versammlung der Interessenten darüber zu referieren, ersuche ich, mein Fernbleiben von der Schlußsitzung des Landtages zu entschuldigen.“ Ferner haben sich entschuldigt der Herr Abgeordnete Dr. Konzett und der Herr Abgeordnete Dietrich.

Wir gehen zur Tagesordnung über. Auf denselben steht als erster Punkt der Bericht des Teuerungsausschusses über die vorliegenden Landesauschuß-Anträge zur Behebung der Teuerung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Drexel. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Drexel: Hohes Haus! Wieder erscheint im Landtage eine bekannte Frage, die von einer Behandlung zur andern schwieriger und komplizierter wird. Sie gleicht einem Strome, der langsam und langsam die Jahre hindurch gewachsen ist und nun mit großer Kraft die Ufer überschreitet und große Gebiete, die bisher ruhig und von ihm unbetroffen waren, überflutet. Und die Versuche, durch rasche Dämme, die in der Eile aufgeworfen werden, eventuell das Wasser zurückzustauen, sind ganz vergeblich, weil der Strom zu weit ausgreift und das Wasser zu hoch ist und einzelne kleine Mittel daher nichts helfen können. Einem solchen Strome gleicht die Teuerung, die fortwährend größer wird und immer weiter um sich greift und heute, — das können wir ruhig sagen, — eigentlich bis auf wenige Teile der Erde alle trifft und keinem der fünf Weltteile unbekannt ist. Diese Tatsache ist nun eine Erscheinung, die im volkswirtschaftlichen Leben bis auf den heutigen

Tag vielleicht noch nie in dieser Art zu Tage getreten ist, eine Erscheinung, die sich auf die ganzen bekannten Erdteile bezieht und mit den Grenzen der Welt, den fünf Weltteilen, auch die Grenzen der Frage hat. Die ganze Öffentlichkeit beschäftigt sich heute damit, wir treffen bereits Unruhen, die manchmal in kleinen Kreisen auftreten, manchmal im großen organisiert sind und die bisher in den wenigsten Fällen die eigentlich Schuldigen trafen. Es ist ein törichtes Unternehmen, wenn wir hören, daß Leute auf's Land hinausgehen, den Bauern Schweine oder Hühner wegnehmen, die Kühe wegführen und glauben, die Schuldigen getroffen zu haben. Am klarsten in dieser Beziehung ist das Urteil in England.

Der Landtag hat bereits vor Jahresfrist diese Frage diskutiert und muß ganz selbstverständlich die Gelegenheit der jetzigen Tagung dazu benutzen, um neuerlich und den geänderten Erscheinungen gegenüber Stellung zu nehmen. Dabei denke ich, — soweit es den Landtag angeht, — wäre es am besten so, daß man nicht kleine Dämme, die nur augenblicklich und nur wenige Wochen helfen können, aufwerfe, sondern ich meine, daß es ist die vornehmste Pflicht des Landtages ist, tiefer das Projekt zu fassen, genau so, wie wir es mit der vorjährigen Hochwasserkatastrophe machten, nämlich große Pläne zu entwerfen, die geeignet sind, die Regulierung so durchzuführen, daß voraussichtlich ein solches Hochwasser innerhalb der gesetzten Bahnen bleiben muß.

Die Teuerung ist eine praktische Frage. Würde es sich um eine theoretische oder philosophische oder um solche Fragen handeln, welche im Altertum und im Mittelalter das Volk stark aufgeregt haben, so wäre es schließlich nicht von besonderer Bedeutung, wenn die Meinungen über solche Fragen stark auseinandergingen. Nun haben wir aber eine praktische Frage, eine Frage des täglichen Lebens, welche fast ausnahmslos das ganze Volk berührt, besonders den kleinen Mann, den mittellosen, der alles kaufen muß, der mit seiner täglichen Arbeit sich durchbringen muß, und sie berührt aber auch einen anderen Kreis im Volke, nämlich die meistens bemittelten Arbeitgeber, die zugeben müssen, daß mit den heutigen Löhnen ein Auskommen nicht mehr zu finden ist. Wir haben hier eine Frage, die das ganze Volk berührt und trifft. Umso bedauerlicher ist es — und diese Bemerkung möchte ich voraussetzen, — daß, trotzdem diese Frage schon lange vorher in unserm Lande und

in unserm ganzen Staate besprochen wird, daß sich trotzdem Wahrheit und Unwahrheit im Kampf liegen. Es ist bedauerlich, daß einzelne, ganz schwere volkswirtschaftliche Irrtümer mit solcher Zähigkeit sich halten können. Es muß also der aufrichtige Wunsch der Volksvertretung sein und derjenigen, welche die Aufgabe haben, solche Fragen glücklich zu lösen, daß es gelingen möge, das Volk dahin zu bringen, daß es richtig urteilen lernt, über das Wesen der Teuerung und über die Rezepte, die dagegen angewendet werden können, damit es so in die Lage kommt, aus dieser Erkenntnis Schlüsse zu ziehen und dasjenige Urteil zu finden, das im gegenwärtigen Falle das richtige ist.

Ich wüßte keine Frage, welche gegenwärtig — und das Wort mag allen gelten, die sich damit befassen, — so stark besprochen wird und die in ihren Folgen unter Umständen so bedenklich werden kann, wie diese. Und wenn ein Volk im Bestreben, der Teuerung entgegenzuarbeiten und ein Mittel dagegen zu finden, auf Abwege gerät, so können diese in Abgründe führen und es wird ihm vielleicht später nicht so leicht möglich sein, wieder gut zu machen, was es auf Irrwegen gefehlt hat.

Venor ich nun in den Bericht selbst übergehe, habe ich einige kleine Bemerkungen zu machen, die schon zum Teil persönlicher Natur sind und zum Teile auch die Herren Kollegen trifft, nämlich die der christlichsozialen Partei, und insbesondere die Herren Reichsratsabgeordneten angeht. Die Teuerung wurde in diesem Frühjahr zur Wahlparole gemacht und man hat gesucht, die Wahlen, die in diesem Jahre durchgeführt wurden, mit diesem Schlagworte zu gewinnen. Dieser Kampf gehört zu den widerlichsten, die wir in Vorarlberg je durchgeführt haben und es ist zweifelsohne unmöglich, in der ganzen politischen Vergangenheit unseres Landes Beispiele zu finden, die den des heurigen Jahres an Bosheit und ganz überlegten Lügen gleichkommen.

Meine Herren! Ich nehme hier drei Flugblätter her, die ich mir gestern ausgesucht habe. Es ist merkwürdig, alle drei Flugchriften zeigen andere Unterschriften. Die größte von denselben ist gefertigt vom „deutschfreiheitlichen“ Wahlausschusse. Heute, augenblicklich ist das der offizielle Titel der gegnerischen Partei. Da heißt es, daß wir Hochschutzzölle für Mehl und Brot gemacht hätten und daß wir die Ursache der Teuerung sind. Dann ist dieser Stil und diese Formulierung zu milde gewesen und so kam später ein anderes Flugblatt, das herausgegeben ist

vom „deutschfortschrittlichen“ Wahlkomitee. Da heißt es drinnen, „dem Dr. Dreyel haben wir die Teuerung der Lebensmittel zu verdanken“. Und dann in letzter Stunde kam noch ein Flugblatt der „freisinnigen“ Partei heraus, wo es heißt: „Was hat Dr. Dreyel für euch getan? — Die furchtbare Teuerung hat er gebracht.“ (Zwischenrufe: Das ist zu blöd!) Nun ist es interessant, daß drei verschiedene Unterschriften da sind. Ich weiß nicht, woher diese drei Namen kommen. Vielleicht haben sie es gemacht, wie große Dichter, die Pseudonamen haben, nur mit dem Unterschiede, daß sie statt gedichtet, erdichtet haben. (Heiterkeit im Hause und auf der Gallerie.) Oder sie machten es so, wie es internationale Hochstapler machen, die da und dort auf Trug und Diebstähle ausgehen und sich überall andere Namen geben. (Rufe: Sehr richtig, ganz so.) Ich weiß nicht, welchen von diesen drei Parteien Dr. Kinz angehört. Ich hätte heute gerne an ihn diese Frage gerichtet, wie er eine derartige Wahltaktik rechtfertigen kann, und hätte gerne gehört, wieso der Dr. Dreyel Schuld an der Teuerung ist. (Bewegung im Hause, unverständliche Zwischenrufe.) Vielleicht wird der Herr Vertreter der Handels- und Gewerbekammer, sein verlässener Herr Kollega in der heutigen Sitzung, die Frage ihm übergeben und ihn bitten, daß ich wirklich gerne Auskunft hätte. Als nämlich der Landesauschuß die Fragebogen ausgegeben hat und 23 Fragebogen eingelaufen sind und darunter auch solche von deutschfreihheitlichen Parteileuten, so hab' ich erwartet, daß irgendwo in einem solchen als Antwort drinnen stehen wird, die Schuld an der Teuerung ist die christlichsoziale Partei und die Hauptschuld ist der Dr. Dreyel. Es steht aber in keinem etwas von alledem. Wenn die Herren während des Wahlkampfes es ernst gemeint hätten, müßten sie es doch auch in den Fragebogen niedergelegt haben. Dort aber lauten die Antworten ganz anders. Ich habe ein gewisses Vergnügen bei der Durcharbeit der Fragebogen gehabt, womit sich die Herren, die diese Flugblätter verfaßten und diese Wahlausrufe gemacht haben, sich selbst in dieser klaren und deutlichen Weise mit den Lügen strafen.

Nach diesen kleinen Nebenbemerkungen möchte ich zum Thema selbst übergehen. Die Fragebogen wurden in einem Berichte zusammengefaßt. Wie die Herren in der Einleitung bemerken, habe ich nicht eine Form gewählt, die ich hätte wählen können, daß ich nämlich alle 23 Fragebogen der Reihe nach wörtlich auf-

führt habe. Ich habe diese Art deswegen nicht gewählt, weil die Sache umso erschwerender gewesen und der Umfang sehr groß geworden wäre, überdies brachte bei manchen Fragen die Mehrzahl die gleiche Antwort. Um die ganze Arbeit nicht zu umfangreich zu machen und besonders mit Rücksicht darauf, daß der Bericht auch im Volke draußen gelesen und leicht und rasch aufgenommen werden soll, hab ich die vorliegende Form gewählt, welche von der wörtlichen Wiebergabe der Fragebogen absieht. Die Fragebogen selbst haben manches Interessante zu Tage gebracht. Es ist das erstemal, daß wir Gelegenheit haben, über diese Frage alle berufenen Kreise und alle Parteien des Landes zu hören. So können wir daraus ein klares Urteil bilden darüber, welche Meinungen und Auffassungen am meisten Vertreter im Lande haben. Es ist erfreulich, daß in manchem wichtigen Punkte der größte Teil unseres Volkes gleichartig denkt und wir so in dem Berichte des Landesauschusses ein Urteil haben darüber, wie im Sinne der großen Mehrheit des Volkes in unserem Lande vorgegangen werden soll. Auf der andern Seite habe ich nicht erwartet, daß die Antworten in ganz wichtigen Fragen merkwürdig differieren und zwar so differieren, daß sie sich gleich stark gegenüberstehen und eine Gruppe für „ja“ und die andere für „nein“ einsteht und dies gerade bei solchen Fragen, welche von Bedeutung sind und mit der Zeit, wenn neue Zoll- und Handelsverträge kommen werden, zu den schwierigsten gehören werden. Gerade da haben die Fragebogen ausgelassen und haben nicht klare Tendenz einer starken Mehrheit gezeigt.

Es muß der spätern Zeit überlassen bleiben, ob durch eine mündliche Enquete einzelne solche Fragen klar werden; ich denke gerade an solche Fragen, an welchen das volkswirtschaftliche Leben und einzelne Körperschaften unmöglich vorbeigehen können, ohne eine Lösung zu finden. Dabei sind in den Fragebögen manche Irrtümer niedergelegt, Irrtümer, welche manchmal glauben, mit kleinen Mitteln einen größeren Erfolg zu haben. Antworten bezüglich des Handels im Kleinen und Schaffung von Konkurrenz zeigen manche Bedenken. Ein Hauptfehler, ein volkswirtschaftlicher Irrtum, der besonders in der sozialdemokratischen Partei wiederkehrt, ist die Meinung, es sei möglich, der Teuerung heute abzuhelpen, nur durch Erleichterung der Einfuhr. Das ist ein ganz grundsätzlicher, volkswirtschaftlicher Irrtum. In den heutigen Verhältnissen, in einem Augenblicke, wo alle andern Länder Not haben und wo andere Länder direkt an Absperrung denken, in

einem solchen Augenblicke dem Lande Vorarlberg den Rat zu geben, mit der Einfuhr allein, die Teuerung zu überwinden, das ist kein Rezept, der Teuerung dauernd entgegenzutreten zu können. Es macht den Eindruck, als ob man bei Abfassung der Antworten doch etwas zu wenig Kenntnis des eigenen Landes hätte, als ob diejenigen, welche die Fragebogen erledigten, sich von der Anschauung und dem Urteile leiten lassen, welche durch die Verhältnisse der Großstädte bedingt sind, Urteile, die man auch in den Zeitungen des Auslandes finden kann, aufgebaut auf andere Voraussetzungen.

Unser Land Vorarlberg ist aber so spezifisch charakterisiert, daß wir kein gleiches Land in der ganzen österreichischen Monarchie haben; es hat auf einer Seite Großstadtpreise und hat keine Großstädte, es hat auf einer Seite große Wiesen- und Ackergebiete und doch zu wenig Produktion, auf der anderen eine hoch entwickelte Industrie mit allen Bedürfnissen eines Industriegebietes. Vorarlberg ist so eigenartig geographisch gelegen, daß man bei unserm Heimatland, wenn man die Teuerung behandeln und besprechen und sich ein Urteil bilden will, gezwungen ist, vom Urteile anderer Länder, vom Urteile österreichischer Länder abzusehen; vielleicht mag man daraus Richtlinien nehmen, und dann, wenn man etwas Wahres findet, sich auf den Boden der eigenen Heimat begeben und hier suchen, ob sich die gleiche Praxis anwenden läßt. Nachdem das Land eigenartig geographisch liegt, kann man rings herum nichts Analoges finden und haben und deshalb sage ich, müssen die Mittel, die wir in Vorarlberg anwenden, spezifisch sein. Jede Beurteilung nach dem Gesichtspunkte einer Großstadt oder einzelner Länder, wie z. B. in Oberösterreich oder Niederösterreich, würde zu Irrtümern führen.

Nach diesen Voraussetzungen möchte ich einzelne Teilfragen aus dem Berichte herausgreifen. Das Gebiet der Teuerung wird fast von allen Fragebogen für allgemein bezeichnet. Ich greife nicht einzelne Artikel heraus, sondern in erster Linie die Lebensmittel. Erwähnt seien auch noch von einigen besonders die Textilien und die Wohnungsnot. Die Wohnungsfrage wird jetzt auch vom Reichsrate besprochen und auch einzelne Städte sind daran. Um das Material des Berichtes nicht so sehr zu erschweren, wurde in den Fragebogen diese Materie weggelassen und das Gebiet einheitlicher gefaßt, insoweit es die Versorgung der Lebens- und Ernährungsmittel betrifft. Auffallend ist mir bei diesen Antworten die der Handels- und

Gewerbekammer, welche auf die Frage, auf welchem Gebiete macht sich die Teuerung besonders geltend, die Antwort gab: „Fleischversorgung.“ Auch das ist ein Irrtum, der sich eingeschlichen hat, vielleicht als Agitationsmittel zu Gunsten des argentinischen Fleisches. Daß die Teuerung nicht eingeschränkt ist auf die Fleischversorgung, ist klar. Bedauerlich ist, daß der ganze Fragebogen der Handels- und Gewerbekammer, auf den ich besonders Wert gelegt habe, da sie einen wichtigen Faktor des Landes zu vertreten hat und doch als Wortführerin der Industriellen in unserem Lande gilt, auf die Fleischversorgung allein Rücksicht nimmt und vieles andere unbesprochen läßt.

Bei der Frage 2: „Welche Preise erfuhren in den letzten zehn Jahren eine besondere Steigerung?“ sind eine Reihe von Lebensmitteln erwähnt, Futtermittel, Bier, Wein u. s. w. Eine ausführliche Antwort gibt uns der Müllerverband hinsichtlich der Mehlpreise. Dieser hat zwar nicht den Fragebogen beantwortet, sondern in einem ausführlichen Gutachten eine Schilderung der Entwicklung des Mehl- und Brotpreises gegeben. Dabei stellt dieser Bogen sehr interessanterweise fest, daß im Jahre 1906 das Getreide sehr niedrig stand, so niedrig, daß damals der bäuerliche Produzent nicht mehr auf seine Rechnung kam. Als der neue Zolltarif im Jahre 1907 einsetzte und eine Erhöhung der Schutzzölle von drei auf sechs Kronen brachte, wäre mit dieser Erhöhung des Zolles allein die Steigerung der Preise nicht erklärlich gewesen, sondern es kam im Jahre 1907 eine schlechte Ernte, welche die Preise sehr hinauftrieb. Von diesem Zeitpunkte an greift unsere neueste Erscheinung, die Spekulation und Organisation der großen Mühlen und der Börse ein, mit andern Worten, das organisierte Großkapital. Und obwohl seit 1907 zwei sehr gute Ernten waren und auch die heurige gut ist, ist es nicht mehr gelungen, die Preise herunter zu bringen auf die Ziffer vom Jahre 1906 oder wenigstens den Ernten entsprechend. Der Müllerverband macht auch aufmerksam, daß die Schutzzölle zum Teil Anteil haben an der Teuerung des Mehles; aber damit ist die Erklärung nicht gefunden, sondern nur in der Spekulation, die heute im Auslande getrieben wird und in Österreich an der Budapester Börse mit dem Blanko-Terminhandel. Dabei hat kürzlich eine neue Machination der Budapester Müller eingesetzt, indem sie, trotzdem gegenwärtig soviel Getreide herum ist, keines kaufen, die Arbeitszeit einschränken auf vier Tage und so die bäuerlichen Kreise zwingen, das

Getreide billig herzugeben und andererseits aber die Mehlpreise doch in der Höhe halten. Ebenso gehen sie im Handel in Form eines geschlossenen Ringes mit dem Auslande vor. Wie fein dieser Apparat arbeitet, können Sie daraus sehen, daß in Österreich die Weizenpreise genau so hoch hinaufgehen, daß z. B. der Borsarlberger, wenn er in Österreich Getreide kauft, nur ein klein wenig billiger kauft, als wenn er dasselbe vom Auslande bezieht. Die Getreidepreise an den beiden Grenzen Borsarlberg und Nordböhmen sind die Punkte, wieweit die österreichische Spekulation die Getreidepreise steigern kann. Man kann hier an einfachen Beispielen ersehen und verfolgen, welche Umstände es sind, die diese Getreidepreise durch Spekulation in die Höhe treiben und worin diese Preissteigerung die eigentliche Begründung hat. Da treffen wir die wahren Schuldigen, die Kartelle, sie sind diejenigen, welche Wucher treiben. Gleich mit den Kartellen muß der Zwischenhandel als ein oft überflüssiger Verteurer angeklagt werden. Auch die Arbeitslöhne haben mitgewirkt, das Rohprodukt sowohl als die fertige Ware zu verteuern; doch muß bemerkt werden, daß ein Steigen der Arbeitslöhne notwendig war und daher eine Verteuerung durch sie begründet und berechtigt erscheint. Ferner ist ein bedeutendes Kapitel der Teuerung der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion; es ist leicht nachzuweisen, daß die Arbeitskräfte zurückgehen und daher auch die landwirtschaftliche Produktion selbst. Wir hören aus verschiedenen Gebieten des Landes, daß Wiesengründe brach liegen, weil man nicht genug Arbeitskräfte bekommen kann. Der Fragebogen 16, das ist der des landwirtschaftlichen Vereines, macht aufmerksam, daß in den letzten Jahren das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage immermehr vergrößert wurde, daß die animalische Ernährung stetig zunimmt, daß man von den Vegetabilien immer mehr abgeht. Gleichzeitig werden die Produkte der einzelnen Orte von einigen aufgekauft und dann verteuert, so daß der unmittelbare Verkehr zwischen Produzent und Konsument immer mehr gestört wird und wir damit eine Reihe von Ursachen sehen, die stark verteuern.

Auf allen diesen Gebieten gibt es nicht kleine Rezepte, mögen sie berühren, was immer sie wollen. Es ist auch nicht geholfen mit der Einfuhr von Fleisch und Getreide von dort her, wo noch solches zu bekommen ist und es kann mit der Teuerung nicht augenblicklich gebrochen werden, sondern man denke daran, wie man derselben in ihren tieferen Ursachen entgegentreten kann und

muß. Frig wäre es, wenn man bei der Behandlung der Teuerung die Arbeitslöhne, welche Mitursachen sind an der Verteuerung, allein als Ursachen hinstellen will. Gewiß die hohen Arbeitslöhne sind natürliche Ursachen und sind gerechtfertigt und lassen sich nicht zurückdrängen; aber sie als die einzigen natürlichen Ursachen hinzustellen, wäre auch nicht recht. Wir können diesen Ursachen gegenüber nur das eine tun, daß wir suchen, die natürlichen Ursachen von den unnatürlichen, falschen zu trennen und diese mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. Was die Fleischversorgung anbelangt, so ist diese im Laufe der letzten Jahrzehnte verschoben worden. Das Land hat früher bei kleiner Einwohnerzahl und bei größerem Stande der Arbeitskräfte sich mit Fleisch leichter versorgen können, als jetzt, wo daher die Schlachtvieheinfuhr bedeutend zunimmt. Von der eigenen Viehzucht wird nur ein kleiner Teil geschlachtet; Kühe, welche als Zucht- und Nutztvieh nicht mehr dienen oder in wenigen Fällen auch gemästet werden, wenn die Bauern Futter genug haben.

Ein anderes Kapitel sind die Fleischpreise; dies ist ein wunder Punkt und ich muß gestehen, daß ich nicht in der Lage war, aus den Fragebogen ein klares Urteil mir zu verschaffen. Die Urteile der Fragebogen sind hier zu verschiedenartig. Wir stehen bezüglich der Fleischpreise vor einer Schwierigkeit, deren Lösung nicht einfach ist. Tatsächlich haben wir in Bregenz für Rindfleisch den Preis von K 2.20 pro kg und von einer ganzen Reihe von Orten Österreichs hält nur Bregenz diesem Preise die Stange. In Innsbruck kostet dasselbe Fleisch K 1.96, in Salzburg K 1.77, in Wien K 1.85, in Graz K 1.59. Wir sehen, daß die Zahlen überall bedeutend tiefer sind; und ferner, wenn wir diese Zahlen alle sprechen lassen, daß die Differenz, die sich durch die Fracht ergibt, sich nicht erklären läßt. So muß ich tatsächlich sagen, daß bezüglich der Preisbildung des Fleisches in Borsarlberg ein Faktor mitspielen muß, der nicht gerechtfertigt ist. Nebenbei bemerke ich, daß die Stadt Bregenz ganz ähnlich wie der Müllerverband ein ausführliches Elaborat geliefert hat über die Fleischpreise. Dieses sagt, daß die Fleischhauer die Erklärung abgeben, daß die Ausschrottung von Fleisch bei uns eine andere, teurere sei als in Innsbruck und die Zuwege für den Fleischhauer ungünstiger gebräuchlich ist; es dürfte manches damit zu erklären sein. Aber immerhin ist die Bemerkung, die der Stadtrat von Bregenz

macht, beachtenswert, nämlich daß die Schwankungen auf den Viehmärkten, wenn sie nach oben gehen, auf die Konsumenten übertragen werden; wenn sie aber herunter gehen, dann die Metzger nicht so empfindlich sind, d. h. die Preise trotzdem so lange als möglich in der Höhe halten. Das läßt durchblicken, daß auch dieses Referat die Meinung hat, daß es auf diesem Gebiete etwas fehlt; dabei mußte aber zugegeben werden, daß betreff der weiteren Frage, warum an verschiedenen Orten die Fleischpreise differieren, etwas an der Antwort der Fachgenossenschaft gewiß richtig sein könne. Es sind dies Qualitätsunterschiede. Es gibt Orte, deren Einwohner mit Rübfleisch zufrieden sind, und solche, welche nur Ochsenfleisch haben wollen, und solche, wo man alles vom Tiere gut verwenden kann und Orte, wo man für die minderwertigen Partien des Tieres nur schwer Abnehmer findet. Man hat auch gesagt, es sollte eine Konkurrenz geschaffen werden, indem Konsumenten oder Gemeinden den Fleischvertrieb selbst in die Hand nehmen.

Meine Herren! Dieses Kapitel gehört zu den schwierigsten. Auf anderen Gebieten, wie auf dem Gebiete der Lebensmittel, waren nicht un schwer Konkurrenzen zu schaffen, z. B. die Konsumvereine. Auch bei Futtermittel haben wir eine die Preise haltende begründete Konkurrenz. Anders liegt es aber hinsichtlich der Fleischversorgung. Da haben wir mit neuen Schwierigkeiten zu kämpfen und diese Schwierigkeit liegt nicht so sehr in der Gründung und Organisation der Konkurrenz selbst, als in der Eigenart der Erhaltung und auch der Konsumenten selbst. Immerhin soll diese Bemerkung gemacht werden, um zu sagen, daß gerade das Kapitel der Fleischversorgung unter den gestreiften Fragen vielleicht das schwierigste ist. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn der vorliegende Bericht in weiteren Kreisen eine Diskussion auslösen würde.

Eine weitere Frage war dann, welche Erfahrung man gemacht habe mit dem argentinischen Fleische, das wir zweimal im Lande bekommen haben. Die Antwort lautete, daß man gute Erfahrung damit gemacht habe. Der Fragebogen 10 erwähnt, daß der Preis für die Prima-Qualität zu hoch sei; ich bin auch der Meinung, daß K 180 für Prima-Qualität im Verhältnis zu den Bestellungskosten zu hoch ist, und wenn man dieses Fleisch wirklich einführen sollte, so sollte man auch darüber klar sein, welche Nachteile dasselbe bietet im Verhältnis zum

einheimischen, was in einem bedeutend billigeren Preise zum Ausdruck kommen müßte.

Eine andere Frage ist dann die, ob dieses Fleisch für Vorarlberg ein dauernder Einfuhrartikel wird. Dazu braucht es genügend Kühlräume; meine Meinung ist heute noch, daß dieses Fleisch kein dauerndes Lebensmittel für Vorarlberg werden wird und ich bin der Meinung, daß es falsch wäre, zu glauben, daß durch die Einfuhr von argentinischem Fleische in Vorarlberg dauernd die Fleischversorgung zu günstigen Preisen geltend gemacht werden könne. Es sind — ich weiß es wohl — andere wieder anderer Anschauung; ich glaube aber, auch diese Meinung sagen zu sollen, weil ich es verkehrt finde, in dieses ganz schwierige und wichtige Kapitel der Fleischversorgung ein Rezept zu empfehlen, das wohl nicht dauernd Hilfe gewährt. Das argentinische Fleisch hat sich bewährt in großen Städten, wo auf verhältnismäßig kleinen Gebieten viel Menschen zusammen wohnen, wo die Metzger einen großen Teil des Fleisches in ihren Läden unterbringen und rasch verkaufen.

Aber in Vorarlberg, wo das Verhältnis anders ist, wo wenige halbwegs größere Betriebe vom Fleischehauergewerbe sind, liegt schon in der landläufigen Betriebsform eine bedeutende Schwierigkeit. Dort wo größere Betriebe bestehen, kann mit raschem Abgange der Waren gerechnet werden; bei kleineren aber nicht. Als weitere Schwierigkeit mag dazu kommen, daß bisher argentinisches Fleisch nur im Winter eingeführt wurde, wo es leicht zu halten war; wir haben ja in Vorarlberg keine Kühlkammern, die argentinisches Fleisch länger frisch erhalten; und wenn es auch bei uns dazukommt, daß das Publikum wie in Wien das Fleisch nicht gefroren, sondern aufgeweicht will, so wird es umso schwerer sein, da das aufgeweichte Fleisch sehr rasch verdirbt. Das, meine Herren, sind einige Schwierigkeiten, die man im Augenblicke erwähnen muß, wo so viele im Lande meinen, daß die Einfuhr von argentinischem Fleische eine dauernde Hilfe in der Fleischversorgung bringe. Es sollen lediglich diese einigen Gedanken gemacht werden, um zu zeigen, daß es doch besser ist, die einzige Lösung der Fleischversorgung nicht im argentinischen Fleische allein zu suchen. So liegt der größte Vorteil für Österreich darin, selbst in dieser Frage Hilfe zu suchen in der Vermehrung des eigenen Viehstandes. Damit denke ich an die Ochsenzucht, welche einmal im Lande war, besonders im Bregenzerwalde,

wo man früher Ochsen als Zugtiere verwendete, auch in unseren Brauereien wurden sie gezüchtet; ich weiß nicht, ob man jetzt unser Bier ganz mit Chemikalien macht und nicht mehr so wie früher, wo man die Abfallprodukte für Viehfütterung frei hatte. Für eine größere Ochsenzucht fehlt bei uns freilich eine wichtige Voraussetzung, nämlich das Getreide. Nicht unbesprochen darf dabei bleiben, die Einfuhr von Fleisch aus dem Balkan. Die Handelsverträge gestatten eine beschränkte Einfuhr nach bestimmten Plätzen. Vorarlberg hat keinen solchen bestimmt erhalten und doch wäre ein solcher wünschenswert.

Eine Frage lautete daher, welcher Platz eignet sich in unserem Lande als Marktstelle für solches Fleisch. Die Antwort lautete, wie zu erwarten war, daß jede Stadt ihren eigenen Heimatsort empfiehlt als Marktstelle. Es ist klar, daß Bregenz für Bregenz, Bludenz für Bludenz, Dornbirn für Dornbirn eingeschritten ist. Diejenigen Orte, die nicht weiter daran interessiert sind, empfehlen Städte mit Kühlanlagen als Marktstelle für serbisches Fleisch. Interessant ist die Antwort der Fleischhauergenossenschaft, die da sagt, daß sich Graz am besten eigne als Marktstelle für solches Fleisch. Sie denken sich weit vom Ziel, sicher vor dem Schusse. Ein anderes Kapitel, ob die Behauptung, daß die Einschleppung von Seuchen durch die Einfuhr ausländischen Schlachtviehes verursacht wurde, begründet sei, ist deswegen aufgeworfen worden, weil unser Land in Bezug auf die Seuche sehr vorsichtig sein muß, da sie dem Lande ungeheueren Schaden zufügt, wie wir gerade zur Zeit leider beobachten müssen und weil doch diese Frage oft ventiliert wird, ob wir durch die Einfuhr von ausländischem Schlachtvieh, ob lebend oder tot, gefährdet sind. Diese Frage hat nun keine befriedigende Lösung gefunden, da die Meinungen einander beinahe gegenüber stehen. Manche glauben, daß wohl eine Seuchengefahr bestehe bei der Einfuhr von ausländischem Schlachtvieh, daß aber durch sanitäre Vorsichtsmaßregeln die Gefahr sehr eingeschränkt werden könnte. Manche glauben, daß die Gefahr nicht so groß sei, als daß damit eine starke Absperrung besonders gegen den Balkan begründet wäre. Bekanntlich haben wir nur mit drei Staaten Handelsverträge, in denen festgelegt ist, daß Lebendvieh ein- und aus Österreich ausgeführt werden kann, d. h. die Schweiz, Deutschland und Italien. Wir haben also Beispiele für die Einfuhr von Lebendvieh nach Österreich. Was dann die Frage anbelangt, ob die Einschleppung von Seuchen

durch die Einfuhr von Schlachtvieh aus dem Balkan möglich ist, wurde im Fragebogen 16 mit „ja“ geantwortet. Der landwirtschaftliche Verein hat in seinem Fragebogen noch ein Gutachten beigelegt von Seite seiner Bezirksorganisationen und von Seite einzelner Fachleute auf dem Gebiete der Landwirtschaft und da lautet die Antwort noch radikaler. Herr Direktor Keinisch, welchen man doch in solchen Fragen als Fachmann gelten lassen muß, bezeichnet sogar die Einfuhr von gefrorenem Fleische als seuchengefährlich. In seinem Gutachten heißt es, daß durch den Gefrierpunkt die Bakterien nicht vernichtet werden, was wohl durch den Siedepunkt der Fall ist, und daß solches Fleisch in gefrorenem Zustande gleiche Gefahr biete, wie frisch eingeführtes Fleisch.

Der landwirtschaftliche Verein mit seiner langjährigen Erfahrung auf dem Gebiete der Seuchengefahr gibt sein Urteil dahin ab, daß diese Seuchengefahr für unser Land bestehe. Der Fragebogen 17 meint, daß diese Behauptung ein „agrarisches Schlagwort“ sei. Ganz interessant ist diesbezüglich folgendes: im Fragebogen 16, wo Herr Theodor Rhombert Obmann des landwirtschaftlichen Vereines die Beantwortung vertritt, — gewiß eine maßgebende Persönlichkeit — und im Fragebogen 17, wo sein Sohn Julius, Obmann des Bundes „Österreichischer Industrieller“, seine Anschauungen vermerkt, lauten die Antworten ganz entgegengesetzt. Es wäre gewiß angenehm und wertvoll, wenn Vater und Sohn in Privatdiskussion miteinander sich einigen würden, damit Industrie und Landwirtschaft in dieser Frage sich einheitlich zusammen finden. Der Stadtrat Bregenz meint, die Behauptung, daß die Seuchen durch Schlachtvieh eingeschleppt würden, mag richtig sein, erwiesen konnte sie nicht werden. Diese Redewendung spricht für die Meinung, daß durch ausländisches Schlachtvieh die Seuche eingeschleppt werden kann.

Im Kapitel „Brot und Gemüse“ lauten die Antworten zu der Frage, ob die Brotpreise den Mehlpreisen entsprechen und welchen Einfluß große Mehlabschläge auf die Brotpreise haben, ganz verschieden. Zu Bezug der Mehlabschläge haben wir in Vorarlberg im letzten Jahre sehr unangenehm erlebt, daß trotz des Fallens der Mehlpreise die Brotpreise nicht heruntergingen. Die Erklärung wurde damit gegeben, daß die Bäcker große Mehlabschläge zu hohen Preisen gemacht hatten und die diesbezüglich gestellte Frage wurde dahin beantwortet, daß man sagte, daß der Einfluß auf große Mehlabschläge keinen oder nur geringen Vorteil biete. Im Fragebogen 21 heißt es: Große Mehlabschläge,

unter denen wohl langfristige zu verstehen sind, haben auf die Brotpreise denselben Einfluß, wie jede spekulative Unternehmung; gestaltet sich der Abschluß günstig, so trachtet der Unternehmer den Vorteil für sich selbst einzuheimsen, schlägt er aber fehl, wird der Schaden nach Möglichkeit auf die Gesamtheit überwält. Dieses ist ein ganz ruhiges, gesundes Urteil, von dem ich glaube, daß es nicht blos bei Mehlabschläffen, sondern auch bei anderen Artikeln öfters vorkommt, stets zu Ungunsten der Konsumenten.

Wir kommen nun zu einer anderen Frage, nämlich ob das Land die eigenen Bedürfnisse an Gemüse decken kann. Das Land könnte, aber es kann nicht. So wie es heute steht, kann es das Bedürfnis nicht decken. Es wäre möglich, es dahin zu bringen, daß es die Bedürfnisse des eigenen Konsumes decken könnte. In diesem Wortspiel „kann“ und „könnte“ liegt ein guter Teil der Lösung der Teuerungfrage. Das Hauptrezept für unser Land liegt darin, daß wir unsere Bevölkerung durch Selbsthilfe, durch den Landtag und andere Körperschaften dazubringen, möglichst viel Produkte im Lande selbst herzustellen. Auf die Frage, welche landwirtschaftlichen Produkte sollen mehr gepflegt werden, wird geantwortet, daß die allgemeine Klage dahin gehe, daß der Gemüsebau stark zurückgegangen sei. Im Zusammenhange damit wird auch der Gartenbau empfohlen, damit es so möglich würde, daß auch der Fabrikarbeiter einen größeren Teil landwirtschaftlicher Produkte ziehen könnte. Dabei wird erwähnt, daß Garten- und Feldfrevel mehr bestraft werden sollten. Ich habe wiederholt in Dornbirn Gelegenheit gehabt, die Klage zu hören, daß viel Garten- und Feldfrevel vorkomme.

Ich habe mit einigen Leuten gesprochen und versucht, anzuregen, daß mehrere miteinander in der Stadt ein Stück Boden bebauen sollten; daselbe könnten auch mehrere Familien machen. Da sagte mir aber die Mehrzahl, daß es durchzuführen wäre, da die Frauen sowieso zu Hause seien; aber man klagte weit herum so sehr über Feldfrevel und Diebstahl, daß Leute, die stets ihr Ackerland gepflegt hatten, sehen mußten, daß der bessere Teil der Produkte in der Nacht weggeführt wurde. Man sollte diesem Gartenfrevel durch bessere Aufsicht und größere Bestrafung entgegenreten.

Zu der Frage, welche Produkte sollten neu eingeführt werden, wird geantwortet, daß Neueinführungen nicht notwendig seien. Das Land habe alle Produkte, die es brauche und brauche keine weiteren; nur die Quantität sei zu gering.

Wir kommen zum nächsten Kapitel betreffend den Feld-, Wiesen- und Obstbau. Was nun hier die Antworten auf die Frage, wodurch könnte der Boden ertragreicher gemacht werden, anbelangt, so wird die Düngung im Großen und Ganzen als zu wenig rationell bezeichnet. Es wird empfohlen, mehr Wert auf reichere Düngung zu verlegen und ferner rationelle Düngemittel, die uns die Gemeinde in reichlichem Maße bietet, mehr auszunützen. Der Fragebogen 16 empfiehlt Wechselwirtschaft auf welche Antwort ich noch später zu sprechen kommen werde. Bezüglich des Rheintales geht die Meinung mehrerer Fragebögen dahin, daß durch Entwässerung viel guter Boden gewonnen werden könne, indem durch den Rheindurchstich das Niveau des Grundwassers 1—2 m sinkt, so daß dadurch die Entwässerung sehr günstige Erfolge bringen würde. Ich will erinnern, daß vor einem halben Jahre ein Herr in St. Gallen über den Rheindurchstich einen Vortrag gehalten hat und dabei der Meinung Ausdruck gegeben, daß es möglich sei, aus dem Schweizer Rheintale eine Kornkammer zu schaffen. Das gleiche gilt wohl auch für das diesseitige Rheintal.

Der Fragebogen 16 meint, wenn wir dies tun wollen, so müsse man sich fragen, wer diesen Boden, der heute noch Streue und Kiesboden ist, bebauen soll; es ist eben mehr Feld herum, als Nachfrage und Arbeitskräfte. Das Ackerland geht immer mehr zurück, es werden Wiesen gemacht, weil eben zu wenig Kräfte vorhanden sind, diesen Boden zu bebauen. Der landwirtschaftliche Verein hat Recht, wenn er zweifelt, ob es gelinge, eine große Zahl von Landwirten zu schaffen und Leute dazu zu gewinnen, die sich besonders dieser Landwirtschaft widmen. Das ist freilich nur möglich, wenn auch die landwirtschaftliche Arbeit entsprechend entlohnt wird, was natürlich eine gewisse Höhe des Preises der Produkte verursacht. Man darf nicht meinen, daß jene Leute, die sich der Landwirtschaft widmen, ihre Produkte, wie Milch, Käse und Butter unter dem Erstellungspreise hergeben und verkaufen können; dann gehen sie lieber zur Industrie.

Was die Frage unter Kapitel „Biehzucht“ anbelangt, „wodurch kann die Produktion von Schlachtvieh im eigenen Lande gehoben werden,“ so wird sie als unmöglich hingestellt, insoweit es sich um Ochsen handelt. Aber es heißt, es könnte vielleicht doch etwas erzielt werden, dadurch daß die Kälber nicht mehr nach 8 oder 14 Tagen geschlachtet werden,

sowohl mit Rücksicht auf die schlechte Qualität als auch Quantität. Da wird nun empfohlen, wenn möglich durch Verbot dahin zu arbeiten, daß Kälber nicht unter 3 bis 4 Wochen geschlachtet werden dürfen, wodurch schon das einzelne Tier mehr Fleisch auf den Markt bringt. Es sollten auch keine Kälber ausgeführt werden dürfen. In Betreff anderer Zweige wird auch die Schweinezucht erwähnt, die bereits schon bedeutende Fortschritte gemacht habe und die man noch mehr ausdehnen solle. Mehrere Fragebogen erwähnten auch die Ziegen, die im deutschen Sprichwort die Kuh des Armen genannt wird. Bei uns ist in den letzten Jahren die Ziege zurückgedrängt worden und es ist tatsächlich auch die Aufgabe des Landtages und anderer Körperschaften zu sorgen, daß die Zucht der Ziege mehr gepflegt wird. Dann empfiehlt man auch die Kaninchenzucht. Durch Reklame hat man versucht, diese einzuführen, weiter aber ist man nicht gekommen, während Frankreich eine große Menge derselben braucht, sodaß es zur Volksnahrung geworden ist. Die Handels- und Gewerbekammer empfiehlt Seefische; es ist schade, daß die Einführung von Seefischen nicht gelingen ist. Ich zweifle sehr, ob es durch größere Reklame möglich sein wird, diese Kost populär zu machen. Mehr Erfolg wäre zu erwarten von der gesteigerten Hühnerzucht, wo gewiß mehr produziert werden könnte.

Was die Frage betreffend die Hebung der Milchprodukte anbelangt, so ist man verschiedener Meinung; die einen legen Wert auf die Notwendigkeit einer Abänderung des Prämierungssystems, das bekanntlich nur auf Zuchttiere sieht; sie meinen, man sollte auch solche Tiere prämiieren, welche in Bezug auf die Milch sehr leistungsfähig sind. Dann empfiehlt man auch bessere Wiesenpflege, damit dadurch mehr Tiere gewintert werden können. Dann soll man nach dem Rezept der Handelskammer die Kühe besser füttern; damit ist auch viel nachgeholfen, natürlich, wenn man genug Futter hat. Es wird auch hingewiesen auf das Ausfuhrverbot für einheimische Futterprodukte und Niedstreue. Ich möchte bemerken, daß wiederholt der Gedanke vorkommt, diese und andere Artikel sollte man verbieten auszuführen; gewiß würde ein betreffendes Rezept gut wirken; man denke nur, das gleiche Rezept kommt im Auslande auch zur Anwendung zu unserem Schaden. Wir müssen suchen, die eigenen Produkte im Lande möglichst selbst zu ziehen; das klingt als Refrain aus allen Kapiteln.

Dann kommt die Frage, wie die landwirtschaftlichen Kenntnisse im Volke mehr verbreitet werden. Da werden von mehreren die landwirtschaftlichen Winter- schulen mit Kursen empfohlen. Ich bin auch der Meinung, daß das Land einmal an diese Frage herantreten muß, aber nicht durch Erstellung eines großen, feinen Betriebes, sondern mit der Absicht, möglichst kleine Betriebe zu schaffen, wo die Leute praktische Arbeit lernen können, lernen, wie sie es im eigenen kleinen landwirtschaftlichen Betriebe machen sollen.

Bei der nächsten Frage betreffend den Verkauf von Schlachtvieh und landwirtschaftlicher Produkte außer Landes, die in gleicher Gattung eingeführt werden, lautet die Antwort, daß die guten Produkte, wie Butter, Käse u. s. w. verkauft und schlechtere eingeführt werden, wie z. B. für die gute Butter das Margarine. Was der Fremdenverkehr schreibt, ist gewiß wahr, daß es nämlich den Gastgewerbetreibenden nicht möglich ist in unseren Alpenländern, den Gästen frische, gute Butter zu geben, da eben die gute Butter ins Ausland wandert und mit dem Margarine kann man nicht aufwarten. Der Fragebogen 22 des Staatsbeamtenklub sagt und betont die Tatsache, daß es wirklich so liege, daß der gute Käse fortwandere und der nicht gut geratene im Lande bleibe und zum vollen Preise verkauft werde. Es sind dies Erscheinungen, zu deren Behebung es geeignet wäre, daß man unsere Kreise dazu bringen würde, für die einheimischen Produkte der Milchwirtschaft, die durch keine anderen übertroffen werden, den gleichen Preis zu geben, wie sie das Ausland zahlt, um für einen gesicherten Absatz im Lande zu sorgen, sonst ist unser Bauer gezwungen, mit dem sicheren Abnehmer von auswärts abzuschließen. Es ist ausgeschlossen, daß einzelne Gastwirte einem größeren Bauer oder einer Sennerei im Bregenzerwald alle Butter abnehmen können; hier würde eine Organisation notwendig sein, um diesen Übelständen der Gastwirte abzuhelpen, wodurch sie für eine größere Abnahme garantieren können.

Dann kommt das Kapitel „Hausindustrie und Landwirtschaft“. Bekanntlich hat ein Teil der Sticker sehr schlechte Zeiten durchzumachen, da wäre ohne Ausnahme das allgemein richtige Rezept, diese Hausindustrie mit landwirtschaftlichen Kleinbetrieben zu verbinden, was der Hauptsache nach auch geschehen ist. „Welche Formen der Hausindustrie verdienen eine besondere Pflege, als Nebenerwerb für unsere

landwirtschaftlichen Betriebe?" Auf diese Frage wurde geantwortet: Die Kettenstickerei, die feine Handstickerei und die Nachstickerei. Dann wird auf eine Abnormalität des Geschäftsverkehrs hingewiesen, daß zum Beispiel die Feldmühle in Korschach ganze Wagen von Stickereien nach Hittisau zum Nachsticken hinschickt, während die Borsarlberger Sticker Ware nicht nachgestickt an die Schweiz abliefern und dann für das Nachsticken viel höhere Löhne bezahlen müssen, als wie ihn die Nachstickerinnen des Waldes erhalten. Das sind Mängel an Organisation, die aber behoben werden können.

Eine andere Frage, welche im Landtage vor Jahresfrist ventiliert wurde, ist, ob es möglich wäre, die Lebensmittelpreise durch Gemeindevertretungen oder durch das Land festzustellen. Wir haben damals erwogen, ob der § 51 der Gewerbeordnung zur Feststellung der Lebensmittelpreise genüge oder nicht und ob eine Reform dieses Paragraphen wünschenswert wäre. Die Frage ist ganz merkwürdig beantwortet worden, die Ansichten sind fast geteilt. Die einen sind der Meinung, die Lebensmittelpreise lassen sich in bestimmten Fällen festsetzen, während ein anderer Teil der Fragebogen sagt, daß es nicht durchführbar sei. Andere betrachten diese Frage als heute noch offen. In Bezug auf das Brot hat man im Lande lange durch Gemeinden Preise bestimmt und ähnlich beim Fleische, aber einige ernste Stimmen sagten, es gehe meistens auf Rechnung der Qualität. Es läßt sich bei Lebensmitteln mit vielen Qualitätsfachen nicht so leicht der Preis feststellen. Die Qualitäten wechseln sehr stark und bei verschiedenen Artikeln wäre es direkt unmöglich und undurchführbar. So wäre bei Wein und Branntwein, wo beinahe jedes Faß anders ist, die Feststellung der Preise ausgeschlossen. Bei Branntwein nimmt man, wenn er nur soviel kosten darf, mehr billigen Spiritus oder Wasser. Spiritus ist ja leicht zu mischen und man kann doch nicht jeden Budel messen, wieviel Alkohol er enthält. Ich bin zwar der Meinung, daß es mit dem Branntwein nicht so heikel ist; es ist gleichgültig, wenn er sehr hoch im Preise hinaufgeht, es ist ein Glück für jedes Land, weil es dann weniger trinkt; ich zähle den Branntwein nicht zu den notwendigen Lebensmitteln. Einzelne geben die Antwort, manchmal sei es möglich, wie bei Brot und Fleisch, andere wieder glauben auch das nicht. Gerade bezüglich des Fleisches aber gibt es tatsächlich starke Qualitätsunterschiede, besonders in Bezug auf Ochsenfleisch.

Wir können nicht unterscheiden zwischen tirolischen, steierischen oder ungarischen Ochsen oder gar Büffel und deshalb variieren auch die Preise. Ein anderer Fragebogen, und zwar der der deutschfreihellen Partei, hat die Meinung, daß die Gemeinden selbst preismäßigende Konkurrenzunternehmen schaffen sollten. (Dho-Rufe.) Diese Arznei dürfte nicht richtig sein. Ich bin schon auch der Meinung, daß die Gemeinden und der Staat nur dann in solchen Belangen etwas machen können, wenn wir Monopole haben. Sobald es sich nicht um Monopole handelt, ist der amtliche Betrieb zu teuer und zu schwerfällig, und wenn man an Konkurrenzunternehmen denkt, müssen diese von Seite der Konsumenten geschaffen werden. Zu glauben, daß Konkurrenzunternehmen der Gemeinden auf dem Gebiete der einzelnen Lebensmittel gedeihen und nützen, — wohlgerne, ich denke nicht daran, daß einzelne Gemeinden heute große Mengen von Kartoffel und Kohlen einkaufen und dann zum Selbstkostenpreise wieder hergeben sollen, wohl aber daß sie einen Detailladen für Lebensmittel schaffen — ist eine nicht durchführbare Lösung; da muß die Selbsthilfe eingreifen.

Es folgt das Kapitel der Ernährung. Es ist zum ersten Male in dieser Art in Diskurs gestellt und die Antworten sind so interessant, daß ich glaube, das Kapitel sollte von der öffentlichen Besprechung nicht so bald verschwinden; es ist eine Frage, die speziell unsere Lehrerkreise interessieren könnte und sollte, und ich halte dafür, daß auf diesem Gebiete manches verbessert werden sollte. Es ist allgemein die Meinung verbreitet, daß die Volksernährung nicht zweckmäßig ist, daß das Volk früher eine gesündere und zweckmäßigere Kost genossen hat.

Sehr viele Meinungen löste die Frage aus, „warum sind die Lebensmittel in Borsarlberg höher, als sie durch die Frachtsätze bedingt sind.“ Die einen sagen, es ist nicht wahr, daß sie höher sind, die andern nennen den Fremdenverkehr der Nachbarländer, die Nähe der Schweiz, andere klagen über die Kaufleute, sie seien zu eigennützig, Borsarlberg habe höhere Löhne als das übrige Österreich und der Lebensunterhalt werde reguliert durch die Löhne. Wir haben zu viele „Läden“, die infolge des kleinen Umsatzes teurer arbeiten. Der landwirtschaftliche Verein sagte, Borsarlberg braucht im allgemeinen eine bessere Lebenshaltung. Es mag manches daran sein, daß der Borsarlberger eine bessere Lebenshaltung will und benötigt und daß er verfeinerter ist als in manchen anderen Ländern wie Niederösterreich, Krain und Steiermark.

Die sozialdemokratische Partei in Dornbirn nennt die große Geduld des Volkes, die volkswirtschaftlich falsche Erziehung desselben.

Das glaube ich, unbedingt ablehnen zu müssen, daß unser Vorarlberger Volk volkswirtschaftlich falsch erzogen sei. Ich würde es nicht für richtig finden, diesen Vorwurf unbeantwortet zu lassen. Unser Vorarlberger Volk gilt in allen Kreisen, die dasselbe kennen gelernt haben, als ein Volk, das in volkswirtschaftlicher Beziehung eine sehr gesunde Richtung hat, als eines der fleißigsten und strebsamsten, das die alten Formen aufgegeben und die neuen, die volkswirtschaftlich gut sind, aufgegriffen hat und im allgemeinen darf man behaupten, daß Vorarlberg — ich weiß nicht, ob die Verfasser dieses Fragebogens überlegt haben, was alles in dieses „volkswirtschaftlich“ hineingehört (Ach, keine Spur!) — sicher, was die volkswirtschaftliche Seite desselben anbelangt, fast das erste in Österreich genannt und in Bezug auf den volkswirtschaftlichen Charakter und seine ganze volkswirtschaftliche Auffassung ruhig an die besten Gegenden Deutschlands und der Schweiz hingestellt werden kann. Daß einzelne äußere Erscheinungen schwächer geworden sind, gebe ich zu; ich schreibe sie aber zum größten Teile dem Umstande zu, daß Vorarlberg in den letzten Jahrzehnten so starken Zufluß von außen hat, daß es nicht imstande ist, diesen ganz zu absorbieren und ganz dem Volke, der eigenen Heimat einzuverleiben. Ich getraue mir zu behaupten, daß im Vergleich zu andern Ländern gesagt werden kann, daß das Vorarlberger Volk der Teuerung gegenüber eine stärkere Widerstandskraft hat als andere. Und seine volkswirtschaftliche Stellung gerade hat es der Teuerung gegenüber widerstandsfähiger gemacht. Ich glaube, daß es hier bei diesem Kapitel schlecht angebracht war, Vorwürfe zu erheben, daß unser Volk volkswirtschaftlich falsch erzogen sei, am wenigsten von Seite solcher, welche erst wenige Jahre mit diesem bekannt sind.

Wir kommen nun zum Kapitel des Alkohols. Was an Alkohol bei uns in Vorarlberg vertilgt wird, sind entsetzliche Ziffern. Ziffern, die einen jeden, der überhaupt sich mit unseren volkswirtschaftlichen Fragen abgibt, sehr interessieren und in jedem den festen Entschluß aufbringen müssen, darauf hinzuwirken, daß diese Ziffern vermindert werden. Wenn man bedenkt, was für Summen Bier, Wein und ganz besonders Branntwein vertilgt werden — und diese Ziffern sind nicht übertrieben, — und wenn Sie ausrechnen, wieviel es auf einen einzigen Kopf Branntwein trifft, sehen

Sie, daß die Zahlen traurige sind. Ich will es nicht ausrechnen, damit diese betrübende Ziffer nicht im Protokoll des Landtages niedergelegt ist, aber ich empfehle es jedem, der sich dafür interessiert, einmal auszurechnen, wieviel auf jeden Kopf jährlich Auslagen zur Deckung des Alkohols kommen. Ich empfehle bei dieser Angelegenheit unsere Antialkohol-Bewegung; ich bin kein Abstinenzist und empfehle nicht eine Abstinenzbewegung, aber ich stimme für jene Kreise, welche für Mäßigkeit eintreten und diese verdienen gewiß die Unterstützung des Landtages und anderer Kreise.

Nun kommt noch am Schluß eine Frage, die gewiß manchem merkwürdig erscheint nämlich „Welche Schäden werden durch die gesteigerten Sennereibetriebe in hygienischer Hinsicht verursacht.“ Als die Sennereibetriebe eingeführt wurden und man über den Erfolg überall erbaut war, brachte dies für die Bauern eine bessere Verwertung der Milch. Die Milchprodukte wurden besser, was sehr zu begrüßen war. Es zeigte sich aber mit der Zeit die Erscheinung, daß die Bauern in manchen Gegenden zu viel Milch in die Sennerei bringen, so daß in der Familie und Küche Mangel an Milch ist, und so kommt es, daß in Gegenden, wo das Volk die Hauptnahrungsprodukte aus der Milch erzeugt, die Familien selbst zu wenig Milch haben. Aufklärung wäre da gewiß notwendig.

„Zollwesen“. Dieses Kapitel gehört zu denjenigen, die am leichtesten zu Agitationszwecken verwendet werden. Man verlangt ohne viel Nachdenken die Herabsetzung der Zölle. Nun worin liegt das Wesen dieser Frage, soweit sie das Volk angeht. Das Wesen dieser Frage liegt darin, daß bei Zoll- und Handelsverträgen nicht einzelne berücksichtigt werden können, sondern daß dies eine Resultante ist, eine Linie, welche aus verschiedenen Kräften, die im volkswirtschaftlichen Leben wirksam sind, zusammengesetzt, sich ergibt; das sind die Zoll- und Handelsverträge. Nun ist es oft sehr schwer, diese Linie so genau zu ziehen, daß man sagen muß, es ist bis ins kleinste Detail allen einzelnen Faktoren Rechnung getragen. Dabei wird es sich zeigen, daß sich die Linie wie in der Mathematik nach der Seite mehr neigt, welche mehr Kräfte entwickelt. Nun hat Vorarlberg zwei interessierte Gruppen: auf der einen Seite die Großindustrie, auf der anderen Seite die Landwirtschaft mit einer großen Menge von Konsumenten, die zum Teile zusammen gehören. Unsere Landwirtschaft verträgt — darüber müssen wir uns klar sein — gewiß eine Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle. Wir dürfen nicht

glauben, daß unsere Reichsratsabgeordneten Fink, Thurnher und Loser, welche bei den Zollverhandlungen im Jahre 1906 dabei waren, die Meinung vertraten, es müsse durch Schutzzölle das Vorarlberger Getreide geschützt werden. Soviel wußten sie ungefähr von der Heimat, daß Vorarlberg kein Getreide hat, sondern daß es eine Menge Getreide einführen muß, das ohne Zölle billiger zu beziehen wäre. Das wissen die Herren selbst, daß man billigere Produkte lieber hat als teurere, das ist doch selbstverständlich.

Meine Herren, auf der andern Seite stand die Industrie, welche direkt darauf angewiesen ist, daß sie durch einen Zoll geschützt wird. Wenn das die Herren nicht glauben wollten, will ich Beispiele bringen aus dem Berichte. Es sagt hier der landwirtschaftliche Verein unter 16, daß eine Reform der Zölle anzustreben sei. Es wird notwendig sein, daß die Lebensmittel eine außerordentliche Zollbehandlung erfahren; es wird sich schon zeigen, daß Österreich und Ungarn den allgemeinen Zoll aufgeben müssen. Es werden Deutschland und andere Staaten uns sehr dankbar sein und es wären keine Schwierigkeiten vorhanden, aber wir dürfen nicht vergessen, wenn wir für Lebensmittel Zölle einheben wollen, muß auch Ungarn die Zustimmung geben. Wer im öffentlichen Leben des Volkes mitsprechen will, muß davon Kenntnis nehmen, daß Ungarn ein reines Agrar-Land ist, daß man die Industrieerzeugnisse einführt und daß es eigentlich nur Vieh und Getreide hat und an beiden Artikeln so fest hält und selbstverständlich auch an den Zöllen der Artikel, daß Österreich, solange es mit Ungarn im Verband ist, an den Zöllen nicht einseitig rütteln kann. Wenn wir nur ein klein wenig mit den Zöllen herunter wollen, muß das teuer erkaufte werden. Wir sehen dies auch beim argentinischen Fleisch, wo Ungarn jede Einfuhr teuer sich erkaufen läßt, freiwillig aber nichts hergibt. Da können sie auf Ungarn nicht böse sein mit seiner einseitigen Produktion, da es keine Industrie hat. Nach den heutigen auf der ganzen Welt geltenden landwirtschaftlichen Grundsätzen ist Ungarn beinahe gezwungen, daß es beide Artikel im eigenen Lande womöglichst zu schützen sucht. Nun stehen wir vor der Frage, gibt es Ungarn zu oder nicht; wenn Ungarn es nicht zugibt, müssen wir warten bis zum Jahre 1917. Dann wird Vorarlberg erklären, es will in Bezug auf Lebensmittel frei sein und frei werden wir nur, wenn das Verhältnis mit Ungarn gelöst ist. Das müssen aber auch alle Kreise wissen, daß Ungarn im

Jahre 1917 keine Herabsetzung der Getreidezölle gestattet. Wenn die Industriezölle herabgesetzt werden, wird auch Ungarn herunter gehen. Wenn diese Herabsetzung aber nicht gelingt, wird es eine Verbindung suchen mit dem Ausland. Wer die Forderungen Ungarns verfolgt, muß sehen, daß sie darauf ausgehen, die Industrie in Ungarn möglichst unabhängig und selbständig zu machen. Ich bitte Sie, das immer vor Augen zu halten. Eine andere Frage ist die, wird Ungarn wollen, daß die andern Hochschutzzölle heruntergesetzt werden wie für Eisen, Maschinen, Kohlen und Zucker. Meine Herren, wenn wir anfangen, an diesem System zu rütteln, ich bin auch einer, der daran rütteln würde, aber ich sage, es ist unmöglich, nur teilweise die Zölle herabzusetzen, sondern es müssen alle gleichmäßig herunter, weil alle das Leben verteuern. Wie weit man heruntergehen soll, das ist eine Frage, woran Vorarlberg ganz besonders interessiert ist, weil es ein starkes Industrieland ist. Eine weitere Frage, die von kommt, ist die, inwieweit die Vorarlberger Industrie im Stande ist, den Verzicht auf die heutigen Zölle zu tragen zu können. Ich beantworte diese Frage nicht, ich glaube aber, daß es allen jenen Kreisen, welche sich mit dieser Frage befassen, klar sein muß, ob die Vorarlberger Industrie eine Herabsetzung aller Zölle auf 50% z. B. verträgt. Ich sage, die Vorarlberger Industrie verträgt das noch nicht. Dann auf der andern Seite müssen wir, um diese Industriezölle zu erhalten, etwas an Lebensmittelzöllen übernehmen; die zwei lassen sich nicht trennen. Und nun hören wir, was Fachleute sagen. Die erste Frage lautet: Ist eine Reform der Zölle anzustreben?

Meine Herren! Drei Vertreter der Vorarlberger Industrie sagen, wenn heute, so wie es liegt, die Industriestaaten niedrigere Zölle schaffen, so heißt das, die Preise für Lebensmittel werden nicht billiger, wohl aber leidet die Industrie darunter, weil sie eine größere Konkurrenz nicht aushält. Sagen sie das den Leuten im Volke, daß diese Frage der Brennpunkt ist in den Zoll- und Handelsverträgen. Wir fragen nun, was für Vorarlberg das Beste und Richtige ist.

Wir werden die Lebensmittelzölle herunterbringen, wenn wir auf die Industriezölle verzichten. Wie die Herren wissen, haben wir mit Deutschland Meistbegünstigungsverträge und wir können solche mit andern Staaten nicht schließen und können auch mit den Zöllen nicht weiter heruntergehen, als wir mit Deutschland herunter gingen. So greifen die Fragen

ineinander ein. Wenn die Vorarlberger Industrie eine 50%ige Herabsetzung verträgt, ist es recht, wenn nicht, ist es zweifelhaft, ob die Verträge mit der deutschen Industrie gelingen, dann müssen wir überlegen, ob wir nicht doch lieber sollen mehr Zölle auf Lebensmittel zu Gunsten der Industrie übernehmen als bei kleineren Zöllen für Lebensmittel unsere Industrie einer Gefahr aussetzen.

Ganz richtig urteilt die Handelsgenossenschaft Feldkirch, mit der ich grundsätzlich einverstanden bin. Sie sagt: „Gleiches Recht für alle, die hohen landwirtschaftlichen Zölle sind ebenso verwerflich, wie die hohen Industriezölle“. Wir haben als christlichsoziale Partei wiederholt den Standpunkt vertreten, daß die Hochschutzzölle auf Schutzzölle herabgesetzt und alle übrigen Zölle ermäßigt werden sollen. Der landwirtschaftliche Verein gibt eine charakteristische Antwort: „Wie die Verhältnisse liegen, wird die Landwirtschaft Vorarlbergs durch die Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle gewiß keinen Schaden erfahren, die Industrie aber braucht notwendig den Schutz.“ Es ist eine bekannte Geschichte, daß die industriellen Produkte industrielle Schutzzölle brauchen. Sehen Sie, meine Herren, da haben Sie den Kiesel, der in Österreich deshalb ein Kiesel ist, weil wir weder das eine noch das andere nach Belieben machen können und da augenblicklich die Frage im Landtag beschlossen wird und das Resultat dieser Verhandlung hinaus ins Volk kommt, so richte ich den Appell an alle, die es angeht, sie sollen suchen, das Volk in der Beurteilung der Teuerung der Zoll- und Handelsfragen, die so kompliziert sind, aufzuklären. Bei uns in Österreich soll man das Volk mehr als in andern Ländern suchen, zu einem ruhigen und klaren Urteil zu bringen, weil zu fürchten ist, daß bei kommenden Zoll- und Handelsverträgen Schwierigkeiten auftreten werden, die unter Umständen zu Beschlüssen führen könnten, die wir später bedauern würden. In einer so heiklen Frage ist es notwendig, daß unsere Vertreter für ihre Haltung möglichst klare Richtlinien bekommen und das Volk darüber aufklären, das nicht imstande ist, die Herabsetzung der Hochschutzzölle und das Ausmaß dieser Ermäßigung, welches bei der heutigen Konkurrenz Schwierigkeit bietet, zu beurteilen. Es genügt nicht nur zu sagen, wir verlangen die Abschaffung der Getreidezölle und aller Lebensmittelzölle, das ist etwas, was nach meiner Meinung die Urteile nur verwickeln muß und zwar derjenigen, die später die Aufgabe haben, klar und deutlich zu sagen, was

will und was braucht Vorarlberg. Da bieten sich Schwierigkeiten, die unter Umständen, wenn wir vor dieser Frage stehen, nicht leicht zu überwinden sind. Jedenfalls hat der Landtag gesucht, diese Aufgabe womöglichst zu erfüllen. Man war bisher im großen und ganzen einig darüber; erst seit einem Jahr fingen Differenzen an und die, welche die Geister gerufen, mögen sehen, daß sie über die Geister nicht die Macht verlieren. Das eine soll man bedenken, daß die Vertreter der christlichsozialen Partei im Reichsrate ganz ruhig gegen alle landwirtschaftlichen und Industriezölle sein könnten, wenn sie durch die Haltung und Äußerungen der Parteien im Lande und durch die Politik derselben gezwungen wären, zu sagen, wir wünschen die Aufhebung aller landwirtschaftlichen- und Industriezölle.

Nun, meine Herren, schreite ich zum Schluß. Der Teuerungsausschuß hat in seinem Berichte Anträge vorgelegt, welche er augenblicklich für zweckmäßig findet. Ich habe gleich anfangs bemerkt, wir haben abgesehen von Anträgen, die nur kleine Rezepte sind. Wir haben mit den ersten zwei Anträgen beabsichtigt, das Grundübel zu packen, das ist der Wucher der Kartelle und der Blankoterminalhandel an der Budapester Börse. Das sind die beiden Grundübel. Der dritte Antrag betrifft eine akute Frage, die augenblicklich als eine offene gilt und in den nächsten Tagen entschieden werden muß. Wir betrachten es als Aufgabe des Landtages, in dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, nämlich betreffend die Frage des argentinischen Fleisches und des serbischen Kontingentes. Der Landtag hat bekanntlich auch im vorigen Jahre die Einfuhr argentinischen Fleisches verlangt und auch die Einfuhr französischer Ochsen. Sie wurden bewilligt und als sie da waren, hieß es, daß dieses Ochsenfleisch nicht billiger sei als das andere.

Im Punkt 4 stellt der Teuerungsausschuß dem Landtag den Antrag, es möge der Landesausschuß beauftragt werden, diese verschiedenen Gedanken und Anregungen, welche im Berichte niedergelegt sind, in Arbeit zu nehmen, nicht alles auf einmal, sondern einzeln und die Vorarbeiten dafür durchzuführen und in der nächsten Tagung, die vielleicht schon im Dezember ist, dem Landtage geeignete Anträge zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen. Die Hauptsache ist die Hebung der produktiven Leistung im eigenen Lande; das ist das beste und natürlichste Arzneimittel von allen, die es gibt.

Mit diesen Begründungen empfehle ich dem hohen Hause die Annahme der Anträge des Steuerungs-ausschusses. (Andauernde Bravorufe.)

Landeshauptmann: Ich bitte die Anträge zur Verlesung zu bringen.

Dr. Drexel: (Liest die Anträge aus Beilage 26.)

Landeshauptmann: Ich eröffne über den Bericht des Steuerungs-ausschusses und über die von ihm gestellten Anträge die Debatte. Herr Abgeordneter Rüschi hat das Wort.

Rüschi: Hohes Haus! Gestatten Sie mir, daß ich noch kurz der Apostrophierung erwähne, welche der Herr Berichterstatter bezüglich der letzten Wahl gemacht hat. Ich kann für meine Person diesbezüglich nur den Standpunkt einnehmen, den ich schon in der letzten Session eingenommen und auseinandergesetzt habe. Ich war nicht beteiligt daran und kann daher auch nicht verantwortlich gemacht werden. Im übrigen will ich noch einmal wiederholen, daß ich glaube, daß sämtliche Parteien bei dieser Gelegenheit anfangen, scharf zu schießen und daß es wahrscheinlich bei jeder Partei möglich wäre, Behauptungen, die sie aufgestellt hat, zu widerlegen. (Zwischenrufe: „So gemeine nicht, so erlogene nicht!“)

Ich kann mich in diese Angelegenheit nicht einlassen und glaube, es ist nicht notwendig, daß dieselbe bei der Steuerungsdebatte weiter auseinandergesetzt werde und ich halte es für viel wichtiger, wenn man auf diese zu sprechen kommt, die hier zur Behandlung vorliegt.

Im großen und ganzen habe ich dem sehr ausführlichen Berichte des volkswirtschaftlichen Ausschusses nichts beizufügen. Es ist im großen und ganzen vollständig zutreffend. Nur auf eines möchte ich aufmerksam machen, was vielleicht auffallend ist oder vielleicht vom Herrn Dr. Drexel vergessen wurde. Es ist in erster Linie auffallend, daß von sämtlichen großen Gemeinden Vorarlbergs nur Bregenz und Dornbirn sich in dieser wichtigen Frage geäußert haben. Und wirklich auffallend ist es auch, daß neben zwei großen Gemeinden und drei kleinern sich keine bemüht gefunden hat, diese wichtige Frage zu behandeln und ihre entsprechenden Meinungen dem Landesauschusse, beziehungsweise dem Steuerungs-ausschusse zum Ausdruck zu bringen.

Auch eine mir sehr auffallende Erscheinung in diesem Berichte, beziehungsweise in den eingelangten Fragebogen, ist die, daß kein einziger derselben das genossenschaftliche Prinzip erwähnt, welches jedenfalls in erster Linie geeignet wäre, die eigene Produktion zu heben wie die Erfahrung am besten bewiesen hat. (Zwischenruf des Berichterstatters: „Sie sind schon auch drinnen.“) Sie sind schon drinnen, aber nicht in den richtigen Punkten, sondern da und dort zerstreut. Ich meine, sie sind nicht bei den richtigen Fragen angezogen worden. Dieses Genossenschaftsprinzip ist wesentlich dazu berufen, um der Steuerung in der Zukunft erfolgreich Widerstand entgegenzusetzen zu können, nämlich das genossenschaftliche Prinzip sowohl im Einkauf als im Verkauf und der Produktion selbst.

Was die aus diesem Elaborate resultierenden Anträge des Steuerungs-ausschusses anbelangt, werde ich allen zustimmen.

Ich glaube, daß der Antrag 3 bezüglich Einfuhr von argentinischem Fleische am leichtesten durchführbar wäre, weil es dazu nur eine Verfügung der österreichischen Regierung bedürfen würde. Ebenso was in Punkt 2 erwähnt ist, die Aufhebung des Blanko-Termin-Handels an der Budapester Börse, ohne daß gesetzliche Maßnahmen getroffen werden müßten, nachdem ja die Zusage der ungarischen Regierung schon da ist.

Eine schwierigere Sache wird die sein, meine Herren, den Antrag bezüglich der Kartell- und Wucher-gesetze rasch zur Durchführung bringen zu können, denn da braucht es eine außerordentlich gründliche Beratung. Es ist ganz klar, daß ungerechte Kartelle und Wucher bekämpft werden müssen mit aller Macht, die man dazu anwenden kann.

Nur, meine Herren, wird es schwer sein, Kartell- und Wuchergesetze gerecht zu machen, denn ohne Kartelle ist heute eine Industrie kaum möglich und haltbar und die Regierung selbst hat sich in letzter Zeit genötigt gesehen, eine Industrie, nämlich die Petroleum-industrie, zu kartellieren, um sie aus ihrer Notlage zu befreien. Es wird das sehr schwer sein und wird eine außerordentlich gründliche Beratung bedürfen, die Grenzen festzusetzen, wo der Wucher beginnt und wo das rechtmäßige Kartell endet. Als einen wichtigen Punkt der Anträge, betrachte ich den Punkt 4, denn durch diesen dokumentiert der Landtag sein eifriges Bestreben, beziehungsweise seinen guten Willen, der Steuerung aus eigener Initiative, beziehungsweise im eigenen Wirkungsbereiche möglichst begegnen zu wollen.

Es wird Sache des Landesausschusses sein, diese Angelegenheit in weitere Beratung zu ziehen und alles dasjenige, was hier verarbeitet worden ist, einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und diesbezügliche Vorschläge in der nächsten Session des Landtages vorzulegen, beziehungsweise dem gewählten Teuerungsausschusse zur weiteren Beratung und Berichterstattung vorzulegen.

Ferner möchte ich noch kurz auf die Andeutungen des Herrn Berichterstatters zurückkommen wegen der Zölle und der Stellung der Industrie in dieser Angelegenheit. Meine Herren, Sie wissen, daß es von Seite der Handels- und Gewerbekammer und von Seite der Industrie immer als eine absolute Notwendigkeit bezeichnet wurde, den Ausgleich mit Ungarn zustande zu bringen. Sollte er nicht mehr zustande kommen, so würde ein großer Teil der Industrie den Boden ihrer Bestandsfähigkeit verlieren und im ganzen Lande ungeheuer reduziert werden. Ich bin selbstverständlich der Anschauung, daß die Industrie nicht zu ihrem einseitigen Vorteile die Sache ausnützen wird und auch nicht kann. Im Gegenteil, die Industrie wird bestrebt sein und hat derartige Bestrebungen schon gehabt, soweit zu kommen, daß man in absehbarer Zeit eine Trennung von Ungarn ertragen könne. Aber ob diese Situation soweit gebiehet ist, daß man sagen könnte, bis zum Jahre 1917 wird man mit diesem Faktor rechnen können, glaube ich nicht. Darüber werden die einzuleitenden Zoll- und Handelsvertragsverhandlungen ein ziemlich klares Bild zu schaffen haben, wie weit man in dieser Sache kommt. Es hätte keinen Zweck, meine Herren, sich in weitere Einzelheiten einzulassen. Es wäre noch verschiedenes zu erwähnen, aber ich glaube, daß gerade diese Details nicht für das Plenum, sondern zur Vorberatung und weiteren Durchberatung für den Teuerungsausschuß bestimmt sind und dort sollen alle Details behandelt werden, um wirklich detaillierte Anträge für die künftige Session des Landtages vorzubereiten und dasjenige vorzulegen, was zur wirklichen Bekämpfung der Teuerung zu tun möglich ist. Ich selbst werde allen vier Anträgen zustimmen.

Landeshauptmann: Das Wort wünscht der Herr Abgeordnete Josef Fink; ich erteile es ihm.

Josef Fink: Hohes Haus! Nach den langen und zutreffenden Ausführungen des Herrn Berichterstatters und auch nach den Ausführungen des

Vertreters der Handels- und Gewerbekammer, des Herrn Abgeordneten Rüsck, will ich suchen, möglichst kurz in dieser Angelegenheit zu sprechen. Ich möchte vor allem einige Vorgänge in das Gedächtnis zurückrufen.

Im Jahre 1867 brachte uns der damalige Minister Graf Beust den Dualismus, und mit ihm die Aufgabe, von 10 zu 10 Jahren den wirtschaftlichen Ausgleich mit Ungarn zu machen.

1897 sollte nun wieder ein solcher Ausgleich mit Ungarn gemacht werden, kam aber durch volle 10 Jahre nicht zustande, weil damals die Obstruktion jede Reichsratsarbeit hinderte. Man behalf sich mit kaiserlichen Verordnungen und mit Regierungsmaßnahmen. Erst im Jahre 1907 kam der sogenannte autonome Zolltarif und der Ausgleich zustande, nachdem seit dem Jahre 1906 Verhandlungen vorausgegangen waren und auf Grund desselben wurden zahlreiche Handelsverträge mit anderen Staaten geschlossen. Für das Parlament hieß es nun, den ganzen Zolltarif und den ganzen Ausgleich annehmen, oder ganz ablehnen. Einzelne Änderungen sind keine zulässig bei solchen Verträgen. Dadurch erklärt es sich, daß die Abgeordneten Punkte des Zollvertrages mit in Kauf nehmen mußten, für die sie einzeln ganz und gar nicht gestimmt hätten, z. B. Zölle für Lebensmittel oder Eisen. Die beiden Regierungen hatten in der bekannten Sylvesternacht 1906 sich über den autonomen Zolltarif geeinigt und die beiderseitigen Parlamente in Wien und Budapest konnten, wie gesagt, den Zolltarif entweder annehmen oder verwerfen, aber nichts daran ändern.

Wir Vorarlberger Abgeordnete wurden fast einstimmig vor den Wahlen des Jahres 1907 aufgefordert, denselben anzunehmen. So z. B. im Landtag durch einen einstimmigen Beschluß, durch die Handels- und Gewerbekammer, durch verschiedene Groß-Industrielle zc.

Diese Herren aus der Großindustrie sagten uns damals, daß unsere Industrie ohne Ausgleich an Boden verlieren würde, denn über die Hälfte des Absatzes unserer Vorarlberger Industrie gehe nach Ungarn. Wenn man nun heute so sehr gegen die Zölle wettet und dieselben den Christlichsozialen zuschieben will, so muß ich konstatieren, daß wir Christlichsoziale damals nur 25 Mann im Parlamente waren und keinen Minister in der Regierung hatten. Die Freisinnigen waren damals 84 Mann stark im Parlament und hatten 3 Minister in der Regierung. Ich will keinen Tadel aussprechen, daß man damals den Zolltarif so machte, es war eben die Stimmung in Mitteleuropa allgemein: „Schutz der eigenen

Produktion.“ Diese Stimmung wurde noch gesteigert durch die russische und besonders durch die amerikanische Konkurrenz im Getreide. Die Getreidepreise waren so niedrig, wie kaum einmal. Roggen galt 5 fl. pro Meterzentner, Weizen 7 fl. Man glaubte, die eigene Produktion in Österreich-Ungarn werde zurückgehen, wenn sie nicht durch Zölle geschützt werde. Noch schwerer beklagte sich aber damals die Industrie, bei welcher nicht bloß Fabrikanten, sondern auch die Arbeiter in Betracht kommen. Die Wahrheit über den Ausgleich mit Ungarn ist folgende:

Die hohen Agrarzölle diktierten die Ungarn, die hohen Industriezölle dagegen Österreich. Die österreichischen Agrarier waren nur ein Drittel des Hauses, sie konnten die hohen Agrarzölle daher nicht diktiert und haben sie auch nicht diktiert.

Da ist nun die Wahrheit, wie schon Herr Dr. Drexel konstatiert hat, daß die hohen Agrarzölle Ungarn und die Industriezölle Österreich diktiert hat. (Zwischenruf: So ist es.) Wenn man redlich und objektiv sein will, so darf man diese Tatsache nicht aus dem Auge verlieren, daß Ungarn noch höhere Agrarzölle im Vertrage festsetzen wollte und Österreich noch höhere Industriezölle, als sie in den Ausgleichsverhandlungen zustande gekommen sind. Nicht wahr ist aber, daß die österreichischen Agrarier die Agrarzölle bestimmt haben. Die österreichischen Agrarier waren bei der Abstimmung ein Drittel des Parlamentes. Wie könnten sie da diese Zölle diktiert haben? Ungarn ist ein Agrarland und Österreich ein Industrieland und die gegenseitigen Forderungen standen so, daß Ungarn höhere Agrarzölle und Österreich höhere Industriezölle haben wollte. Man hat dann sehr lange verhandelt, bis es dann zu einem Ausgleich gekommen ist, was auch in der Regierungsvorlage über den Ausgleich zum Ausdruck gebracht wurde. Nun haben sich in der Folgezeit die Lebensmittel im Preise sehr gesteigert; überhaupt ist alles teurer geworden und ich brauche und will darüber nichts mehr sagen, weil Herr Dr. Drexel dieses Gebiet ausführlich behandelt hat. Ich will nur darauf verweisen, daß im Jahre 1910 im Parlamente über Antrag Dr. Stölzels beschlossen wurde, die Regierung aufzufordern, für die Zeit des Bedarfes quantitativ unbeschränkt argentinisches Fleisch einführen zu lassen. Es war dies im Dezember 1910. Wir Vorarlberger Christlichsoziale haben diesem Antrage zugestimmt. Es ist dann solches Fleisch gekommen, es hat aber damals schon Schwierigkeiten

gegeben, über das Kontingent, das Ungarn zugestanden haben wollte. Als wir dann im Juli 1911 im neuen Parlamente zusammenkamen und Anträge über die weitere Einfuhr von argentinischem Fleisch gestellt wurden, da ist von einer Seite ein Antrag gestellt worden, daß argentinisches Fleisch ohne Rücksicht auf Ungarn für die Zeit des Bedarfes und quantitativ unbeschränkt eingeführt werden solle.

Diesem Antrage trat die Regierung mit großer Schärfe entgegen und erklärte, daß eine Bestimmung im Handelsvertrag mit Ungarn bestehe, nach welcher bei der Ein- und Durchfuhr von Vieh die Zustimmung Ungarns eingeholt werden müsse. Es sei am 8. Oktober 1907 eine Bestimmung zugestanden worden dahingehend, wenn in veterinärer Beziehung Meinungsverschiedenheiten beständen, so habe die strengere Auffassung zum Durchbruche zu kommen.

Ich muß bemerken, daß dann, wenn in anderer als veterinärer Beziehung bei Durchführung des Ausgleiches Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiderseitigen Regierungen auftauchen, die Austragung durch ein Schiedsgericht vorgeesehen ist. Die Regierungen haben aber von diesem Schiedsspruche die Behandlung der veterinären Angelegenheit ausgenommen und diesbezüglich vereinbart, daß dann, wenn solche Meinungsverschiedenheiten vorkämen, die strengere Auffassung zu gelten habe. Diese Vereinbarung datiert vom 8. Oktober 1907. Dies hat die Regierung Beck beschlossen zu einer Zeit, als noch kein Christlichsozialer als Minister in der Regierung war. Damals, am 8. Oktober 1907 haben die Christlichsozialen niemanden in der Regierung gehabt. Erzellenz Ebenhoch und Gehmann sind erst am 9. November 1907 in die Regierung eingetreten; dies muß ich auch konstatieren, weil wiederholt gegenteilige, ganz unrichtige Behauptungen in agitatorischer Weise ausgestreut wurden. Nun lag im Juli dieses Jahres ein Antrag vor, den ich schon vorgebracht habe.

Am 9. Juli 1911 sagte die Regierung, der Antrag, es solle ohne Rücksicht auf Ungarn zeitlich und quantitativ unbeschränkt Fleisch eingeführt werden, komme einem Vertragsbruche gleich und keine Regierung, weder die gegenwärtige noch eine andere, könne einem solchen Antrage zustimmen. Dem stand ein Abänderungsantrag gegenüber, ein Antrag des Nationalverbändlers Dr. Stölzel, eines Stadtvertreters, welcher Antrag im vorigen Jahre im Dezember vom Parlamente angenommen wurde und auf Grund dessen argentinisches Fleisch eingeführt wurde. Der Antrag

fordert die Regierung auf, die Einfuhr argentinisches Fleisches quantitativ unbeschränkt für die Zeit des Bedarfes zu bewilligen. Der Antrag Stölzel besagt nicht, daß man Ungarn fragen müsse wegen der Einfuhrbewilligung, sondern diese Frage läßt der Antrag offen. Er verlangt nur von der Regierung, daß sie bewillige, daß argentinisches Fleisch für die Zeit des Bedarfes quantitativ unbeschränkt eingeführt werde; dieses sind die beiden Anträge. Wir Vorarlberger Abgeordnete haben dem Antrage Stölzel 1910 und im Juli 1911 zugestimmt und ich erkläre auch, daß ich heute den Anträgen des Steuerungs Ausschusses zustimmen werde, wo etwas weiter gegangen wird in dieser Beziehung, nämlich wo es heißt: „Die k. k. Regierung wird aufgefordert, die Einfuhr von argentinischem Fleische sofort zu bewilligen, da Ungarn kein vertragsmäßiges Recht auf Einspruch geltend zu machen in der Lage ist.“

Nun wenn ich sage, ich stimme jetzt diesen Anträgen zu, ohne Rücksicht zu nehmen auf Ungarn, so muß ich auch noch erklären, warum dieses geschieht, und ich glaube, daß auch meine Herren Kollegen vom Reichsrate damit einverstanden sind. Zunächst möchte ich sagen, daß wir damals hauptsächlich aus zwei Gründen dem Antrage des Abgeordneten Dr. Stölzel zugestimmt haben und nicht dem des Steuerungs Ausschusses. Der erste Grund war der, daß wir glaubten, Ungarn leite aus dem Ausgleiche und den Vereinbarungen vom 8. Oktober 1907 das Recht ab, uns aus veterinären Gründen die Fleischeinfuhr zu beschränken und Einspruch dagegen zu erheben. (Zwischenruf: Sehr richtig.) Der zweite Grund ist der, daß wir gemeint haben, wenn dies richtig ist, was von der Regierung entschieden erklärt wurde, daß es ein Vertragsbruch wäre, und dann weil wir gefürchtet haben, daß Ungarn, wenn das Parlament dieses machen würde, mit Repressalien kommen würde, wie Dr. Drexel geschildert hat und zwar haben wir diese auf dem Gebiete der Industrie gefürchtet.

Dies waren also hauptsächlich die zwei Gründe. Nun was haben wir seither gesehen? Seither haben wir gesehen, daß Ungarn in den Verhandlungen mit der österreichischen Regierung sich nicht auf veterinäre Bedenken berufen hat, sondern den Annaberger-Anschluß verlangt hat, der nicht zu den Ausgleichsbedingungen gehört und auch nicht zu den Vereinbarungen und Durchführung derselben; im Gegenteil, wenn der Annaberger-Anschluß gewährt würde, würde er eher dazu führen, daß nicht nach dem Sinne des Ausgleiches

vorgegangen würde. Ungarn will diesen Anschluß, um direkt mit Deutschland zu verkehren, sagen wir, um mit ermäßigtem Tarife Agrarprodukte nach Deutschland hinauszulassen und ermäßigte Industrieprodukte hereinzubefördern und zwar wäre dies trotz der bestehenden Handelsverträge mit Ungarn geschehen. Dieses ist nicht der erste Fall, den wir von Ungarn erfahren haben. Dieses würde gegen die Bestimmungen und gegen den Sinn des Handelsvertrages mit Ungarn sein und würde eine Schädigung Österreichs zur Folge haben. Ungarn will und könnte uns weiter ausnützen gerade zu einer Zeit, wo argentinisches Fleisch als Nothelf eingeführt werden soll, bis wir eigenes Vieh und Fleisch genug im Lande haben. Dies verlangt Ungarn und nicht, was auf den Ausgleich Bezug hat und weil Ungarn dieses gemacht hat, so ist die Situation für uns eine ganz andere (Zwischenruf: So ist es, so ist es.) Ungarn hat beim Annaberger-Anschluß die Schaffung veterinärer Bestimmungen verlangt, weil durch die Einfuhr von totem Fleische die Seuche eingeschleppt werden könnte. Ob diese Befürchtung bedenklich ist oder nicht, darüber will ich mich nicht weiter einlassen. Herr Dr. Drexel hat von einem landwirtschaftlichen Fachmanne erklärt, daß es nicht unbedenklich wäre.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch einiges einflechten; es ist auch von der Stadt Bregenz gesagt worden, durch Vieh- und Fleischeinfuhr könne eine Seuchengefahr bedenklich sein, aber es sei nicht nachgewiesen. Da hat es mich gewundert, daß Bregenz dieses gesagt hat, deshalb, weil schon im Februar durch Schlachtvieh die Klauenseuche aus Ungarn nach Bregenz gebracht wurde und dort Fälle vorgekommen sind — ich sage es nicht aus eigener Erfahrung, sondern es hat mir dies ein amtliches Veterinärorgan mitgeteilt — daß an einem Montag, wo ein Transport Ochsen verseucht angekommen ist, die Metzger keine Ochsen und auch kein Fleisch mitnehmen durften sondern es wurde ihnen gesagt, sie sollen am Mittwoch das Fleisch holen. Die Ochsen wurden dann geschlachtet und das Fleisch vorschriftsmäßig 24 Stunden ausgekühlt und dann haben Hohenemser Metzger eine solche Fuhr Fleisch von Bregenz über Dornbirn nach Hohenems geführt. In Dornbirn hat der Mann, — ich glaube in Hatlerdorf — zugekehrt und das Fleisch vor dem Wirtshause stehen lassen. Zu gleicher Zeit hat ein Bauer sein Vieh getränkt, die Tiere sind an das Fleisch herangekommen, haben, was sie überhaupt gerne tun, an dem Fleische gerochen und innerhalb

5 bis 6 Tagen hat das Vieh die Klauenseuche bekommen. In diesem Falle ist unter der Beobachtung aller veterinären Vorschriften, die bei solchen Fällen beobachtet werden, durch totes Fleisch die Seuche im Lande verschleppt worden. Der eine Grund fällt also für uns weg, mit Rücksichtnahme auf Ungarn (Zwischenruf: So ist es), weil dieses sich nicht auf veterinäre Bestimmungen beruft.

Nun handelt es sich, ob Rücksichtnahme auf Ungarn notwendig wäre, auf Repressalien einzugehen, die unsere Industrie treffen. Auch nach dieser Richtung ist seit Juli d. Jrs. eine große Erleichterung eingetreten.

Die Handels- und Gewerbekammer hat eine Zuschrift an die Abgeordneten gerichtet, worin sie den Ausgleichsstandpunkt einnimmt, den der Vertreter der Handelskammer, Herr Rüschi eingenommen hat, daß man ohne Rücksicht auf Ungarn vorgehen solle. Damit fürchtet die Handels- und Gewerbekammer keine Repressalien auf dem Gebiete der Industrie von Seite Ungarns und ich glaube, das hohe Haus wird zustimmen, daß wir Abgeordnete hier keine größere Sorge und größere Furcht haben, als die berufene und richtige Vertreterin der Industrie, die Handels- und Gewerbekammer. Und aus diesen beiden Gründen, weil sich die Sache seit Juli geändert hat, stimmen wir Reichsratsabgeordneten diesen Anträgen des Teuerungsausschusses zu. (Zwischenruf: Gewiß). Nun möchte ich rasch zum Schlusse kommen. Ich stimme auch den anderen Anträgen zu und möchte auch, wie Herr Dr. Drexel, konstatieren, daß auch in Zukunft die wichtigste Frage die sein wird: was tut man, wenn in nächster Zeit ein neuer Zoll- und Handelsvertrag und neuer Ausgleich mit Ungarn zustandekommen soll?

Ich bin ganz sicher fest überzeugt, wenn wieder ein Ausgleich mit Ungarn zustandekommen soll, die einseitige Aufhebung der Agrarzölle nicht ausführbar sein wird. Denn die österreichische Industrie verlangt Industriezölle und die Ungarn gewähren sie nicht ohne Gegenwert und wollen für ihre Produkte und ihre Erzeugnisse hohe Schutzzölle und es wird wieder kommen wie früher, aber ich hoffe, wesentlich milder dürften die Zölle ausfallen. Der Ausgleich wird zustandekommen, wenn man unter dem Volke sagt, daß man den Ausgleich braucht. Dieses will ich im stenographischen Protokolle niedergelegt haben und ich bin überzeugt, daß es sich um dieses drehen wird, wenn man zu den Zoll- und Handels- und Ausgleichsverträgen kommt.

Die Hauptsache wird und muß sein, wie die beiden Vorredner gesagt haben, daß wir trachten, die Eigenproduktion im Lande möglichst zu heben; dieses wird und muß das erste sein, wenn es die Industrie so einrichten kann, daß wir ohne den Ausgleich mit Ungarn das nächstemal durchkommen; dann wird es aber eine andere Behandlung der Zoll- und Handelsfrage geben; da wird es die Hauptsache sein, das möglichste zu tun, — es hat dies auch der landwirtschaftliche Verein in Aussicht gestellt — nämlich die Eigenproduktion möglichst zu vermehren, die Rälberaufzucht zu subventionieren und das eine ist sehr wichtig, nämlich Maßregeln zu treffen, der Landflucht, die dormalen besteht, entgegenzuarbeiten. Wir haben in einem Gesuche der Gemeinde Raggal gehört, daß ein großer Teil der bewohnbaren Gebäude leer steht. Auch habe ich schon oft Zitierungen gehört, daß in vielen, besonders hochgelegenen Landgemeinden die Einwohnerzahl zurückgeht. Es will alles in die Stadt und in die Industrieorte und sehr viele wollen lieber sich der Industriearbeit widmen und lieber ein einfacher Arbeiter sein, als Landwirtschaft treiben. Da ist es nun notwendig, daß das Volk durch Belehrungen und durch die Not — ich möchte sagen, ich hoffe es — gezwungen wird, mehr sich der Landwirtschaft zu widmen und mehr zu suchen, die landwirtschaftliche Produktion zu heben. (Andauernde Beifallsrufe.)

Landeshauptmann: Wer wünscht weiter das Wort? — Der Herr Abgeordnete Dekan Fink; ich erteile ihm dasselbe.

Dekan Fink: Hohes Haus! Der Vertreter der Handels- und Gewerbekammer, Herr Rüschi, hat in seinen Ausführungen gesagt, daß es nach seiner Anschauung schwierig sei, ein Kartellgesetz zu schaffen und zwar deswegen, weil gewisse Kartelle berechtigt seien und andererseits deswegen, weil den meisten derselben sehr schwer beizukommen sei. Es gibt wohl noch einen dritten Grund, nämlich den, daß die hohe Finanz, das Großkapital einen ungeheuern Einfluß auf die Gesetzgebung hat. Ich glaube aber, es kann diesem Hindernisse damit entgegengearbeitet werden, daß einmal in den weitesten Schichten des Volkes bekannt werde, worin denn der Mißbrauch der Kartelle besteht und wieviele Tausende von Millionen Kronen Volksvermögen durch die Kartelle in die Kassen des Großkapitals abgelagert werden. Bisher hat man, wenn

Volksversammlungen abgehalten wurden, von gewisser Seite verhältnismäßig wenig von den Kartellen gehört. (Rufe: Hört, hört! Heiterkeit.) Ich weiß nicht, warum man gerade diese so schonend behandelt; ich möchte mir daher gestatten, nur kurz auf die Mißbräuche und Auswüchse der Kartelle hinzuweisen. Ich wähle unter allen das Eisenkartell, gebe aber im vornherein zu, daß bei diesem die Mißbräuche am allerschlimmsten zu Tage treten. Die Gründung des Eisenkartells fand im Jahre 1878 statt. In den 70 iger Jahren hatte die österreichische Eisenindustrie einen schweren Stand. Es war damals wirklich nötig, daß sie sich soviel als möglich zu halten suchte. Zunächst taten sich die Vertreter der Eisenbahnschienenwerke zusammen und beratschlagten, wie dieser Krisis entgegengearbeitet werden könnte. Sie wurden darüber einig, daß Verbände gebildet werden sollten, welche die Preise festzusetzen hätten und daß den einzelnen Mitgliedern des Kartelles, eigene Absatzgebiete anzuweisen seien. Das ist der Anfang des Eisenkartelles. Man setzte die Preise fest, an diese mußte sich jeder halten. Auch die Absatzgebiete wurden für jeden umgrenzt. Das war noch eine lose Organisation. Das eigentliche Eisenkartell wurde erst im Jahre 1886 gebildet und war viel fester gefügt. Da hat man nicht mehr den einzelnen Werken ihre Absatzgebiete zugewiesen, sondern einfach alles zusammengeworfen. Es wurde eine Zentralstelle bestimmt und an diese waren die Bestellungen zu richten oder wenigstens anzuzeigen. Diese Zentrale fixierte die Preise für die verschiedenen Artikel und die Werke bekamen den Auftrag, die Bestellungen nicht unter diesen Preisen auszuführen. Im großen und ganzen hat man sich an den Grundsatz gehalten, daß jenes Werk Aufträge erhalten solle, welches dem Bestimmungsorte am nächsten war. Doch wurde die territoriale Abgrenzung der Absatzgebiete aufgegeben. Jedem Teilhaber wurde in Prozentsätze ein angemessenes Quantum von Erzeugnissen zugewiesen und zwar durch das Kartell selbst, soviel durfte man erzeugen und absetzen.

All das galt für das Inland; für das Ausland war keine Beschränkung, um den Export kümmernte sich das Kartell wenig. Allerdings ganz außer Betracht ist auch das Ausland nicht geblieben. Unsere Kartelle trafen mit den ausländischen Vereinbarungen, damit nicht etwa durch ein Übersetzen der eine oder andere Gewinnst verloren gehen könnte. Wie gesagt wird, ist es diesen Vereinbarungen zu verdanken, daß z. B. die Eisenträger um zwei Kronen teurer zu bezahlen

sind, als es nach den Zollsätzen treffen würde. Das war das Eisenkartell, wie es im Jahre 1886 entstand.

Ich habe mir aus den finanziellen Jahrbüchern herausgeschrieben, welche Dividende in einer Zeit, wo es mit der Eisenindustrie schlimm gestanden ist, verteilt wurden. Es haben die Rimamurany 5%, die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft 2%, die böhmische Montan-Gesellschaft 7% und die Alpina 0% Dividende bezahlt. Das war im Jahre 1886. Wir müssen zugeben, daß damals bei der Eisenindustrie tatsächlich eine Notlage bestand, aber etwas anderes darf man auch nicht vergessen. Solange die Großindustrie die Gewerbetreibenden niederkonkurrierte, solange fand man die freie Konkurrenz ganz in der Ordnung. Es sind tausende und tausende infolge dieser freien Konkurrenz zu Bettlern gemacht worden. Wenn diese daher kamen und Klagen vorbrachten, da bezeichnete man die freie Konkurrenz als eine Forderung des Fortschritts und erklärte, das läßt sich nicht anders machen. Als aber die Sache sich etwas geändert hatte, als die Großindustrie mit der Eisenindustrie im Kampfe lag, da auf einmal macht sich in denselben Kreisen eine andere Auffassung geltend. Da hieß es, die freie Konkurrenz schadet uns allen und nützt keinem, da muß Abhilfe geschaffen werden. In dieser Erkenntnis ist das Eisenkartell geschaffen worden. Ich meine, es gibt keinen größeren Feind der freien Konkurrenz als diese Einrichtung, keinen größeren Feind unseres wirtschaftlichen Lebens, als diese Organisation. Das Eisenkartell bestand zunächst bis zum Jahre 1891. Die Erfolge waren für das Kartell sehr günstige. Im Jahre 1886 hat die Rimamurany 5%, im Jahre 1891 schon 12% Dividenden verteilt. Im Jahre 1886 hat die Prager Eisengesellschaft 2%, im Jahre 1891 schon 14% Reingewinn gehabt, derselbe ist also in 5 Jahren siebenmal größer geworden. Selbst die Alpine war von 0% auf 2% Dividende gestiegen. Letztere war noch in Gründungsschwierigkeiten und konnte sich infolgedessen nicht so rasch entwickeln. Das Kartell wurde sodann wiederum erneuert und zwar bis zum Jahre 1901. Die zweite Erneuerung zeigte noch günstigere Ziffern. Die Rimamurany stieg von 12% auf 15%, die Prager von 15% auf 25% und die Alpine von 2% auf 10% Dividenden. Im Jahre 1899 waren die kartellierten Werke bereits so konsolidiert, daß ein Kartellschutz nicht mehr notwendig gewesen wäre. Ich meine, wenn bei einem Unternehmen von mindestens 10% Dividenden geredet wird, braucht dasselbe keinen unnatürlichen Schutz durch die Kartelle.

Selbst einzelne Eisenwerke hatten die Überzeugung bekommen, der Kartellschutz sei nicht mehr nötig; da ist zunächst eine mit deutschen Geld gegründete Gesellschaft zu erwähnen, nämlich die Hernadtaler Eisen-gesellschaft. Dieselbe stand außerhalb des Kartelles, um mit dem Kartelle den Kampf aufzunehmen. In diesem Kampfe ist sie allerdings zugrunde gegangen, weil sie schlechte Eisenerze hatte. Eine andere Gesellschaft in Ungarn, nämlich die Rimamurany hat sodann die Werke der Hernadtagergesellschaft aufgekauft. Nun fühlte sich die Rimamurany Gesellschaft so stark, daß sie glaubte, mit dem ganzen Kartell den Kampf aufnehmen zu können. Dieser Kampf wurde aufs heftigste geführt. Die Eisenpreise wurden durch das Kartell jeweilig so festgesetzt — wie ich später noch ausführen werde, — daß sie auf gleicher Höhe standen oder vielleicht ein bischen niedriger waren wie die Preise des deutschen Eisens von gleicher Art samt dem Zoll. Nun ist infolge dieses Kampfes der Preis des Eisens bedeutend unter den früheren gesunken, ja schließlich wurde sogar das österreichische Eisen etwas billiger als das deutsche ohne Zoll. Man wird sich fragen, wie ist es den beteiligten Werken gegangen, bei einem solchen Konkurrenzkampf? Da werden sie wohl keine Dividenden verteilt haben? Ich habe mir hier die genauen Zahlen notiert. Die Prager hat für das Jahr des Kampfes 1901 14%, die Alpine 7% und die Rimamurany 10% an Dividenden verteilt, der beste Beweis dafür, daß diese Eisenwerke trotz der großen Konkurrenz von Seite des deutschen Eisens auch ohne Zollschutz in die Lage versetzt sind, ihren Aktionären Dividenden von 7% bis 14% auszahlen zu können. Die einheitliche Preisbestimmung wird eben von Seite des Kartells auch ganz interessant gemacht; man fragt nicht, wie groß sind die Herstellungskosten, sondern man berechnet nur, wie teuer kommt in dem und dem Orte das gleiche Quantum von deutschem Eisen samt Zoll und Fracht. Einzig und allein entscheidend ist daher der Preis der deutschen Konkurrenz. Man stellt sodann den Preis nur noch ein wenig billiger. Manchmal geht diese Rechnung auch fehl. Wir haben bei uns in Borsarlberg schon öfter diese Erfahrung gemacht. So kauft man im Borsarlwalde billiger Eisen von Deutschland, als von Österreich. Auch für Dornbirn muß die Rechnung nicht ganz richtig gemacht worden sein, da die Einrichtung des Schlachthauses allerdings nicht von einem Eisenwerke, sondern von einer Maschinenbau-Firma, nämlich der Prager Maschinenbauaktiengesell-

schaft um 2000 K teurer offeriert wurde als von einer ausländischen Firma. Man hat dann später gesehen, daß das Offert zu hoch gestellt war, und hat ein billigeres gemacht. Immerhin war aber auch da das ausländische noch etwas niedriger. In gleicher Weise wirtschafetet das Eisenkartell. Es offeriert so, daß es ein wenig billiger ist als die ausländische Konkurrenz, manchmal sogar ein wenig teurer, dann nämlich, wenn noch andere Momente in Betracht kommen. Das war z. B. der Fall, als es sich um die Lieferung des Eisens zu Panzerschiffen gehandelt hat. Da hat man sich beim Eisenkartell gedacht, die Marineverwaltung müsse patriotisch sein und das Inland berücksichtigen. Man glaubte infolgedessen, die Preise etwas höher als das Ausland ansetzen zu dürfen. Man hat somit nicht bloß Eisen, sondern auch den Patriotismus verkauft. In Wirklichkeit hat allerdings das Eisenkartell nicht das Recht, sich als speziell österreichisches Unternehmen breit zumachen. Ich will nur ein Beispiel anführen, wie patriotisch das Eisenkartell ist, wenn sich Gelegenheit bietet, dem Staate die schuldigen Abgaben zu leisten. Da ist, wie Sie wissen, vor ein paar Jahren, im Jahre 1909, die böhmische Montangesellschaft mit der Prager Eisen-industriegesellschaft vereinigt worden. Zuerst sprach man von einer Fusion, wohl deswegen, damit die Finanzbehörden nicht unruhig werden, später von einem Aktienumtausch. Ich weiß nicht, was es nach den Statuten notwendig oder haben es einzelne Aktionäre verlangt, schließlich wurde doch eine Liquidation durchgeführt. Die Prager Eisenindustriegesellschaft hat den ganzen Realbesitz der Montangesellschaft um den Preis von 8.005.000 K gekauft. Die Bezahlung hatte in Aktien der Prager Eisenindustriegesellschaft zu geschehen und zwar nicht nach dem Kurswerte, sondern nach dem Nominalwerte von 400 K. Der Kurswert war damals 2400 K — 2700 K, also mindestens sechsmal höher. Daher war die wirkliche Kaufsumme 40 — 50 Mill. K. Es war dann doch den Vertretern der staatlichen Finanz-behörde auffallend gewesen, daß als Kaufpreis nur acht Millionen angegeben waren. Man hat mit der Gesellschaft Verhandlungen eingeleitet und ist schließlich einig geworden, einen Kaufpreis von 25 Millionen für die Gebührensbeurteilung zu wählen. Sie wissen, wenn bei uns ein Bauer ein paar tausend Kronen weniger in den Kaufvertrag schreiben würde, als er in Wirklichkeit gehandelt hat, kommt die Behörde und wenn sie die falsche Angabe entdeckt, muß er nicht bloß die verkürzte Gebühr zahlen, sondern auch noch dreimal

mehr als Strafen. Wenn aber die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft um 20–30 Millionen weniger angibt, da gibt es eine Reihe von Verhandlungen und schließlich einigt man sich so, daß die Gesellschaft nicht etwa eine Buße zu zahlen hat, sondern mit der ordentlichen Gebühr sehr glimpflich davon kommt. Als Finanzminister Bilinski sich nicht einverstanden erklären wollte, hat ihm die Prager Gesellschaft sofort den Vorwurf gemacht, daß er deswegen Schwierigkeiten mache, weil sein Better, den er in die Verwaltung des Kartells hineinbringen wollte, nicht aufgenommen wurde. Es ist ja vielleicht möglich, daß Bilinski einen Better hineinbringen wollte, um einmal Einsicht zu bekommen in die Kartellwirtschaft und das Kartell hat, gerade um diese Einsicht zu verwehren, die Aufnahme abgewiesen. Wäre aber die Abweisung der wirkliche Grund, warum Bilinski dem Kartell gegenüber einen etwas steiferen Rücken hatte, so müßten wir nur wünschen, daß nicht nur ein, sondern zwölf Better abgewiesen worden wären, so daß er bei solchen Steuerentziehungen zwölfmal mehr Widerstand geleistet hätte.

Sie sehen aus dem allem, wie das Eisenkartell die Staatsinteressen fördert. Bei der letzten Zollverhandlung sind die Eisenzölle ziemlich in gleicher Höhe festgesetzt worden wie in früheren Zollverträgen. Obwohl die österreichische Eisenindustrie schon im Jahre 1906 derartig erstarbt war, daß sie auf jeden Zollschutz, soweit es sich um die Roheisen-Industrie in großen Werken handelt, hätte verzichten können. Ich weiß nicht, wie das gekommen ist daß doch noch so hohe Zölle bewilligt wurden. Es ist nun einmal Tatsache und man kann daraus ersehen, welche Macht das Großkapital besitzen muß. Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß gerade durch diese Kartelle viel Geld aus dem Volke herausgepreßt und dem Großkapital zugeführt wird.

Auch der Bauernstand leistet da große Beiträge zu den Kartellgewinnen, er ist ein bedeutender Konsument des Eisens. Wenn der Bauer irgendwo ein Haus oder Stall baut, verwendet er Träger, Stiften u. s. w., ebenso braucht er bei Wasserleitungen Rohre. Da gibt es bald einige Meterzentner Eisen. Auf 100 kg ist der Preis 6 oder 7 K höher, als wenn der Zoll nicht wäre. Der Bauer braucht auch Eisen für Maschinen. Es gibt fast in jedem Bauerndorfe Schmieden und Eisenhandlungen, die sehr viel Eisen einführen. Das wissen die Herren besser, wie ich. Jeder Bauer zahlt so dem Eisenkartell bedeutenden Tribut. (Rufe: Richtig.) Nun wird

aber nie auf diesen Umstand aufmerksam gemacht, sondern wenn man von der Teuerung spricht, schlägt man hauptsächlich auf die Agrarier und niemand darf froher sein, daß man das tut, als die Herren vom Eisenkartell. (Zwischenruf: Von diesem sind sie bestellt!) Die kartellierten Werke würden mindestens jährlich 30 Millionen K weniger Gewinn haben, wenn das Kartell und der Zoll nicht wäre, und das ist doch eine schöne Summe Geldes.

Ich habe den Vermögensstand nach dem Kurswerte von der Prager-, Kima- und Alpinen-Gesellschaft berechnet. Schon diese allein besitzen ein Gesamtvermögen von 588 Millionen, (Zwischenrufe: Das sind die Ausbeuter) und wenn wir die anderen Eisenwerke dazu nehmen, würden wir wohl über tausend Millionen hinaufkommen.

Die Kartelle sind froh, wenn man von ihnen nicht redet, denn sie können nur solange wuchern, als von ihnen nicht geredet wird. (Bravo-Rufe.) Sobald man ihr Treiben aufdeckt, muß dieser Wucher aufhören. Daß die Lebensmittel billiger werden, liegt nicht nur im Interesse eines jeden Arbeiters, sondern noch mehr im Interesse der Arbeitgeber.

Wenn die Teuerung noch zehn Jahre anhaltet oder vielleicht noch zunimmt, dann muß der Arbeiter wieder zum Fabrikanten gehen und um Lohnerhöhung ersuchen. Solange man nur von Ermäßigung der Lebensmittelpreise redet, ist die Industrie, auch jene, die einen sehr großen Gewinn macht, gesichert. Die Preise der Lebensmittel sind in verschiedenen Ländern verschieden und gerade so auch die Arbeitslöhne. Wo teure Lebensmittel sind, müssen auch die Löhne der Arbeiter höher sein, wo man billige Lebensmittel findet, sind auch die Löhne der Arbeiter niedriger. Wer hat also eigentlich den Hauptprofit dabei, wenn die Lebensmittel billiger werden. Ich behaupte, die Industrie und besonders die Großindustrie.

Und nun möchte ich noch auf etwas aufmerksam machen. Man redet heute viel von der Fleischeinfuhr. Ich werde auch nicht dagegen stimmen. Für die Erlaubnis der Fleischeinfuhr verlangt unsere Regierung vom betreffenden Staate als Kompensation die Einfuhr österreichischer Industrieerzeugnisse. Gewöhnlich sind es Kanonen oder dergleichen, die in Oesterreich bestellt werden müssen, daher sind wieder die

Kartelle die Bevorzugten; insbesondere hat das Eisenkartell von der Fleischzufuhr den Hauptprofit.

Und nun noch eine Frage. Wem kommt der große Gewinn der kartellierten Werke zu? Die Mehrzahl der Aktionäre der großen Eisenwerke wohnen im Inlande. Aber bei der Alpinen Montangesellschaft sind auch ganz bedeutende Posten von Aktien im Auslande plaziert. Das ergibt sich aus dem Umstande, daß diese Aktien an den Börsen in Genf, in Brüssel, Paris und Frankfurt notiert sind. Somit wird das österreichische Volk ausgefogen und zwar in wucherischer Weise, um damit das Großkapital des Auslandes zu mästen. (Bravo-Rufe.) Diese Ausführungen zeigen, welche wirtschaftliche Bedeutung die Kartelle haben und wie gerade auf diesem Gebiete eine Hauptursache der Teuerung zu finden ist. Wie ich schon angedeutet habe, werden von gewissen Seiten großartige Versammlungen wegen der Teuerung abgehalten. Man spricht dabei sehr wenig von Kartellen, dagegen viel von Agrariern und Christlichsozialen. Es heißt immer: „Hier ist der Dieb“. Wenn in einer großen Volksansammlung einer Großstadt gerufen wird, „hier ist ein Dieb“, dann ist fast sicher ein Dieb um, aber nicht dort, wo dieser Ruf erschallt, sondern auf einer ganz anderen Seite, wo es ruhig ist und still. Und während man ruft, „hier ist der Dieb“ hat der wirkliche Dieb ganz ungestört einem aufgeschreckten Bürger bereits die Hand in der Tasche. Auf politischem Gebiete ähnlichen Lärm zu machen, ist politische Klugheit derjenigen, die das Volk wirklich betrügen. Damit man nicht gewahr wird, wo der wahre Dieb ist, schreit man, daß der Dieb auf Seiten der Landwirtschaft zu suchen sei. Wenn denjenigen, die diesen Lärm machen, die Kartelle ein paar Millionen für die Agitationsarbeit zahlen würden, wäre das immer noch eine Kleinigkeit gegenüber dem, was die Kartelle durch diese einseitige Agitation profitieren. (Bravo-Rufe.)

Landeshauptmann: Das Wort wünscht der Herr Abgeordnete Loser. Ich erteile es ihm.

Loser: Hohes Haus! Ich werde mich in meinen Ausführungen mit Rücksicht auf die vor-

gerückte Stunde möglichst kurz fassen. Ich möchte zunächst die Tatsache konstatieren, daß sich die Debatte, welche heute über die Lebensmittelteuerung abgeführt wird, wohlthuend unterscheidet von jenem wüsten Geschimpfe und grundlosen Beschuldigungen, wie man sie im gegnerischen Lager in der Regel zu hören bekommt und die wir aus der gegnerischen Presse vernehmen können, wenn dieses wichtige Problem besprochen wird. Mit einer Unverfrorenheit sondergleichen werden wir Christlichsoziale dort als Lebensmittelteurer gegen besseres Wissen und gegen alle Überzeugung hingestellt. Man ist sogar soweit gegangen, daß man nicht nur unsere Partei als solche, sondern einzelne Angehörige der Partei aus wahltechnischen Gründen als Schuldige der Teuerung bezeichnet hat, wie es beim geehrten Herrn Kollega Dr. Drexel anlässlich der Reichsratswahlen der Fall war.

Meine Herren! Dieses ist, verzeihen sie mir das harte Wort, einfach unverschämt und ordinär. Die Teuerung wird überall in der ganzen Öffentlichkeit, soweit Objektivität herrscht, als eine allgemeine Erscheinung bezeichnet und keine spezifisch österreichische. Sie herrscht in England, Belgien, Frankreich; im Deutschen Reiche hören wir Klagen über die Teuerung wie bei uns in Österreich, wo sie — wie zugegeben werden muß — leider in erhöhtem Maße erscheint. Aber noch einen Unterschied zwischen allen diesen Ländern und Österreich, habe ich wahrgenommen, daß nämlich nur in einem einzigen dieser Länder die Teuerung der Lebensmittel zur politischen Heze benützt wurde und das ist bei uns in Österreich. Es hat zwar der Vertreter der Handelskammer gemeint, es sei nicht am Platze, diese Beschuldigungen bei dieser Gelegenheit zu ertörern. Da bin ich anderer Ansicht; ich meine, wenn wir Christlichsoziale von Leuten, die bewußt lügen, fortwährend und in der unverschämtesten Weise als die Schuldigen an der Teuerung bezeichnet werden, haben wir auch das Recht, vor diesem Forum diese bewußten Lügen und Beschuldigungen entsprechend zurückzuweisen.

Es gibt kaum etwas Verwerflicheres und Widerlicheres, als ein Unglück oder eine Katastrophe, von der die weitesten Kreise getroffen wurden, zur politischen Heze auszunützen. Ich möchte mir, meine Herren, nicht herausnehmen, eine

politische Partei im Lande oder Reiche als schuldig hinzustellen an der Teuerung. Aber das eine getraue ich mir zu behaupten und zwar mit voller Überzeugung, daß die wirklichen Lebensmittelverteuerer, die Kartellisten und Wucherer dem Freisinn weit näher stehen als uns und auch mit der Sozialdemokratie auf gutem Fuße sind. (Sehr richtig!) Verkündeten doch die Finanzorgane anläßlich der Reichsratswahlen, als die christlichsoziale Partei nicht unwesentliche Verluste erlitt, mit hellem Jubel, daß nun im Parlamente die kapitalistenfeindliche Richtung durch die Niederlage der Christlichsozialen zurückgedrängt worden sei und die Börse habe durchaus keinen Grund mehr, etwas zu fürchten. Meine Herren! Aus diesem Jubel, daß die Christlichsozialen, die Feinde des Großkapitalismus, zurückgedrängt seien und die Freiheitlichen und Sozialdemokraten gewählt seien, erhellt, daß die Lebensmittelverteuerer die in der Finanzwelt und bei der Börse zu suchen sind, sich als Freunde der Freiheitlichen und Sozialdemokraten deklarieren. Man kann also unschwer den Schluß ziehen, welcher Partei die Lebensmittelverteuerer näher stehen. (Sehr richtig!) Aber die Deutschfortschrittlichen und die Sozialdemokraten verstehen es eben immer, ein Unglück, eine Katastrophe, zu politischen Zwecken auszunützen. So hat es vor Jahresfrist die sozialdemokratische Partei in unserem Lande anläßlich der Hochwasserkatastrophe in eklatanter Weise getan.

Es war im Jahre vor der Wasserkatastrophe, da schrieb die sozialdemokratische Presse wie immer abfällig über den Vorarlberger Landtag, beschuldigte denselben, daß er nicht das geringste soziale Empfinden und Verständnis habe, daß er keinen Sinn für die Erbauung eines Landesospitals habe, sondern er habe nur Verständnis für Wasser-, beziehungsweise Fluß- und Straßenbauten, wodurch er eben nur das Eigentum der Besitzenden schützen wolle. Sein ganzes um und auf und seine Sorge bestehe nur in der Erbauung von Fluß- und Straßenbauten.

Nun kam im Juni 1910 die Wasserkatastrophe mit all ihren traurigen Folgen. Da ist die nämliche sozialdemokratische Presse gekommen und hat erklärt gegenüber den vom Unglücke betroffenen Leuten: Seht ihr! Hätte der Vorarlberger Landtag rechtzeitig seine Pflicht getan, wäre er

darangegangen, diese Flußbauten rechtzeitig durchzuführen, so wäret ihr, Bauern, so wäre das Vorarlberger Volk von diesem Unglück verschont geblieben. Vor der Wasserkatastrophe hieß es, der Landtag habe nur Sinn und Verständnis für Fluß- und Straßenbauten. Ich frage nun, ist eine solche Kampfweise noch eine ehrliche, oder nicht vielmehr als eine bodenlos gemeine zu bezeichnen?

Meine Herren! Es will mir fast scheinen, daß den Sozialdemokraten, den roten Weltverbesserern, den diversen Ober- und Untergenossen die Lebensmittelteuerung eine nicht unwillkommene Erscheinung sei, ein willkommenes Werkzeug zur Heße gegen andere ihnen unbequeme politische Parteien, ein Mittel, um ihre eigene Unfähigkeit, wichtige Fragen in Angriff zu nehmen und zu lösen, zu verdecken. Wir sehen ja überall, wo die Sozialdemokraten in größeren Gemeinwesen Macht oder Einfluß hatten, daß sie bald abgewirtschaftet hatten. Ich könnte hier einige solcher Gemeinden aufzählen. Sie wissen auch, meine Herren, daß so manches sozialdemokratische Unternehmen sehr oft frühzeitig mit einem ordentlichen Krach geendet hat. Im übrigen, meine Herren, wie die Sozialdemokratie über die Lösung des schwierigen Problems der Teuerung denkt, darüber hat sie den besten Beweis am 17. September laufenden Jahres in Wien geliefert. Da haben die Sozialdemokraten gegen alles gewütet, die Fenster armer Leute eingeworfen, öffentliche Gebäude demoliert, Volksschulen und wissenschaftliche Institute zu vernichten getrachtet. Die Wut der sozialdemokratischen Menge richtete sich hauptsächlich gegen kleine Geschäftsleute, ja selbst gegen Leute, die in Kellerräumen wohnen. Ihre Wut richtete sich gegen alle, nur nicht gegen die wirklichen Lebensmittelverteuerer. Diesen ist man mit fast planmäßiger Vorsicht aus dem Wege gegangen. Die Sozialdemokraten glauben eben, daß mit Anwendung roher Gewalt große Fragen gelöst werden können. Wenn man sich schon auf diesen Standpunkt stellen will, mußte man sich aber schon zunächst gegen die allgemein als Lebensmittelwucherer anerkannten, zumeist jüdischen Kartellisten wenden, welche hauptsächlich Ursache der heute obwaltenden Verhältnisse sind. Diesen sind aber die Sozialdemokraten sorgfältig aus dem Wege gegangen.

Meine Herren! Aber auch die deutsch-freiheitliche Partei ist etwa nicht freizusprechen von gewissenloser Demagogie, auch sie sucht die christlichsoziale Partei als die Schuldige an der Lebensmittelteuerung hinzustellen. Wir Christlichsoziale sind überhaupt an allem Schuld, was nicht in Ordnung ist auf dieser Welt.

Es ist jetzt, wie bekannt, ein Krieg ausgebrochen zwischen der Türkei und Italien. Die nachteiligen Folgen werden sich bald geltend machen. Ich bin nun überzeugt, daß es nicht lange dauern wird, da heißt es in der gegnerischen Presse und Versammlungen: Die Christlichsozialen sind schuld an diesem Krieg, sie haben am Bosphorus und im italienischen Kabinett, gemeinsam mit verkleideten Jesuiten, diesen Krieg angezettelt. (Heiterkeit.) Und die sozialdemokratische und freiheitliche Presse hat auf die Intelligenz ihrer Leser solcherart eingewirkt, daß ein beträchtlicher Teil es glauben wird.

Ich muß dem hohen Hause gestehen, daß ich mit einer gewissen Befriedigung — der Mensch ist ja mit Fehlern behaftet — gelesen habe, daß die Sozialdemokraten jetzt auch die Nationalverbändler als Schuldige an der Teuerung hinstellen. Vor der Wahl hat es anders geheißt. Früher haben sie die Christlichsozialen als Lebensmittelverteuerer hingestellt, nach der Wahl werden nunmehr auch die Nationalverbändler beschuldigt.

Am 17. September haben die sozialdemokratischen Führer in Wien in der großen Versammlung die Nationalverbändler an erster Stelle als Lebensmittelverteuerer genannt. Wir Christlichsoziale kamen sozusagen erst in zweiter Linie.

Man ist soweit gegangen, daß man in der sozialdemokratischen Presse jene, welche man früher zur Wahl empfohlen hat, als Mitverteuerer der Lebensmittel und als Henkersknechte bezeichnete. Und in der Tat, wenn man die Zollpolitik, den Ausgleich mit Ungarn und die Handelsverträge mit dem Balkan ins Auge faßt, dann würde die deutschfreiheitliche Partei ein weit größeres Verschulden treffen. Ich verweise darauf, daß im Jahre 1906 die Christlichsozialen 25 Mann stark im Parlament vertreten waren, als die Zahl der Abgeordneten

425 betrug. Nun sollten diese 25 Mann schuld an den Zolltarifen sein, sowie auch schuld an den nicht entsprechenden Bestimmungen des Ausgleichs, der Handelsverträge u.

Im letzten Parlament waren wir durch etliche 90 Mann und durch 2 Minister im Räte der Krone vertreten. Die Deutschfreiheitlichen waren an Zahl etwas kleiner, hatten aber eine Anzahl ihrer Männer im Ministerium und hatten zweifellos die führende Rolle.

Wenn nun schon gegen Zollpolitik, Ausgleich, Handelsverträge usw. von Seite der Sozialdemokraten Stellung genommen wird, als Ursache der Lebensmittelteuerung, so müssen dieselben ihre Vorwürfe zunächst gegen die Deutschfreiheitlichen erheben, die Zolltarif, Ausgleich und Handelsverträge in erster Linie gemacht haben.

Nun aber, hohes Haus, da kommt ein ganz verlogenes, hier in Bregenz erscheinendes Blatt, ich sage es noch einmal, ein hier in Bregenz erscheinendes, außerordentlich verlogenes Blatt und behauptet ganz kühn, Dr. Weiskirchner habe im Jahre 1907 den sogenannten Geheimvertrag mit Ungarn abgeschlossen. Im Jahre 1907 war aber Dr. Weiskirchner ein ganz einfacher Abgeordneter der christlichsozialen Partei. Nach der Behauptung dieses besonders verlogenen Blattes hatte er aber damals schon die Befugnis, Verträge mit Ungarn abzuschließen. Als man sodann diesem Blatte die Verlogenheit nachgewiesen hatte, war es so kühn, sich mit seiner Verlogenheit noch zu brüsten. Wenn man auf eine solche Weise kämpft und jedes Rechtsbewußtsein solcherart mit Füßen tritt, dann ist es keineswegs gerechtfertigt, wenn Herr Kollega Rüschi meint, diese Kampfweise solle man nicht an dieser Stelle besprechen. Was es mit dem Ausgleich für eine Bewandnis hat, hat ihnen schon Herr Kollega Fink auseinandergesetzt, ich verweise nur darauf, daß die freiheitlichen Agrarier im Gegensatz zu den andern Freiheitlichen gegen den Ausgleich gewesen sind. Sie wollten ihn nicht, weil sie als Anhänger Hohenblums auch noch die landwirtschaftlichen Produkte Ungarns mit einem Zoll belegt wissen wollen. Aber von dem hört man in der freiheitlichen Öffentlichkeit sehr wenig. Die deutschfreiheitlichen Agrarier möchten unter Führung Hohenblums auch noch Ungarn absperrern; Sie stimmten auch geschlossen gegen die Handelsverträge mit Balkan-

staaten sowie gegen das Ermächtigungsgesetz, geschlossen bis auf den letzten Mann, während von den Christlichsozialen nicht nur die Städtevertreter, sondern auch ein Teil der bäuerlichen Abgeordneten für den Ausgleich, für die Handelsverträge mit Rumänien und Serbien gestimmt haben. Nichtsdestoweniger werden wir als die Schuldigen bezeichnet, die ändern werden aber freigesprochen.

Meine Herren! Wenn man in deutschfreiheitlichen Zeitungen liest, findet man, daß es immer heißt, die Agrarier stimmten dagegen. Wenn die Christlichsozialen einmal gegen einen Antrag stimmen, von dem die Gegner meinen, daß er geeignet sei, eine teilweise Erleichterung der Teuerung zu bewirken, dann heißt es gleich im Bausch und Bogen, die Christlichsozialen stimmten dagegen. Wenn aber die deutschfreiheitlichen Agrarier dagegen stimmen, heißt es vorsichtig, die Agrarier stimmten dagegen. Dort nimmt man nicht die Parteibezeichnung, sondern sagt schlechtweg die Agrarier.

Und wie verhielt es sich im Parlament am 29. Juli dieses Jahres mit dem deutschen Nationalverband, der zum größten Teile seine Stärke der sozialdemokratischen Hilfe verdankt, bei der Abstimmung bezüglich der Einfuhr argentinischen Fleisches? Von den zirka 100 Mitgliedern desselben haben 39 für die Fleisch-einfuhr gestimmt, 40 dagegen und die übrigen sind dem Beispiele des Vertreters der Stadt Bregenz gefolgt, sie sind auf die Schwebebahn geflüchtet, wie es Dr. Rinz heute getan. (Heiterkeit.)

Nun noch was über die Hohenblum'sche Zentralstelle, die von den Freiheitlichen und insbesondere von den Sozialdemokraten als Schlagwort gegen uns benützt wird. Dieselbe ist aber vielmehr eine Domäne der deutschfreiheitlichen Agrarier. Ihre Hauptstützen sind die Herrn Patentagrarien Exzellenz Schreiner, die Herren Abgeordneten Krühner, Lufsch, Dr. Damm, Zuleger, Dr. Waldner, Fro usw.

Sie sehen, eine Mischung von Liberalen und Deutschradikalen der verschiedensten Sorten. Letztere, ganz nach dem Herzen unserer Deutschradikalen Los von Rom = Schreier. Präsident der Zentralstelle ist der freiheitliche Fürst Auersperg, seiner Zeit der Führer der Linken

im Herrenhause, der nach vierjährigen Irrfahrten im Abgeordnetenhause wieder glücklich im Herrenhause gelandet hat.

Wie ersichtlich, ist diese agrarische Zentralstelle durchaus keine christlichsoziale Einrichtung, sondern vielmehr die Domäne der freiheitlichen Agrarier verschiedener Schattierungen. So wird auf freisinniger und sozialdemokratischer Seite alles entstellt und, was das bedauerlichste ist, bewußt und absichtlich gelogen.

Die sozialdemokratische Arbeiterzeitung hat in dieser Beziehung einmal eine Ausnahme gemacht und eine unanfechtbare Wahrheit geschrieben. In der zweiten Hälfte des August im heurigen Jahre schreibt sie in einem Artikel, den ich mir mit Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden zu verlesen gestatte, folgendermaßen:

„In einem ist Österreich einzig und ohne Beispiel. Wie kurz hier das Gedächtnis ist, wie alles sofort vergessen wird und wie auf diese österreichische Vergesslichkeit politische Scharlatane ihre ausgepöckelten Frechheiten berechnen, das macht das eigentliche Merkmal unseres öffentlichen Lebens aus. Denn die zynische Lüge, die dreiste Demagogie, die sich flink und bedenkenlos jeder Wendung der Meinungen und Stimmungen anpassen: sie hätten niemals zu dem wuchernden Unkraut aufwachsen können, das alle Tüchtigkeit und Wahrheit in diesem Lande ersticht, würden Logik und Erinnerung die Fakten unseres öffentlichen Lebens festhalten und die politische Wacke zwingen, sich an das Maß der Tatsachen zu halten. Im Augenblick ist die Fleischnot der Turnplatz aller demagogischen Künste.“ (Zwischenrufe: Sehr richtig.)

So schreibt die sozialdemokratische Arbeiterzeitung und ich stimme ihr vollständig zu: Im Augenblicke ist die Fleischnot der Turnplatz aller demagogischen Künste und auf diesem Turnplatz erweisen sich die Sozialdemokraten und Freiheitlichen als die größten Athleten.

Ich halte es für zweckmäßig, dies hier festzustellen. Was nun die in Verhandlung stehenden Anträge des volkswirtschaftlichen Ausschusses anbelangt, stimme ich denselben gerne zu, besonders demjenigen, der ein entsprechendes Kartellgesetz verlangt. Wie schädlich die Kartelle sind und welche Auswüchse sie zeitigen, hat der Herr

Abgeordnete Stefan Fink genügend und sehr trefflich dargetan, und ich möchte nur noch bemerken, daß durchaus nicht alle Freiheitlichen etwa Gegner der Kartelle sind, sondern mit denselben sogar sehr gute Beziehungen unterhalten. So hat z. B. seinerzeit das Organ der Deutschradikalen Österreichs, die „Ostdeutsche Rundschau“ sich mit einem sehr ansehnlichen Betrag von den Zuckerkartell bestechen lassen. Bezüglich Schaffung eines Kartellgesetzes liegt der Schwerpunkt aber nicht in den Landtagen, sondern im Parlamente, das in der nächsten Zeit zusammentreten wird. Dabei stelle ich fest, daß dort die Freisinnigen und Sozialdemokraten gemeinsam die Mehrheit haben; das ist nicht in Abrede zu stellen. Wir erinnern uns, daß jeder Deutschfreiheitliche und Sozialdemokrat bei den Wahlen das Mittel zur Behebung der Teuerung sozusagen in der Westentasche hatte. Ein großer Teil der Bevölkerung hat dies geglaubt und so ist es gekommen, daß die Deutschfreiheitlichen und die Sozialdemokraten zufolge Ausfall der Wahlen im Parlamente nun die Mehrheit haben. Das verkündeten auch die Organe beider Richtung nach der Wahl in allen Tonarten. Die Herrschaften werden nun nicht mehr so leicht in der Lage sein, die Schuld auf die christlichsoziale Minorität im Parlament abzuwälzen. Indessen machen sich bereits einige Anzeichen geltend, als ob die Freiheitlichen, ich weiß nicht ob mit oder ohne Zustimmung der Sozialdemokraten, sich an der Teuerungsfrage vorbeidrücken wollten. Darüber belehrt uns ein Artikel in dem jüdisch-freisinnigen Organ „Die Zeit“, den ich mir wiederum mit Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden vorzulesen gestatte, er lautet:

„Das Abgeordnetenhaus soll in den ersten Oktobertagen wieder zusammentreten. Vor allem werden die Teuerungsfragen, deren Dringlichkeit ja den Anstoß zur beschleunigten Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit gegeben hat, das Haus beschäftigen. Gewiß ein wichtiger und volkstümlicher Beratungsstoff. Ein agitatorischer Druck von unten nach oben, oder wenn man es artiger ausdrücken will, eine moralische Einwirkung der Gesetzgebung auf die Verwaltung — mehr als das pflegt allerdings bei Teuerungsdebatten nicht herauszukommen.“ So schreibt dieses Blatt.

„Und dann? Ist es denn das einzig populäre Thema, von der Teuerung zu sprechen, von der leiblichen Nahrung der Massen? Ist's mit der geistigen Nahrung in Österreich denn so ganz nach Wunsch bestellt? Seit zwei Jahren propagiert unser Blatt unablässig den Gedanken, durch eine Hochschulanleihe großen Stils der Verkümmern und Verelendung der österreichischen Universitäten, Kliniken und wissenschaftlichen Laboratorien ein Ende zu machen. Und wo findet man im zivilisierten Europa ein zweites Land, wo der wichtigste Faktor der modernen Volksaufklärung und Volksbildung, die Presse, von der Gesetzgebung so stiefmütterlich behandelt oder, richtiger, mißhandelt wäre, wie in Österreich? Wie leicht ist es in Österreich, Stoff für populäre Gesetzgebungsarbeit zu finden — wenn man nur suchen will!“

Man sieht es also, die freiheitlichen Herrschaften haben es schon satt, immer über die Teuerungsfrage zu reden. Diese Debatte ist nach ihrer Auffassung nur ein agitatorischer Druck von unten nach oben, weiter hinaus komme man nicht. Die freiheitlichen Helden, welche vor der Wahl als Retter aus der Not gepriesen wurden, finden jetzt auf einmal, nachdem sie gewählt sind, nach den Ausführungen eines ihrer Organe keinen besonderen Gefallen mehr an der Teuerungsdebatte, von der sie meinen, sie sei weiter nichts als ein agitatorischer Druck von unten nach oben.

Meine Herren! Es ist gewiß bedauerlich, daß es unter der Arbeiterschaft noch Leute gibt, die einer solchen Partei, wie es die deutschfreiheitliche ist, bei Wahlen direkt Handlangerdienste leisten und dafür, daß sie von ihren Führern solcherart irreführt werden, noch prompt Parteisteuer zahlen.

Hohes Haus! Ich wiederhole nochmals, der Schwerpunkt liegt im Parlamente und es wird sich zeigen müssen, daß Freiheitliche und Sozialdemokraten nicht bloß tönende Worte haben, sondern auch Taten auszuführen imstande seien. Den Sozialdemokraten wird es klar sein müssen, daß die Bevölkerung nicht zufrieden ist mit bloßen Schreiereien und wüstem Schimpfen, sondern daß sie Taten von der freiheitlichen und sozialdemokratischen Mehrheit im Parlamente erwartet. Wir

Christlichsoziale haben wenigstens das eine Angenehme, nicht mehr als Schuldige hingestellt werden zu können, da — wie gesagt — die Mehrheit im Parlament aus Freiheitlichen und Sozialdemokraten besteht, da wir keine Regierungspartei sind und keinen einzigen Vertrauensmann im Räte der Krone haben. Wir legen ihnen kein Hindernis in den Weg, die deutschfreiheitliche und sozialdemokratische Mehrheit möge den Weg betreten und entsprechende Vorsorge treffen, die Bahn ist frei. Wir könnten sie nicht hindern, selbst wenn wir auch so boshaft sein wollten, weil wir in der Minorität sind.

Mit hellem Jubel haben die uns gegnerischen Organe nach den Reichsratswahlen verkündet, die christlichsoziale Partei sei nunmehr zerstampft, zerrieben und in förmlicher Auflösung begriffen, somit jeden Einflusses bar. Wenn das so ist, wird niemand das Recht haben, uns verantwortlich zu machen, wenn etwas im Staate nicht mehr in Ordnung sein wird. Übers Jahr werden wir wieder reden, wenn wir sehen, wie die Deutschfreiheitlichen und Sozialdemokraten im Parlamente ihr Versprechen eingelöst haben.

Sollten Freiheitliche und Sozialdemokraten die gegebenen Versprechen nicht einlösen, dürfen sie es uns nicht für übel nehmen, wenn wir uns dann bemüht haben, sie in der Öffentlichkeit als diejenigen hinzustellen, die gegebene Versprechen nicht einlösen und die Bevölkerung zum besten halten.

Landeshauptmann: Herr Abgeordneter Sz hat das Wort. Nach dieser Rede werde ich, wenn sich noch einige Herren melden werden, die Sitzung unterbrechen.

Sz: Der Vertreter der Handels- und Gewerbekammer, Herr Abgeordneter Rüschi, hat gegenüber den Vorwürfen, die man gegen seine Partei wegen unehrlichen Vorgehens in der Agitation erhoben hat, erklärt, er sei nicht daran beteiligt gewesen und er könne daher auch nicht verantwortlich gemacht werden.

Er meinte, jede Partei habe über das Ziel geschossen. Der Herr Vertreter der Handelskammer will das unschuldige Schäflein sein. Er hat ungefähr auch so gesprochen, als wir im Juni beisammen waren und eine ordentliche

Wäsche gewaschen haben. Der wirklich Schuldige scheint aber der geflüchtete Herr Bürgermeister von Bregenz zu sein. Die heutige Abwesenheit verrät dies. Die Schwebbahn kommt doch noch Jahre nicht zustande; da eilt es mit den Verhandlungen nicht so, da hätte man auch später nach Bozen fahren können und die Herren Interessenten hätten diese Versammlung auch auf den nächsten Samstag verschieben können. Das wäre um so leichter gewesen, als Herr Dr. Rinz Hauptinteressent ist. Nun bleibt uns nichts anderes übrig, als uns dem Überbleibsel des Freisinns zu widmen.

Sovieel ist richtig, Herr Rüschi ist nur Vertreter des Handels, des Gewerbes und damit mehr der bürgerlichen Kreise, dagegen ist Herr Dr. Rinz der Vertreter der Roten, der Gelben und der Blauen vom Freisinn und deshalb wäre es angenehm, in seiner Gegenwart die erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen.

Nun, Herr Handelskammervertreter, den Ausdruck, daß bei den Wahlen von allen Parteien über das Ziel geschossen wurde, habe ich gleich zurückgewiesen mit dem Zwischenrufe, daß in dieser frechen Weise von uns keine Angriffe erfolgt seien.

Meine Herren, es sind nicht bloß bei den Wahlen ungerechte Angriffe auf die Christlichsozialen gemacht worden, sondern in letzter Zeit. Dieser neue Zettel ist datiert vom September d. J. und ist in St. Gallenkirch auf der Post aufgegeben worden; er ist herausgegeben vom deutschfreiheitlichen Wahlausschusse von Bludenz und gedruckt von Höfle und Kaiser in Dornbirn. Dieses Flugblatt hat die Partei gemacht und zwar jetzt; nun möchte ich wissen, ob der Herr Abgeordnete Rüschi nach den Wahlen eine solche verlogene Sprache ablehnt und mißbilligt oder ob er diese gut heißt.

Dieses Flugblatt führt zunächst an, wie heute die Christlichsozialen zurückgegangen seien und es wird dabei gleich gemogelt, indem es heißt, in Vorarlberg seien 5796 deutschfreiheitliche Stimmen abgegeben worden, während nur 4939 Stimmen abgegeben wurden. Damit es bei den Christlichsozialen weniger gibt und der Verlust größer scheint, heißt es weiter, es seien 15.083 christlichsoziale Stimmen abgegeben worden, während es in Wirklichkeit 15.865

waren. Das ist ein Unterschied von 1600 Stimmen, aber auf das kommt es nicht an.

Nachdem dieses Flugblatt unter langem und breitem die angebliche christlichsoziale „Großsprecherei und Gewaltherrschaft“ auseinandergesetzt hat, kommt das Wichtigste und da hören Sie einmal, meine Herren. Der Herr Landeshauptmann wird entschuldigen, daß ich die Stelle verlese, ich könnte mich sonst leicht versprechen und möchte nicht einer Fälschung beschuldigt werden.

„Hätten schon die eben aufgezählten Missetaten genügt, die Christlichsozialen dem verdienten Strafgerichte zu überliefern, so gab die furchtbare Steigerung aller Lebensmittelpreise ihnen vollends den Todesstoß. Die Christlichsozialen mögen tun, was sie wollen, sich gebärden, wie sie mögen, in der Meinung des Volkes ist diese geradezu unheimliche Teuerung der Nahrungsmittel christlichsozial.“ Das ist doch das höchste, was man geleistet hat: christlichsozial ist die Teuerung. Dann heißt es weiter: „Keine Macht der Erde kann diese Vorstellung aus den Köpfen weg schaffen. Das ist begreiflich, weil aus dem Volksgefühl die Wahrheit herauspricht.“

Nun, meine Herren, wie ich das gelesen habe, habe ich den Augen nicht getraut, ich gestehe es offen, da hab ich mir gesagt, wie kann ein deutschfreihölicher Wahlauschuß dazu kommen und sagen, die Teuerung ist christlichsozial. Machen vielleicht die Christlichsozialen das Wetter? Sind die Christlichsozialen schuld daran, daß die Kartoffelernte mißraten ist? Sind die Christlichsozialen schuld, daß die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, wo das Land einen Schaden von tausend und abertausend Kronen haben wird. Als die Klauenseuche vor ungefähr 10 Jahren gegen 4—5 Millionen Kronen geschadet hat, sind da wir Christlichsoziale schuld gewesen? Sind wir schuld daran, daß die Kohlen um 64% aufgeschlagen haben? Die Krumpfnasen sind schuld daran, die zu den Deutschfreihölichen die nächsten Verwandten sind; die sind schuld daran. Ich möchte fragen, sind wir schuld an den hohen Eisenpreisen; sind wir schuld, daß das Mehl so teuer ist? Wer spekuliert an der ungarischen Börse? Wir Christlichsoziale? Nein, die Krumpfnasen, die

Verwandten der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen, die sind schuld daran. Wer ist schuld, daß in der neuesten Zeit, — am 1. September — der Spiritus aufgeschlagen hat? (Zwischenruf des Herrn Dr. Drexel: die Christlichsozialen! Heiterkeit!) Wenn ein Liter Spiritus an einem Tage um 20 Heller aufschlägt, sind wir diejenigen, die das verbochen haben? Jetzt schlägt dann auch die Seife auf. Es scheint, man muß sich viel waschen. Sind da vielleicht wir schuld? (Zwischenruf: „Der Schicht ist kein Christlichsozialer!“) Es ist das Behaupten, die Teuerung sei christlichsozial, einfach ein verlogenes Volksaufhezen, es ist Demagogie, wie man selten eine findet.

Dann muß ich hier noch etwas einflechten. Gewöhnlich heißt es, wir seien die Hauptschuld. Nun kommt es in den Anträgen vor, daß die Kartelle die Hauptschuld seien. Da ist nun ganz interessant, was die Sozialdemokraten für eine Stellung gegen die Kartelle eingenommen haben. Die Stellung, die sie am 22. Okt. 1907 im Parlamente eingenommen, ist bezeichnend.

Als am 22. September 1907 im Parlamente ein Dringlichkeitsantrag gegen das Kartellunwesen in Verhandlung stand und gegen daselbe Strafbestimmungen verlangt wurden, wehrte sich der sozialdemokratische Sprecher Dr. Winter gegen jede Bestrafung der Kartelle und stellte die Öffnung der Grenzen als bestes Heilmittel auf. „Öffnen Sie die Grenzen“, sprach er; (Zwischenrufe: Hört, hört.) „lassen Sie fremdes Getreide und Vieh nach Oesterreich herein und dann haben die größten Kartelle, z. B. das Eisenkartell, das wie ein Alp auf der Industrie Oesterreichs liegt, ihre Wirkung verloren.“

Da sehen wir die Verbindung der Sozialdemokraten mit dem Großkapitalismus. (Zwischenrufe: Sehr richtig, so ist es.) Da haben wir die Verbindung, das will man nicht, daß man das jüdische Großkapital beschneidet, daß man ihm Handschellen anlegt. Es ist auch ganz bezeichnend, wenn man sieht, wie sich die Sozialdemokraten mit den großjüdischen Geldsäcken vertragen. Es ist ganz auffallend, wie Herr Kollega Loser gesagt hat, in Wien ist keinem Rothschild, keinem einzigen Börsianer, keinem Großfabrikant, keinem einzigen Großbauer,

keinem einzigen dieser jüdischen Auslagerer ein Fenster eingeschlagen worden. Es läßt dies tief blicken. Da geht man vorbei, da hat man nichts zu suchen, da macht man es, wie bei der Kommune in Paris; als damals alles zugrunde gerichtet und zertrümmert wurde, ist der Rotschild verschont geblieben. Die Börse hat recht gehabt, wenn, wie schon Herr Loser ausgeführt hat, sie sagt, wir haben uns vor diesem Parlamente nicht zu fürchten. Es ist ein gewisser Zusammenhang zwischen den Sozialdemokraten, dem Freisinn und dem Großkapital vorhanden.

Dieser berührte Aufruf an die Reichsratswähler hat noch eine besondere Lüge, von welcher ich bis jetzt nichts gehört habe. Es heißt:

„Bei der Beratung der Fleischnot zeigte sich so recht die Demagogie (Volksverführung) der Christlichsozialen im grellsten Lichte. Zuerst gelingt es dem Christlichsozialen Einflusse, ein Fleischverbot zu erreichen und dann gehen sie hin und schimpfen in allen Tonarten über das Verbot.“

Jetzt frage ich, hat jemand gehört, daß die Christlichsozialen dafür eingetreten sind, daß ein Fleischverbot kommen soll. Das ist eine direkte, freche, unverschämte, nationale Lüge. (Zwischenruf: „Eine mehr, macht nichts aus.“) Ja, das ist Volksverführung, das ist Demagogie.

Wie steht es denn eigentlich mit dem argentinischen Fleische und was haben die Christlichsozialen in dieser Frage für Verdienste? Ist vielleicht Seine Exzellenz Weiskirchner im Jahre 1907, wo er noch gar nicht Minister war, dieser Demagoge gewesen, der erklärte, es dürfe kein argentinisches Fleisch hereinkommen? Lächerlich! Gerade seinem Einflusse im Jahre 1910 ist es zu verdanken, daß argentinisches Fleisch hat eingeführt werden können. Solange wir einen Minister im Ministerium gehabt haben, hat man Fleisch einführen können. Jetzt, wo der Freisinn regiert, ist das überhaupt eingestellt worden. Daran sind aber doch nicht wir schuld. Sagen muß ich noch, daß während der Zeit, als wir einen Minister im Ministerium hatten, die Deutschnationalen drei Minister drinnen gehabt haben. Früher haben wir zwei Minister, nämlich Geßmann und Ebenhoch gehabt, während die Deutschnationalen, glaube ich, sechs Minister gehabt haben. Wenn jemand uns Christlichsozialen, die

wir an der Regierung von Ende 1907 bis 1910 schwach beteiligt waren, beschuldigen will, daß wir die Teuerung gemacht haben und daß wir an der Teuerung schuld seien, dann kann man doch mit Recht erwidern, daß die Deutschnationalen in erster Linie dafür verantwortlich gemacht werden müssen. Mich ärgert, daß die Deutschnationalen so unverschämt sein können, uns in dieser Weise zu beschuldigen, wie sie es in diesem Flugblatt getan haben. Wir haben während der in Frage kommenden Zeit drei Minister in der Regierung gehabt, dagegen die Deutschnationalen neun Minister, wenn wir noch den Kabinettschef mitrechnen. Da dürfen doch die Leute, die für alles mitverantwortlich wären, nicht herkommen und in der Weise im Lande herum Agitation treiben. Ich gebrauche entschieden dasselbe Wort wie früher, die dürfen nicht Volksverführung treiben. Ein solches Vorgehen weise ich ganz entschieden zurück. Eine Agitation in solcher Form habe ich nie gesehen. Ich muß aber gestehen, diese Agitation hat, — ich weiß nicht, wie ich mich ausdrücken soll — doch Früchte gezeitigt. Nicht wahr, wenn man immer lügt und lügt und lügt, sagt man zuletzt, es ist doch etwas Wahres daran. Wir müssen deshalb gegen solche freche Lügen, wie es auch schon der Herr Kollega Loser getan, Stellung nehmen, es ist hier im Landtag der beste Platz und der berufenste Ort. Es ist in diesen Flugblättern am Schlusse noch einmal eine ähnliche Wiederholung von Lügen, die ich, nachdem die Zeit schon soweit vorgerückt ist, nicht weiter berühren will.

Ich kann nur sagen, die Lösung der Teuerungsfrage wird immer ein schwierigeres Problem bilden, es wird den Schweiß der Besten kosten, wenn man etwas erreichen will.

Ich bedauere aufs entschiedenste, daß in dieser Zeit gehezt und agitiert wird und wünsche, daß die Bestrebungen, die doch von gut Gewillten zur Linderung der Teuerung gemacht werden, daß diese schließlich zum Ziele führen werden.

Ich bin nicht der Meinung, die Herr Dr. Rinz im Briefe an die Sozialdemokraten ausgesprochen hat, daß nämlich die Maßnahmen, welche die Regierung zur Behebung in Aussicht genommen hat, dubiose Wechsel sind. Die Meinung habe ich nicht; das sind Wechsel, die man allerdings nicht gleich einlösen kann. Es sind aber Wechsel,

die mit der Zeit bezahlt werden und zwar voll. Ich habe die Meinung, eine Besserung sei herbeizuführen, wenn einerseits die Produktion vermehrt werde und andererseits, daß man gegen das Wuchertreiben der Kartelle und, meine Herren, gegen die Banken einschreiten würde. Nach und nach wird es möglich sein, der Teuerung Herr zu werden.

Mehr zahlen als früher wird man immer müssen und das kann man auch, weil man auch mehr Geld einnimmt.

Ich komme zum Schlusse, indem ich sage, daß ich den Anträgen die Zustimmung erteilen werde.

Landeshauptmann: Wünscht noch jemand das Wort? —

Weil sich noch mehrere Herren gemeldet haben, unterbreche ich die Sitzung bis nachmittags 2 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung 12 Uhr 51 Minuten nachmittags.)

(Wiedereröffnung der Sitzung um 2 Uhr 16 Minuten nachmittags.)

Landeshauptmann: Die Sitzung ist wieder eröffnet; ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Welte.

Welte: Hohes Haus! Die in Behandlung stehende Frage der Teuerung ist heute in der langen Debatte nach verschiedenen Seiten hin behandelt worden und es ist wohl nicht mehr viel darüber zu sagen. Ich möchte nur noch mit einigen Worten auf eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Rüschi zurückkommen, die er im Verlaufe seiner Erwiderung gemacht hat. Er gab der Meinung Ausdruck, daß gerade das Genossenschaftswesen geeignet wäre, die drückende Teuerung etwas zu mildern. Diesbezüglich sei aber in der Beantwortung der Fragebogen nichts erwähnt. Der Herr Referent Dr. Drexel hat darauf aufmerksam gemacht, daß in einzelnen Antworten tatsächlich auch auf die genossenschaftliche Organisation hingewiesen wurde. Ich stimme der Anschauung des Herrn Abgeordneten Rüschi zu. Wenn auch bei Beantwortung der Fragebogen dieses Mittel verhältnismäßig wenig

empfohlen wurde, so ist es aber doch Tatsache, daß es bei uns in Vorarlberg in ausgedehntem Maße praktisch angewendet wird. Vielleicht in keinem einzigen Kronland Oesterreichs hat die Idee des Genossenschaftswesens so tiefe Wurzeln im Volke gefaßt wie in Vorarlberg.

Das Genossenschaftswesen hat sich bei uns sehr stark ausgebreitet und steht auch auf bedeutender Höhe. Leider war die Haltung jener Körperschaft, die Herr Abgeordneter Rüschi hier vertritt, dem Genossenschaftswesen gegenüber nicht immer besonders günstig. Nach den heutigen Äußerungen des Herrn Abgeordneten Rüschi möchte man aber meinen, daß diesbezüglich eine Änderung eingetreten sei. Es wäre dies sehr zu begrüßen.

Die Tatsache, daß das Genossenschaftswesen in Vorarlberg eine so starke Ausbreitung gefunden hat, ist auch ein Beweis, daß die im Fragebogen der sozialdemokratischen Partei in Dornbirn enthaltene Behauptung, unser Volk sei volkswirtschaftlich falsch erzogen, unrichtig ist.

Landeshauptmann: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Bösch.

Bösch: Hohes Haus! In den Fragebogen, die uns zugesandt wurden, sind verschiedene Fragen gestellt. So unter Anderem eine bezüglich der Produktionsvermehrung in unserem Lande und besonders ist da auch genannt das Rheintal, ob es nicht durch Meliorationen kulturfähiger gemacht werden könnte. Was diese Frage betrifft, so scheint es mir möglich, daß durch Meliorierung die sauren Böden zur Pflanzung für Kartoffeln, Kraut, Mais u. befähigt gemacht werden könnten. Es sind dies nämlich sogenannte Streueböden. Wenn wir aber die Streueböden ihrer Bestimmung entziehen, so entziehen wir den anderen Böden die Nahrung, weil wir die Streue zur Düngung für andere Kulturböden notwendig brauchen. Es könnte in dieser Beziehung schon manches verbessert werden, wenn durch billigen Kunstdünger ein bedeutender Ersatz für den Streuverlust geschaffen würde. Der Kunstdünger ist bei uns wenig bekannt, weil wir ihn teuer aus dem Auslande beziehen müssen. Um die Produktion in unserem Lande zu vermehren, so wäre nach meinem Dafürhalten

zu empfehlen, daß im Lande selbst eine Düngersfabrik errichtet würde. Wie diese zustande gebracht werden könnte, weiß ich allerdings nicht, wohl aber, daß man schon davon gesprochen. Ich glaube, es wäre dieses das beste Mittel, wenn man den sauren Boden für Kultur, beziehungsweise für den Fruchtbau vermehren wollte; denn einen Industriearbeiter nützt der Boden ohne Dünger nicht viel, weil unser Boden gut gedüngt sein will, wenn er einen besseren und sicheren Ertrag liefern soll. Im oberen Rheintale ist es selbstverständlich, daß an dem Bodenertrag durch Entwässerung, nämlich durch den oberen Rheindurchstich, den Koblacherkanal, und durch die weitere Durchführung der Talentwässerung viel gewonnen werden kann. Aber auch ein großer Teil des dortliegenden Bodens, welcher fast keine Streue liefert, könnte kulturfähiger gemacht, und damit manches erzielt werden. Ich möchte auch noch auf folgendes aufmerksam machen. In Deutschland habe ich mir auch schon erzählen lassen, daß es mit der Kunstdüngerverwendung bedeutend besser geht als bei uns, weil dort Bodenuntersuchungen betreffend die Anwendung richtiger Düngemittel unentgeltlich erfolgen. Bei uns ist die Bevölkerung diesbezüglich noch nicht gut unterrichtet. Sie verwendet meist nur jenen Kunstdünger mit Erfolg, welchen sie durch langjährige Praxis kennt, daß derselbe den Boden möglichst ertragsfähig zu machen imstande ist. Wenn man den Kulturboden vermehren und produktiver machen will, sollte der Boden zuerst untersucht werden, in erster Linie, was ihm an Düngstoffen abgeht, welche Gattung Dünger er benötigt, um sicheren Ertrag zu bringen usw.

Ich glaube, es könnte unsere landwirtschaftlich-chemische Versuchsstation, dem Bauer dadurch zu Hilfe kommen, das sie dem Landwirte die eingesandten Bodenmuster auf ihren Gehalt unentgeltlich untersucht und Ratschläge darüber erteilen würde, welche Düngemittel dem Boden etwa abgehen. Um möglichst sicher großen Ertrag aus dem Boden zu bringen, ist es notwendig, auch, wo man Stalldünger hat, daneben Kunstdünger zu verwenden. Immer nur Mist oder Jauche ist einseitig, es soll abgewechselt werden, aber die Abwechslung soll eine richtige und rationelle sein. Ich möchte in Anregung bringen,

daß dieser Sache mehr Aufmerksamkeit geschenkt würde; und möchte die Frage stellen, ob es nicht möglich wäre, — ich will nicht die Verantwortung heute schon verlangen —, daß durch die Versuchsstation in unserem Lande derartige Bodenuntersuchungen unentgeltlich vorgenommen werden könnten. Es wäre dies für den Bauer eine große Hilfe und mancher würde daraus Nutzen ziehen. Weiters möchte ich noch bemerken, daß ich zur Hebung der Teuerung auch die intensive Förderung des Genossenschaftswesens empfehlen würde; es sollte nach meiner Ansicht Konsument und Produzent einander nähergerückt werden; es wäre dieses für beide Teile ein gutes Mittel, auch der Produzent hat unter dem wucherischen Zwischenhandel oft zu leiden, weil ihm der richtige Preis herabgedrückt wird. Der Zwischenhandel steckt da manchmal alles das ein, was eigentlich dem Produzenten für seine saure Arbeit gebührt. Da glaube ich nun, daß durch die Förderung des Genossenschaftswesens, dadurch, daß Konsument und Produzent einander nähergerückt werden, diese Übelstände bedeutend behoben werden. Ein gesundes Genossenschaftswesen ist nichts anderes als der richtige Regulator, der die Mißstände hintanhält.

Landeshauptmann: Wer wünscht weiter das Wort? —

Herr Abgeordneter Rüsck; ich erteile ihm das Wort.

Rüsck: Hohes Haus! Die Vorschläge der beiden Herren Vorredner greifen über in dasjenige Gebiet, das erst später in Behandlung kommen sollte, nämlich in die wirkliche Behandlung der Details. Nachdem aber diese Anregung gemacht worden und speziell auch meinerseits auf Ähnliches hingewiesen wurde und nachdem auch die Handelskammer wegen ihrer Stellung hiezu erwähnt wurde, so möchte ich kurz noch etwas anführen: Was die Handelskammer anbelangt, so glauben die Herren, daß diese Körperschaft das Konsumbeziehungsweise das Genossenschaftswesen hintanhalt, insoweit es als eine Schädigung der bestehenden Gewerbe zu betrachten sei. Ich glaube, hier ist eine gewisse Kollision vorhanden, da durch die große Ausdehnung des

Genossenschaftsprinzipes die gewerblichen Interessen geschädigt werden könnten. Nun glaube ich, aber annehmen zu dürfen, daß die Handelskammer nicht auf einem kleinlichen Standpunkte stehen wird. Das vorgeschrittene Prinzip ist immer das Genossenschaftswesen und die Handelskammer wird einem so vernünftigen Prinzip nicht entgegenstehen. Ich könnte es mir nicht vorstellen, denn die Handelskammer selbst hat ja das genossenschaftliche Prinzip verfolgt, um das Kleingewerbe auf eine höhere Stufe zu bringen. Wenn ich betont habe, daß das Genossenschaftsprinzip in den Fragebogen zu wenig im Detail und nicht richtig betont worden sei, so möchte ich da kurz das andeuten, was mir vorgeschwebt hat; wenn man das Genossenschaftsprinzip bezüglich des Kapitels der Produktion ins Auge faßt, so kann man es nur von einem großzügigen Standpunkte ins Auge fassen. Gerade das Rheintal wäre dazu berufen, nach und nach großzügig bewirtschaftet zu werden. Die Frage, wie dieses zu geschehen hat, gehört zum Detailstudium; denn würden wir diese jetzt behandeln, so würden wir nicht nur heute hier sitzen müssen, sondern auch noch morgen und übermorgen und noch länger und bis dann erst noch nicht viel erreicht haben, um konkrete Vorschläge machen zu können. Doch erscheint es mir höchst wahrscheinlich, daß dann, wenn das ganze Rheintal rationell bewirtschaftet würde, dadurch nicht nur eine erhöhte Produktion möglich wäre, sondern auch Arbeitskräfte, die jetzt sich der Detailbewirtschaftung hingeben müssen, frei würden, die sich dann der Industrie widmen könnten, ich möchte sagen, daß dadurch zum Teile der fremde Import von Arbeiterfamilien hintangehalten werden könnte. Ich stelle mir da selbstverständlich vor, daß solche große Grundstücke maschinell bearbeitet werden könnten, so daß dadurch ein großer Teil der Arbeiterschaft, der sich jetzt noch mit der Landwirtschaft befassen muß, für industrielle Arbeit frei würde.

Dieses zu begründen, würde zu weit führen und ich muß mich einer diesbezüglichen weiteren Ausführung entschlagen. Es ist auch vom Herrn Abgeordneten Bösch die Andeutung gemacht worden, eine wichtige Sache zur Hebung der Produktion sei eine geeignete Düngung, es werden ferner besonders nicht die geeigneten

Düngemittel angewendet und die Düngemittel seien teurer geworden. In den Fragebogen kam auch die Erstellung einer Düngemittelfabrik als Anregung vor. Ich halte eine solche Anregung nicht für undurchführbar. Einen Beweis dafür hat die bayerische Regierung erbracht, indem sie in Trostberg an der Alz ein großes Wasserkraftwerk und eine Düngerfabrik hat entstehen lassen, welche bekanntlich den bestverwendbarsten Dünger herstellt. Wie die Herren wissen, ist es auch nicht ausgeschlossen, durch das Studium der Wasserkräfte bei unseren günstigen Wasserhältnissen in die Lage zu kommen, durch die Ausnützung der Wasserkräfte und Errichtung einer Kunstdüngerfabrik derartigen billigen Kunstdünger sich zu beschaffen; und es ist auch nicht ausgeschlossen, daß es dem Landtage durch seine Bestrebungen gelingen kann, eine Firma zu finden, welche eine solche Fabrik unter der Patronanz des Landes errichten würde; diesbezüglich aber jetzt zu sehr in das Detail einzugehen, wäre verfrüht und würde auch keinen oder nicht viel Zweck haben, sondern viel besser wäre es, vorerst genaue Studien zu machen, um dann nachher die gereiften Anschauungen vor das Plenum bringen zu können.

Um auf die Debatte der vormittägigen Sitzung zurückzukommen, sehe ich mich veranlaßt, folgende Erklärung abzugeben:

„Da auch wieder in dieser Session des Landtages von Seite der christlichsozialen Majorität anlässlich der Steuerungsdebatte die Gelegenheit wahrgenommen wurde, die Parteitagitation anlässlich der letzten Reichsratswahl zur Sprache zu bringen, verweise ich nochmals auf meine diesbezüglichen Ausführungen und da der Abgeordnete Alz die persönliche Anfrage an mich richtete, ob ich die in einer von ihm zitierten freihetlichen Flugschrift enthaltenen Angriffe auf die christlichsoziale Partei im Lande und einzelne ihrer Führer billige, erkläre ich, daß ich der agitatorischen, politischen Tätigkeit vollkommen ferne stehe und mir auch die besagte Flugschrift unbekannt ist. Ich bin also hiefür nicht verantwortlich und hielte dafür, daß sich Herr Alz an diejenigen halte, welche diese Flugschrift herausgeben haben. Ich hielte es auch für richtiger, diese Sache dort zur Austragung zu bringen, wo sie entstanden

ist, nämlich in der Presse, und ich bezweifle nicht, daß, wenn solche Vorwürfe in dieser Flugschrift enthalten wären, welche einer strengen Prüfung nicht standhalten sollten, die Verfasser derselben in den Publikationen der christlichsozialen Partei ebenfalls genügend Material finden werden, welches das Sprichwort: „Gleiches Recht für Alle“ oder auch „Gleiches Unrecht für Alle“ bekräftigen würde.

Ich erachte es auch der erdrückenden Majorität der christlichsozialen Partei in diesem hohen Hause nicht für würdig, jede passende und unpassende Gelegenheit heranzuziehen, der Minorität für nicht verantwortliche Details ihre Übermacht fühlen zu lassen und dies gerade in rein wirtschaftlichen Fragen, welche im gemeinsamen Einverständnis beraten und beschlossen werden sollten.“

Landeshauptmann: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Bösch.

Bösch: Ich muß auf die Ausführungen des Herrn Vorredners Rüschi zurückkommen, und bezüglich der großzügigen Bewirtschaftung des Rheintales bemerken, daß bei der Grundzerstückelung — wie sie im Rheintal besteht — an die Verwirklichung dieses Planes lange Jahre nicht gedacht werden darf. Wie könnte man unter den heutigen Verhältnissen an eine großzügige Bewirtschaftung des Rheintales denken. Ich wollte nur eine Anregung machen und tat dies deshalb, damit der Feuerungsausschuß bis zur nächsten Tagung meine Andeutungen in Beratung ziehen könnte.

Landeshauptmann: Wer wünscht weiter das Wort? —

Wenn es niemand wünscht, so erkläre ich die Debatte für geschlossen und erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Dr. Drexel: Auf die Ausführungen, die im Laufe der Debatte gefallen sind, brauche ich nur zum Teil zurückzukommen und zwar deswegen, weil der eine Teil sich angliedert an meine Ausführungen und der andere sich mit Fragen befaßt, die nicht in mein Referat hinein-

gehören. Einzelne Punkte aber erheischen eine Antwort.

Auf die Frage des Vertreters der Handels- und Gewerbekammer, warum so wenig Gemeindevertretungen Fragebogen ausgefüllt haben, kann ich bemerken, daß nicht alle Gemeinden eingeladen wurden, aber doch bedeutend mehr, als Antworten einlangten. Auch die Gemeinden Lustenau, Hohenems, Gözis, Feldkirch und Bludenz sind eingeladen worden zur Beantwortung; von diesen sind aber keine Antworten zurückgekommen. Als Berichterstatter habe ich keine weitere Bemerkung darüber machen wollen, aber nachdem an mich die Aufforderung ergeht, habe ich es getan.

Ich bin der Meinung, daß die Stadt Dornbirn die Fragebögen in korrekter Weise ausgefüllt hat, indem sie den drei Parteien, die in der Gemeinde vertreten sind, je einen Fragebogen zukommen ließ.

Die Stadt Bregenz hat nur das Kapitel der Fleischversorgung behandelt, alles andere nicht.

Wenn ich auf die einzelnen Erörterungen zu sprechen komme, so ist es vor allem das Kapitel des Genossenschaftsprinzips, das nicht besonders in den Fragebogen behandelt, wohl aber wiederholt erwähnt wurde. Daß Verkaufs- und Einkaufsorganisationen geschaffen werden sollen, der Gedanke kehrt öfter wieder.

Ich glaube, daß zwischen den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Welte und Handelskammervertreter Rüschi kleine Differenzen bestehen; wenn Welte an die Genossenschaften denkt, denkt er wohl nicht an die Fruktifizierung des Rheintales. Dieses Problem liegt viel weiter in der Ferne, als die Periode des Landtages reicht. Bisher ist mir kein Fall bekannt, wo es gelungen wäre, eine größere Anzahl von Grundbesitzern zu einer Genossenschaft zu vereinigen, um genossenschaftlich ihren Besitz bearbeiten zu lassen, eine Idee, die an und für sich sehr interessant und durchführbar erschiene. Die Verwirklichung liegt aber etwas weiter weg.

Die Genossenschaften werden und sind zum Teil erstanden durch das genossenschaftliche Prinzip der Selbsthilfe und zum Teil aber sind solche entstanden, wie die Landesfachgenossenschaften der Fleischhauer; aber mit Bedauern muß konstatiert

werden, was auch einzelne Fragebogen behandelten, daß nämlich kartellmäßige Praktiken in den Genossenschaften zu bemerken sind. Daß sie es sogar verstehen, den Viehmarkt schwächer beschicken zu lassen, wenn die Preise fallen und dergleichen mehr. Es ist gewiß für kleine Handels- und Gewerbetreibende für die Dauer eine Existenz nicht mehr möglich, wenn es nicht gelingt, sie genossenschaftlich zu vereinigen und die Vorteile der Genossenschaften auszunützen. Wenn sie aber diese Genossenschaften in kartellmäßigem Sinne verwenden, um möglichst hohe Preise zu erzielen und übertriebene Vorteile sich herauszuschlagen, dann sind diese Genossenschaften ein Schaden für das Volk. Andererseits sind die Einkaufsgenossenschaften für den kleinen Handel, wie sie in Deutschland mit Erfolg durchgeführt wurden und wobei der Grundsatz festgehalten wird, Lebensmittel mit möglichst kleinsten Regiekosten zu verkaufen, notwendig und es bieten wirklich derartige Genossenschaften für den Handel die sehr große Wohlthat und den großen Vorteil, in abgelegenen Orten gute und verhältnismäßig billige Lebensmittel zu schaffen.

Der Vertreter der Handelskammer hat erwähnt, daß das Kartellgesetz schwer durchzuführen sei. Gewiß ist das schwer. Die Schwierigkeit liegt aber nicht allein in der Materie, denn diese ist an und für sich schwierig, wird aber jetzt greifbarer. Daß es schwer ist, sieht man in Amerika, wo die ganze Staatsgewalt mit aller Energie sich der Kartelle zu erwehren sucht und wo auch Kartelle aufgelöst werden. Aber in Österreich ist die Schwierigkeit noch anderswo gelegen. Es ist in Österreich ein zu großer Teil von unsern stark Besitzenden an den Kartellen interessiert und diese lassen an den Kartellen nicht rütteln und es ist auch eine Schwierigkeit in unserm politischen Leben, daß die Sozialdemokratie, es scheint paradox zu sein, nicht ohne Beziehungen ist mit diesen mächtigen Kreisen.

Ich will ein einziges Beispiel herausgreifen.

Die österreichische Sozialdemokratie hat in Wien große Brotwerke und in Ungarn große Mühlen. Der Preis des Mehles wird bei diesen nicht durch einen günstigen Einkauf beeinflusst, sondern sie richten sich nach der Börse, sie verkaufen das Mehl so, wie es die Budapester

Börse notiert, das heißt, daß sie interessiert sind, wenn die Preise möglichst in die Höhe gehen. Wenn die Preise an der Budapester Börse fallen, so ist es selbstverständlich, daß dann, wenn der Preis unter den Einkaufspreis heruntergeht, die Aktiengesellschaft Schaden hat. So sieht man, daß eine politische Partei an diesem Kartelle und dieser Spekulation direkt sehr stark interessiert ist. Wenn große Mengen Getreide zu einem verhältnismäßig hohen Preise angekauft würden und später fallen sie dann, ist die Gefahr vorhanden, große Verluste zu erleiden. Hier wäre es Sache einer Partei, zu suchen, möglichst günstig einzulaufen, dann aber die Preise im Wettkampfe mit der Börse zu halten und so die Börse zu zwingen, durch Spekulation die Preise nicht künstlich in die Höhe zu treiben.

Noch etwas möchte ich anziehen, weil heute auch die Seife genannt wurde. Die Seife geht jetzt bekanntlich wieder in die Höhe. Die sozialdemokratischen Einkaufsgenossenschaften haben mit der Firma Schicht einen Vertrag abgeschlossen.

Schicht liefert die Seife der Genossenschaft billiger, als wie sie dieselbe den eigenen Agenten liefert. Es war eine Bedingung in diesem Vertrage.

Nun ist es ganz selbstverständlich, wenn derartige wirtschaftliche gegenseitige Beziehungen bestehen, daß in solchen Fällen die Stellung der Parteien den Kartellen, der Börse, dem Blanko-Terminhandel gegenüber eigenartige sind, von denen allerdings der Großteil des Volkes nichts weiß, und den Betrug leider oft zu spät erkennt. Immerhin möchte ich darauf hinweisen, daß, von diesem Standpunkte aus betrachtet, die Kartelle manche offene und stille Freunde haben. Es ist nicht so einfach, im Parlamente für ein entschiedenes Kartellgesetz eine ausgesprochene energische Mehrheit zu bekommen. Ich erinnere mich, es war Ende 1907, daß in einer Regierungsvorlage betreffend die Herabsetzung der Zucksteuer ein Paragraph bestimmte, die Regierung habe das Recht, Verabredungen oder künstliche Preissteigerungen der Zuckerkartelle, wodurch die Steuerherabsetzung wieder aufgehoben würde, mit Geldstrafen zu verfolgen, und da war es Ellenbogen selbst, der Vertreter der sozialdemokratischen Partei,

der sagte, man dürfe diese Paragrafhe nicht hineinnehmen, weil das Herrenhaus sie doch nicht annehmen würde. Das Herrenhaus hat damals den deutlichen Wink verstanden und hat das Gesetz auch nicht angenommen und man hat nie schimpfen gehört. Herr Abgeordneter Rüsck sagt, es sei schwer, zu sagen, wo der Wucher beginne. Das ist ein Zeichen, daß wir diesbezüglich eine Begriffsverwirrung haben. In alter Zeit hat man es genau gewußt, was Wucher ist, obwohl es kein Wuchergesetz gegeben hat. Das ganze Mittelalter hat gewußt, was Wucher ist, und wenn sie die Geschichte des deutschen Volkes nachschlagen, finden sie Bestimmungen, wie man Wucher bestraft hat. Wenn sie nachsehen und in den heutigen Gesetzesparagrafen nachschauen, was Wucher ist, dann werden sie finden, daß bei so und sovielen Prozenten Wucher vorhanden ist und daß in vielen Fällen die Strafbestimmungen nicht mehr eingehalten werden, sondern nur hie und da einmal, wenn einer ganz in die Not getrieben ist, von Juden Geld aufnimmt und diese 100% verlangen, dann nimmt man erst das Wuchergesetz in Anspruch und sucht damit sich zu retten; sonst hört man nichts mehr davon.

Deshalb hat der Landesausschuß den Antrag gestellt, es soll das Wuchergesetz unserer heutigen Zeit angepaßt werden. Wenn in der alten Zeit 7% verlangt wurden, wurde das Wucher genannt. Da müßten sie heute die halben Aktiengesellschaften einsperren, wenn man nach der Auffassung der alten Zeit den Wucher bestrafen wollte.

Der Herr Handelskammervertreter hat auch gesagt, daß die Handelskammer und die Vorarlberger Industrie bisher immer den Ausgleich verlangt haben. Deshalb sollte die Industrie heute an die Abmachung von damals denken und soll ganz offen sagen — das Großkapital und die Industrie steht ja zum größten Teil in den Händen der deutschfreihlichen Partei — und Lehrtene sollen auch ihren Führern, Rednern und Sekretären sagen, wenn sie Flugchriften verfassen, sollen sie schreiben, die Zölle, die wir haben, haben wir gewollt und wir übernehmen auch die Verantwortung. Und wenn der Herr Abgeordnete Rüsck gesagt hat, es wird eine Zeit kommen, wo die

Industrie eine Trennung mit Ungarn verträgt, so wird es sich möglichst bald entscheiden müssen, ob der Termin 1917 schon ein solcher sein wird. (Rüsck: kaum.) Der Handelskammervertreter möge wissen, daß unsere bäuerlichen Vertreter an dem Ausgleich gar kein Interesse haben, (Zwischenrufe: Sehr richtig.) weder staatsrechtlich noch volkswirtschaftlich und wenn sie bisher diesen Standpunkt nicht einseitig vertreten haben und die Schutzzölle mit Ungarn annahmen, haben sie es damit gerechtfertigt, daß sie die Gesamtinteressen unseres Landes wahren wollten.

Wenn Partikularismus gepflogen worden wäre, wie man ihn heute sehr oft trifft, wenn man kleine Kreise hernimmt, wo man sich um nichts anderes mehr bekümmert, so wäre es schon im Jahre 1907 beim Ausgleich zur Scheidung gekommen.

Nun möchte ich noch eine Bemerkung machen wegen der Erklärung, die der Herr Handelskammervertreter abgegeben hat. Diese wäre wahrscheinlich nicht auf die Welt gekommen, wenn der Herr Vorsitzende keine Mittagspause gemacht hätte. Nun will ich folgendes antworten:

Ich gebe zu, daß er sich heute vom politischen Kampfe mehr zurückgezogen hat, es hat aber eine Zeit gegeben, wo er selbst mittat und wo er sein Schwert selten in die Scheide steckte und es mag jetzt halt zutreffen, daß man für die Sünden der Jugend in der alten Gemeindestube von Dornbirn jetzt im Alter hüßen muß; ich will daran nur erinnern. Wi: gesagt, ist es bedauerlich für den Vertreter der Handelskammer, daß er allein ist. Aber bei dem so schwierigen Kapitel der Steuerungsfrage im Lande dürfte der Herr Bürgermeister von Bregenz auf keinen Fall fortgehen und am allerwenigsten wegen einer Schwebbahn, bei der er finanziell stark interessiert ist und besonders in einer Angelegenheit, wo er als Städtevertreter im Reichsrat selbst Stellung nehmen soll und wo er in Bregenz hätte sein sollen. Von diesem Standpunkte aus ist es hart, daß schließlich die heutige Diskussion auf das einzige Haupt der Minorität herunterging und zwar auf einen solchen Vertreter der Minorität, der persönlich gewiß keinen Anlaß gab. Aber Sie

sind auch selbst lange genug im Kampfe gestanden. Ich glaube, alle Erinnerungen sind noch nicht vergessen, wenn Herr Rüschi daran denkt, wie oft er der alten Minorität in Dornbirn ein Bein stellte, wann und wo er nur konnte. Wenn er sucht, das alles in Erinnerung zu rufen, dann wird er ganz gut begreifen, daß in Vorarlberg der alte Geist und die alten Haudegen nicht ausgestorben sind. Das eine möchte ich ihm gesagt haben, er liest doch genug Zeitungen und wir selbst werden doch verantwortlich gemacht für das, wenn es im Landtage vorgebracht wird. Die öffentliche Presse greift uns an, nicht einzeln, sondern als Partei, wir seien die Schuldigen an der Teuerung. Zu dieser Teuerung nimmt der Landtag und nimmt der Reichsrat Stellung. Wenn der Landtag heute nun dieser Aufgabe nachkommt und die Entscheidung fällt, ob man es richtig macht oder verkehrt, da ist es doch selbstverständlich, daß man solche Vorwürfe abwehren muß. Da ist es doch ganz klar, wenn wir heute von all dem geschwiegen hätten, hätte doch die Öffentlichkeit gesagt, die Herren wissen keine Antwort und sie müssen sich das alles gefallen lassen. (Zwischenrufe: „Sehr richtig.“) In der Presse antworten, ist schon recht, aber das Forum hier ist günstiger zur Antwort als die Presse. Viele lesen nur eine Zeitung und die eine Zeitung reagiert nicht und nimmt keine Notiz von der andern und da ist hier, wo beide Parteien zusammensitzen, am besten Gelegenheit, sich aussprechen zu können. Hier kann man sie auffordern „hic Rhodus, hic salta“, hier wollen wir die Sache miteinander ausmachen und die Öffentlichkeit, die die Verhandlung verfolgen kann, kann urteilen, wer Recht hat.

Wenn wir heute etwas in der Presse berichten, dann ist es sehr einseitig, weil es vielfach nur von einer Seite gelesen wird. Ich bin nicht immer in der Lage, alles zu rechtfertigen, wie es früher der Fall war. Deswegen habe ich gesagt in Vorberechungen, daß es notwendig ist, daß die Agitation, welche die Herren im Lande getrieben haben, im Landtage besprochen wird. Ich glaube auch, daß das Land, wenn es die Debatte im Landtage verfolgt und liest, daß Dr. Rinz wegen Besichtigung einer Schwebe-

bahn abwesend war, doch der Meinung sein wird, daß jener, der die Städte im Reichsrat vertritt, doch an der heutigen Verhandlung hätte teilnehmen sollen, um in ein paar Tagen für diese Forderungen einzutreten.

Ich begreife, daß der Herr Vertreter der Handels- und Gewerbekammer nicht gerne allein war, und das Empfinden gehabt hat, es sei nicht Gentleman, — dies gebe ich unter Umständen gerne zu — mit dieser großen Macht im Kampfe auf einen loszugehen. Ich habe über Mittag zu meinen Herrn Kollegen gesagt, es wäre mir lieber, wenn sechs Freisinnige dort sitzen würden; es sei mir so wirklich zu langweilig. (Allgemeine Heiterkeit!)

Meine Herren! Mit diesen kleinen Nebenbemerkungen will ich schließen und empfehle dem hohen Hause die Annahme der Anträge und kann nur den Wunsch ausdrücken, daß es dem Landtage in zwei Monaten, wenn wir eine Nachtagung haben werden, gelingen möge, das ganze große Gebiet der Teuerung gründlich zu behandeln, einige Punkte herauszugreifen und daß das Reale und Praktische möglichst rasch geschehen möge und so hoffe ich, daß die heutige Debatte einige Punkte geklärt hat und einzelne Kreise, die das Gefühl der Verantwortung haben, vorderhand ein klein wenig zu überlegen, wonach man zu steuern habe; ich empfehle dem hohen Hause nochmals die Annahme der Anträge des Teuerungsausschusses.

Landeshauptmann: Wir schreiten nun zur Abstimmung; ich glaube, das hohe Haus wird nicht verlangen, daß die Anträge separat zur Abstimmung gelangen. —

Es wird von keiner Seite verlangt; wir können also die Anträge unter einem zur Abstimmung bringen und ich ersuche hiemit alle jene Herren, die den Anträgen des Teuerungsausschusses ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben. —

Ich konstatiere die einstimmige Annahme der Anträge.

Wir kommen nun zum zweiten und letzten Punkte der heutigen Tagesordnung: ein Bericht des volkswirtschaftlichen

Ausschusses über den Jahresbericht der Landeshypothekenbank pro 1910.

Berichterstatter in dieser Angelegenheit ist der Herr Abgeordnete Amann; ich erteile ihm hiezu das Wort.

Amann: (Liest Bericht und Antrag aus Beilage 25.)

Ich habe dem Berichte nichts weiter beizufügen und empfehle dem hohen Hause die Annahme des Antrages des volkswirtschaftlichen Ausschusses.

Landeshauptmann: Ich eröffne über Bericht und Antrag die Debatte; wünscht jemand das Wort? —

Wenn dies nicht der Fall ist, so schreiten wir zur Abstimmung und ich ersuche alle jene Herren, die dem Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses die Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben; — der Antrag

ist angenommen und hiemit ist dieser Gegenstand und auch die heutige Tagesordnung erledigt. Ich erteile das Wort dem Herrn Regierungsvertreter.

Regierungsvertreter: Mit Allerhöchster Ermächtigung erkläre ich den Vorarlberger Landtag vertagt.

Landeshauptmann: Indem ich die Herren ersuche, dies zur Kenntnis zu nehmen, wünsche ich denselben eine frohe Heimkehr und spreche die Hoffnung aus, daß wir im Jänner zu einer voraussichtlich längeren Tagung zusammen kommen werden, um die noch übrigen, wichtigen Angelegenheiten mit derselben Gründlichkeit und Objektivität zu behandeln, wie es in der gegenwärtigen Tagung geschehen ist.

Ich erkläre die heutige Sitzung für geschlossen. (Schluß der Sitzung 3 Uhr 2 Minuten nachmittags.)